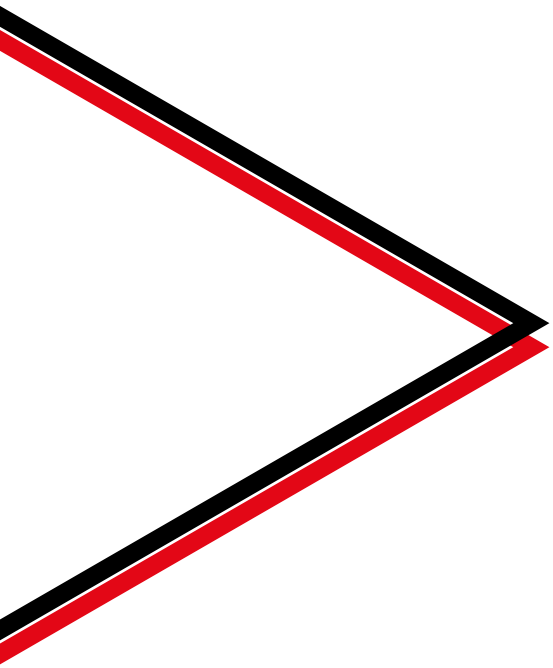
CDU
RHEINLAND-PFALZ

SPD
RHEINLAND-PFALZ

Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz.

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Rheinland-Pfalz.



2026-2031

Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz 3

1. Unsere Verantwortung für verlässliche Bildung, exzellente Wissenschaft und vielfältige Kultur 7

Bildung 7

Wissenschaft 12

Kultur 15

2. Unsere Verantwortung für moderne Wirtschaft und Energie, Digitalisierung und Medien 18

Wirtschaft 18

Energie 23

Digitalisierung 24

Medien 30

3. Unsere Verantwortung für gute Arbeit, einen fairen Sozialstaat, eine zuverlässige Gesundheit und Pflege 33

Arbeit 33

Soziales 37

Gesundheit 41

Pflege 47

4. Unsere Verantwortung für starke Landwirtschaft und Weinbau und den Schutz von Natur, Umwelt und Klima 50

Landwirtschaft 50

Weinbau 53

Forsten 53

Natur- und Umweltschutz 54

Klimaschutz 58

5. Unsere Verantwortung für ein sicheres Land, einen leistungsfähigen Rechtsstaat, moderne Infrastruktur, lebendige Kommunen sowie Bauen und Wohnen 60

Innere Sicherheit 60

Rechtsstaat 65

Infrastruktur 66

Kommunen 69

Bauen und Wohnen 72

6. Unsere Verantwortung für eine zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik, entschlossene Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau 76

Finanzen und Haushalt 76

Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau 81

7. Unsere Verantwortung für Migration und Integration, für starke Familien, Frauen und Kinder ..84

Migration, Integration und Fachkräfteeinwanderung *84*

Frauen *87*

Kinder und Familien *89*

8. Unsere Verantwortung für Europa, internationale Zusammenarbeit und eine kraftvolle Demokratie 92

Europa *92*

Internationales *94*

Demokratie *94*

9. Unsere Verantwortung für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Koalition 99

Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land. Das liegt an den Menschen, an ihrer Lebensfreude, ihrem Engagement, ihrem Verantwortungsbewusstsein und ihrer Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Sie tragen mit Fleiß, Ideenreichtum und Zusammenhalt dazu bei, dass Rheinland-Pfalz ein lebenswertes und erfolgreiches Land ist. Die Menschen leben hier gerne. Sie schätzen die Sicherheit, die Lebensqualität, die gewachsene Gemeinschaft zwischen Stadt und Land. Sie sind stolz auf ihre Heimat, auf ihre Traditionen, auf ihre Vereine, ihre Unternehmen, ihre Landschaften. Dieses Vertrauen in das eigene Land ist ein großer Schatz. Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Vielfalt unserer Regionen bilden eine solide Grundlage für die Zukunft. Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Fortschritt und Tradition verbindet und in dem wirtschaftlicher Erfolg, soziale Verantwortung und Zusammenhalt gemeinsam gedacht werden.

Zugleich erleben wir eine Zeit wachsender Verunsicherung. Internationale Krisen, wirtschaftliche Umbrüche, technologische Veränderungen fordern uns heraus. Viele Menschen sorgen sich um steigende Lebenshaltungskosten, um bezahlbaren Wohnraum, um die Stabilität unserer Wirtschaft, um das Klima und den Frieden, um Migration und Integration, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch wer zufrieden mit dem eigenen Leben ist, spürt, dass die Welt um uns herum rauer geworden ist.

Die Menschen erwarten Klarheit, Verlässlichkeit und eine positive Zukunftsperspektive. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wünschen sich eine Regierung, die das Land zusammenhält, die die Probleme löst, Mut macht und Orientierung gibt. Sie wollen eine Politik, die zuhört, handelt und Herausforderungen in Chancen verwandelt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht einen Staat, der funktioniert, Orientierung gibt und Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit schafft. Die Menschen wollen eine Politik aus der Mitte der Gesellschaft für die ganze Gesellschaft.

Die kommenden Jahre werden entscheidend für die Zukunft unseres Landes sein. Beide Parteien eint das Ziel, Rheinland-Pfalz stabil weiterzuentwickeln, wirtschaftliche Stärke zu sichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben. Fortschritt und Zusammenhalt gehören dabei untrennbar zusammen. Deshalb werden CDU und SPD in Rheinland-Pfalz gemeinsam Verantwortung übernehmen, getragen von einem klaren gemeinsamen Auftrag: Stabilität sichern, Mut machen, Zusammenhalt stärken und unser Land weiter nach vorne bringen. Beide Parteien stehen für die Kraft der sozialen Marktwirtschaft, für die Bedeutung starker Familien, des Ehrenamts und sozialen Engagements, für lebendige Kommunen, für die Rolle von Industrie, Mittelstand, Handwerk, starken Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einer gelebten

Sozialpartnerschaft, für ein leistungsfähiges Bildungswesen, für Wissenschaft und Zukunftstechnologien, für Sicherheit im Alltag und für eine verlässliche staatliche Ordnung, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für eine Gesundheitsversorgung, die das ganze Land im Blick hat und ein gutes Leben im Alter.

Demokratie lebt vom Zusammenhalt, vom Respekt, von der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und einer offenen Gesellschaft. Extremismus, Menschenfeindlichkeit und jede Form der Spaltung haben in unserem Land keinen Platz. Wir wollen Debatten zurück in die gesellschaftliche Mitte holen. Dass populistische und extremistische Stimmen immer stärker werden konnten, ist auch Ausdruck von Verunsicherung, von ungelösten Problemen, aber auch der Mechanismen sozialer Medien, die Tür und Tor öffnen für Manipulationen, Diffamierungen und Desinformation. In der Summe führt das zu einem Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit. Darauf geben wir eine klare Antwort aus der demokratischen Mitte heraus. Wir stärken unsere Demokratie nicht nur institutionell, sondern im Alltag der Menschen und mit der Verantwortung als Land in der Mitte Europas mit unseren Nachbarn und internationalen Freunden.

Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Eine starke Zivilgesellschaft und Kultur, lebendige Vereine, Initiativen und lokale Netzwerke sind das Rückgrat unseres Zusammenhalts. Dieses Engagement zu unterstützen, zu schützen und zu stärken, ist unser gemeinsamer Auftrag, damit Rheinland-Pfalz das Ehrenamtsland bleibt.

Gemeinsam verbinden wir wirtschaftliche Stärke mit sozialer Verantwortung. Die Leitidee von CDU und SPD ist: Rheinland-Pfalz bleibt seiner Identität treu und ist zugleich traditionell und offen für die Zukunft. Unser Land war immer dann besonders erfolgreich, wenn es Tradition und Modernität zusammengedacht hat. Wir wollen eine öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und dabei Bürokratie abbaut. Dafür werden wir nach einer umfassenden Aufgabenkritik Abläufe und Prozesse straffen und bündeln. Wir schaffen auch mit Verwaltungsmodernisierung und -reformen eine Verwaltungskultur des Vertrauens, der Effizienz und der Eigenverantwortung.

CDU und SPD werden das Land gemeinsam gestalten:

Wir investieren in Bildung von Anfang an. Wir investieren weiter in Bildung von Anfang an: in verlässliche Kitas und starke Schulen. Wir stehen für Gebührenfreiheit. Jedes Kind soll seine Chancen nutzen können. Im bestehenden gegliederten Bildungssystem ist es unser Ziel, die Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das Aufstiegsversprechen und die Verlässlichkeit miteinander zu verbinden und für jedes Kind die beste Förderung zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Sprache ist dabei der Schlüssel für Bildungserfolg und Integration. Leistung verdient Anerkennung. Herkunft darf kein Hindernis sein. Die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für pädagogisches Personal verbessern wir. Das ist ein gemeinsames Versprechen dieser Koalition.

Wir stärken unsere Wirtschaft und sichern gute Arbeit. Rheinland-Pfalz lebt von der Industrie, vom Mittelstand, vom Handwerk, von Weinbau und Landwirtschaft sowie vom Tourismus. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist die Grundlage für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze. Beide Parteien teilen das Ziel, Rheinland-Pfalz als wettbewerbsfähigen und innovativen Standort weiterzuentwickeln. Wir treiben den Klimaschutz voran und achten zugleich auf wirtschaftliche Stärke und soziale Balance.

Wir sind einer der bedeutendsten Biotechnologie- und Pharmastandorte Deutschlands und zählen zu einem der wichtigsten Medienländer. Unser Land lebt vom gemeinsamen Zusammenwirken der Sozialpartner. Unser Anspruch an unser Land: Schnellste Genehmigungen bundesweit, moderne Infrastruktur und eine digitale Verwaltung. Diese muss als Partner der Wirtschaft agieren. Dazu braucht es einen grundlegenden Mentalitätswandel und den Abbau überbordender bürokratischer Vorgaben. Wir setzen auf Innovation in Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Biotechnologie und nachhaltige Technologien. Die Wertschöpfung soll im Land bleiben und neue Arbeitsplätze sollen entstehen. Tarifbindung, Mitbestimmung, Qualifizierung, berufliche Bildung und starke Hochschulen sind für uns zentrale Bausteine einer starken Arbeitswelt. Fachkräfte, auch aus dem Ausland, sind der Schlüssel für unseren künftigen Wohlstand. Deshalb investieren wir in klare, verlässliche Strukturen bei Ausbildung, Weiterbildung und beruflicher Bildung. Landwirtschaft und Weinbau sichern unsere Ernährung, prägen unsere Kulturlandschaft und sind unverzichtbar für den ländlichen Raum. Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung müssen dabei Hand in Hand gehen. Nachhaltigkeit gelingt nur im Zusammenspiel von Ökologie, Ökonomie und sozialer Verantwortung.

Wir sorgen für Sicherheit. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist zentrale Aufgabe des Staates und Voraussetzung für Freiheit und gesellschaftliches Vertrauen. Wir stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine starke Sicherheitsarchitektur. Eine gut ausgestattete Polizei, eine moderne Justiz und ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz geben den Menschen Schutz und Vertrauen. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Wir bekämpfen Kriminalität und Extremismus; auch durch stärkeren Einsatz von modernen Technologien.

Wir sichern Gesundheit. Eine verlässliche medizinische Versorgung in allen Regionen ist zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dazu gehört ein flächendeckender Rettungsdienst, eine wohnortnahe Krankenversorgung, beste Pflege auch in den eigenen vier Wänden, interdisziplinäre und sektorenübergreifende Versorgung, spezialisierte Zentren und ein Zusammendenken von Pflege und Krankenversorgung. Wir wollen, dass mehr junge Menschen in Medizin und anderen akademischen Gesundheitsberufen, aber auch in Aus-, Fort- und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz ihre Heimat finden und hier bleiben. Dabei gilt es, die Anzahl der Plätze im Medizinstudium, aber auch in allen anderen gesundheitlichen und pflegerischen Berufen konsequent auszubauen.

Wir stärken die Kommunen. Städte, Gemeinden und Landkreise sind das Herz unseres Landes. Dort entscheidet sich, ob Zusammenhalt gelingt. Wir geben den

Kommunen Planungssicherheit, mehr Spielräume und schaffen verlässliche Finanzen. Wir stärken das Vertrauen in die kommunalen Räte durch eine Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen. Wer Verantwortung vor Ort trägt, soll handlungsfähig sein.

Wir werden die Handlungsfähigkeit des Staates weiter stärken und seine Strukturen zukunftsfest ausrichten. Dabei setzen wir auf ein gutes Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen und eine verlässliche Daseinsvorsorge vor Ort. Ziel ist es, gewachsene Strukturen gezielt fortzuentwickeln und so die Voraussetzungen für ein leistungsfähiges, modernes und bürgernahes Gemeinwesen zu sichern. Deshalb möchten wir mehr Vertrauen wagen und den Staat moderner, leistungsfähiger und bürgernäher machen.

Wir stehen für ein weltoffenes, vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz. Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, in den Familien, im Alltag und in unseren Gemeinschaften vor Ort. Wir richten unsere Politik an den Lebensrealitäten unserer Familien aus. Sie sind das Fundament unseres Landes und die jungen Menschen stehen für die gute Zukunft unseres Landes. Sie verdienen verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbaren Wohnraum und Unterstützung in allen Lebensphasen.

Wir gestalten Migration und Integration verantwortungsvoll. Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Zuwanderung braucht. Deshalb stehen wir für Humanität und Ordnung mit klaren Regeln und gelingender Integration. Schutz von Verfolgten und konsequente Rückführungen gehören für uns untrennbar zusammen. Sprache, Arbeit und Anerkennung gemeinsamer Werte sind der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben.

Wir setzen auf Respekt im Umgang, auf Klarheit in der Kommunikation und auf Verlässlichkeit im Handeln. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und verlässliche Haushaltspolitik, die die gesamten Rahmenbedingungen im Blick hat. CDU und SPD werden das Land gemeinsam führen. Unser Ziel ist ein Land, das weiter zusammenhält – wirtschaftlich stark, sozial gerecht und die Zukunft fest im Blick. Das gelingt auch in angespannten Zeiten, wenn wir unsere Heimat bewahren und zugleich den Mut zur Erneuerung haben. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern markiert der vorliegende Koalitionsvertrag die Richtung, er legt politische Leitplanken, bedeutende Projekte und die Art der Zusammenarbeit der neuen Regierung dar. Gemeinsam gestalten wir die kommende Wahlperiode als Koalition mit Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz.

1. Unsere Verantwortung für verlässliche Bildung, exzellente Wissenschaft und vielfältige Kultur

Bildung

Unsere Kitas und Schulen sind Orte des gemeinsamen Lernens, die das Kind und seine Entwicklung in den Mittelpunkt stellen. Dafür setzen wir auf unsere Fachkräfte mit all ihrer Expertise: die Erzieherinnen und Erzieher, die pädagogischen Fachkräfte und unsere Lehrkräfte in all unseren Schularten. Allen, die mit und für unsere Kinder und Jugendlichen arbeiten, stärken wir den Rücken. Leistung und Bildungsgerechtigkeit sind dabei für uns maßgebliche Leitprinzipien, die untrennbar zusammengehören. Denn Bildung eröffnet jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung und befähigt dazu, das eigene Leben selbstbestimmt in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Unabhängig von seiner Herkunft fördern und stärken wir jedes Kind, seine Chancen zu nutzen. Zugleich geht der Bildungsauftrag über die reine Wissensvermittlung hinaus: junge Menschen brauchen ein Wertefundament, sie müssen auch über soziale Kompetenzen und Medienkompetenz verfügen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Zudem ist Demokratiebildung für uns ein essentieller Bestandteil davon.

Früh fördern und verbindliche Grundlagen schaffen

Wir bekennen uns zur Beitragsfreiheit in der Kita ebenso wie zum Prinzip der Trägervielfalt. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung dürfen keine Frage des Geldbeutels sein. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass die Finanzierung für die Kindertagesbetreuung für alle Kinder gesichert ist – und zwar im Regel- wie im inklusiven Bereich. Außerdem bekennen wir uns zur Kindertagespflege und werden auch diese weiterentwickeln. Das Förderwesen für den Ausbau beziehungsweise die Sanierung von Kitas wollen wir bürokratiearm ausgestalten.

Wir werden das KiTa-Gesetz weiterentwickeln und auf Basis der bisherigen Erfahrungen in 2028 novellieren, um noch mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen für Kinder, Eltern und Fachkräfte herzustellen. Dabei werden wir auch die Leitungsdeputate, das Sozialraumbudget und die Kita-Sozialarbeit im Blick behalten.

Wir stärken die Übergänge entlang der Bildungsbiografie und lernen vom Übergang zwischen Kita und Grundschule. Wir überarbeiten die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen in Abstimmung mit der Kita-Praxis, insbesondere mit dem Ziel, das letzte Kita-Jahr mit einem klaren Schwerpunkt auf den sogenannten „Vorläufer-Kompetenzen“ auszugestalten – und zwar auf der Basis verbindlicher Standards. Unser Ziel ist es, unter Wahrung verfassungsrechtlicher Grundsätze eine verbindliche Teilnahme an diesem inhaltlich wichtigen Angebot im letzten Kitajahr sicherzustellen. So wollen wir jedem Kind in Rheinland-Pfalz gleiche Chancen

eröffnen, den Schulstart mit besten sprachlichen, numerischen, motorischen und sozialen Grundlagen zu erleichtern.

Sprachliche Ausdrucksfähigkeit ist von hoher Bedeutung für individuellen Lernerfolg. Sie soll grundsätzlich bereits vor Eintritt in die Grundschule gewährleistet sein. Daher bauen wir die Sprachförderung deutlich aus – alltagsintegriert und mit zusätzlichen qualifizierten Fachkräften. Dazu weiten wir das Netzwerk der Kitas mit Sprachbeauftragten zunächst auf 1.000 Kitas aus und stellen zudem flächendeckend das Analysewerkzeug SiAb („Sprache im Alltag beobachten“) zur Verfügung.

Im Rahmen der KiTa-Gesetz-Novellierung werden wir festlegen, dass die Sprachstandserhebung bei allen Kindern im Alter von 4,5 Jahren verpflichtend erfolgt. Dies soll dabei helfen, Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen. Kinder mit Sprachdefiziten erhalten verbindliche und individuelle Förderung – mit qualifiziertem Personal, alltagsintegrierten Sprachprogrammen und unter Einbindung der Eltern.

Wir werden für bessere Rahmenbedingungen in unseren Kitas sorgen und setzen den Weg fort, die bezahlte duale Ausbildung zum/zur Erzieher/-in zur Regel zu machen.

Für verlässliche Grundschulen sorgen

Wir entwickeln in einem Modellprojekt unsere Grundschulen weiter, in Richtung einer rhythmisierten Unterrichtsgestaltung.

Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Grundschulen von Aufgaben entlastet werden und damit mehr Zeit für Pädagogik und insbesondere für das Üben und Vertiefen der Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen bleibt. Dazu ermöglichen wir Grundschulen, die mehr Freiraum für die Fokussierung auf die Grundkompetenzen benötigen, die Streichung des Fremdsprachenunterrichts.

Wir sichern eine faire und angemessene Vergütung aller Lehrkräfte im Land. Die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen werden wir stufenweise auf A13 anheben.

Weiterführende Schulen: Differenzierte Wege bei gleichen Chancen eröffnen

In unserem bestehenden gegliederten Bildungssystem ist es unser Ziel, die Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das Aufstiegsversprechen und die Verlässlichkeit miteinander zu verbinden, um jedes Kind bestmöglich zu fördern. Bei uns wird jedem jungen Menschen ermöglicht, den für sich passenden Weg in Ausbildung, Studium und Beruf zu finden. Allgemeine und berufliche Bildung sind dabei gleichwertig und gleich wichtig.

Unsere Realschulen Plus sind wie unsere berufsbildenden Schulen unverzichtbar für die Ausbildung der Fachkräfte von morgen. Sie verbinden Theorie und Praxis eng

miteinander und leisten somit einen wirksamen Beitrag zur Fachkräftesicherung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die Realschulen Plus stärken wir mit mehr Pädagogik und mehr Möglichkeiten, modern und zielgerichtet zu unterrichten. Deshalb wollen wir mehr Multiprofessionalität ermöglichen, indem wir aufwachsend in Berufsreifeklassen eine zusätzliche pädagogische Fachkraft zur Verfügung stellen.

Unsere Gymnasien bereiten Schülerinnen und Schüler auf eine akademische Ausbildung sowie auf verantwortungsvolle Aufgaben in Beruf und Gesellschaft vor. Sie vermitteln nicht nur fundiertes Fachwissen, sondern fördern auch kritisches Denken, Selbstständigkeit und die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge nachzuvollziehen. Durch ein breites Fächerspektrum und vertiefte Lerninhalte schaffen Gymnasien die Grundlage für einen erfolgreichen Berufs- und Lebensweg.

Die Förderung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer) ist uns ein besonderes Anliegen.

Wir bekennen uns zum Recht auf Inklusion und dem Erhalt von Förderschulen. Wir wollen den bewährten „Dreiklang“ aus Schwerpunktschulen, Förder- und Beratungszentren sowie Förderschulen weiterentwickeln. Wir sehen, dass wir im Sinne einer möglichst guten individuellen Förderung eines jeden Kindes und der Gleichberechtigung aller Kinder noch weitere Verbesserungen erzielen müssen.

Die berufsbildenden Schulen sind zuverlässige Partner der dualen Ausbildung, arbeiten vertrauensvoll mit den Arbeitgebern und der Wirtschaft zusammen und sind ein wichtiger Innovationsmotor. Mit Blick auf die technologische Transformation sowie den hohen Innovations- und Wettbewerbsdruck unserer Wirtschaft kommt der beruflichen Bildung, Fort- und Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Deshalb wollen wir die Modernisierung unserer berufsbildenden Schulen forcieren mit Blick auf technische Ausstattung, baulichen Zustand und digitalen Reifegrad sowie den verstärkten Einsatz von Fachpraxislehrkräften.

Leistung sichern – Chancen eröffnen – Schule modern gestalten

Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, selbstbestimmte, demokratische und resiliente Bürgerinnen und Bürger zu werden. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, die Ausbildungs- beziehungsweise Studierfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

Unsere Bildungspolitik orientiert sich daher – neben der Vermittlung von Werten und pädagogischen wie ethischen Prinzipien – auch an Leistungsstandards und der dazugehörigen Förderung. Dazu gehört auch eine moderne Lern- und Prüfungskultur mit nachvollziehbaren Leistungsüberprüfungen. Mit einheitlichen Lernstandserhebungen, erfolgreichen Maßnahmen wie „Keiner ohne Abschluss“ sowie einer frühen Berufsorientierung ab Klasse 7 wollen wir die Ausbildungsfähigkeit stärken und Abbrecherquoten senken.

Sprache ist nicht nur der Schlüssel zur Bildung, sondern auch zu Integration und sozialer Teilhabe. Deshalb sichern wir die Sprachfähigkeit aller Kinder, auch die derer, die ohne ausreichende Deutschkenntnisse aus dem Ausland zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen. Dazu nutzen wir die bereits bewährte verbindliche Sprachförderung an unseren Schulen und richten dort, wo der Bedarf vorhanden ist und viele Schülerinnen und Schüler noch Deutsch lernen müssen, sogenannte altersgemischte „Kompassklassen“ ein. Moderne Diagnoseinstrumente sowie KI-Sprachassistenten sind dabei Werkzeuge zur Unterstützung. Ziel bleibt, die Kinder und Jugendlichen schnellstmöglich in den Regelunterricht zu integrieren.

Wir modernisieren die Lehrpläne und verschlanken sie konsequent im Sinne eines modernen und innovativen Unterrichts. Dazu gehören für uns frühzeitige und individuelle Angebote zur Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen – etwa durch verpflichtende Praktika im Bereich der Dualen Ausbildung (zum Beispiel in Handwerks- oder Pflegeberufen) in der Mittel- und Oberstufe sowie durch Projekt- und Trainingstage oder die bereits bestehenden Praktikumswochen.

Das Land reformiert und entbürokratisiert das System der Schulbuchausleihe. Schülerinnen und Schüler der allgemein- und berufsbildenden Schulen, die sich nicht in einer vergüteten Aus- oder Weiterbildung befinden, erhalten Schulbücher und Arbeitshefte künftig analog und ab Klasse fünf zusätzlich digital kostenlos. Damit wollen wir schrittweise beginnen.

Wir wollen die Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte weiter ausbauen. Dazu wollen wir dem Fortbildungsbedarf unserer Lehrkräfte noch mehr Rechnung tragen, indem wir moderne und bedarfsgerechte Angebote – auch in digitalen Formaten – über unser pädagogisches Landesinstitut zur Verfügung stellen. Gleichzeitig prüfen wir, ob wir über die curricularen Standards eine Erhöhung des Praxisanteils im Lehramtsstudium ermöglichen können. Dazu gehört auch die Sicherstellung moderner Unterrichtsformate.

Wir stehen für ein zukunftsfähiges gemeinsames Lernen und Arbeiten in der Schule. Hierzu zählen vor allem die datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung und die Weiterentwicklung der Lern- und Prüfungskultur. Moderne Schulentwicklung bedeutet dabei, dass wir Daten zielgerichtet erheben und zur Gesamtsteuerung sowie zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler nutzen können. Wir benötigen dazu eine 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten ab der 5. Klasse, in der Grundschule eine 1:4-Ausstattung sowie die Ausstattung unserer Lehrkräfte. Deshalb werden wir prüfen, ob wir dazu ein praktikables und finanzierbares Leih- oder Kaufmodell einsetzen können.

Wir wollen die Innovationskraft aus der Mitte unserer Schulen nutzen und sie bei ihrer weiteren Entwicklung unterstützen. Dabei praktizieren wir eine Ermöglichungskultur, die dafür den Raum bietet, und greifen weiterhin auf die Erfahrungen der Schulen aus der Initiative „Schule der Zukunft“ zurück.

Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Kinder und Jugendlichen kompetent mit Medien umgehen können. Gleichzeitig stehen wir für altersgerechte Regeln im Umgang mit

Medien. Die Privat-Handynutzung an Schulen soll während der Unterrichtszeit grundsätzlich nur zu Lehr- und Lernzwecken erfolgen. Im Rahmen von Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Bildung zum Umgang mit Smartphones und mobilen Endgeräten wird es eine verbindliche Regelung geben.

Wir wollen, dass alle Kinder schwimmen lernen können. Dazu werden wir landesweit sukzessive Schulschwimmzentren nach den Modellen aus Ludwigshafen und Trier auch mit anderen Kommunen weiter aufbauen. Diese Zentren zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass Schwimmlehrkräfte in den Bädern während der Schulzeiten vor Ort sind und so die Wasserzeiten für alle effizienter genutzt sowie die Teilnehmendenzahlen deutlich erhöht werden. Sie setzen dabei auf enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern und Badbetreibern. Dort wo keine Wasserflächen vorhanden sind, prüfen wir den Einsatz innovativer Lösungen, wie zum Beispiel Schwimmcontainer.

Wir bekennen uns zudem zu den Schulen in freier Trägerschaft und werden den bereits begonnenen Prozess zur Novellierung des Privatschulgesetzes im Sinne dieser grundsätzlichen Wertschätzung fortsetzen.

Wir wollen die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion reformieren, um mehr Schulentwicklung und -beratung sowie schulbezogene Dienstleistungen zu ermöglichen. Dies tun wir unter Berücksichtigung der Führungsstrukturen in den Schulen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine verbindliche und kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung ein, die die Sozialräume berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang wollen wir etwa auch die Sechszügigkeit einer IGS dort ermöglichen, wo es sinnvoll und bedarfsgerecht ist. Unsere Integrierten Gesamtschulen sind Orte, an denen gemeinsam gelebt und gelernt wird. Sie sind ein wichtiger Baustein unseres durchlässigen und aufstiegsorientierten Bildungssystems. Sie fördern Vielfalt, stärken den Zusammenhalt und eröffnen jedem einzelnen Kind die Chance, seine individuellen Potenziale zu entfalten, Leistung zu erbringen und erfolgreich seinen eigenen Bildungsweg zu gehen.

Den bisher eingeschlagenen Pfad, jedes Jahr konsequent bedarfsgerecht neue Stellen für zusätzliche Lehrkräfte zu schaffen, setzen wir fort.

Gewalt, Hass und Hetze haben in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen keinen Platz! Kitas und Schulen müssen sichere Orte sein. Deshalb werden wir insbesondere an den Schulen weiterhin konsequent eine Null-Toleranz-Linie bei Gewalt und Bedrohungen durchsetzen. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagoginnen und Pädagogen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Dieses bundesweite Schulnetzwerk ist mittlerweile an über 200 Schulen in Rheinland-Pfalz stark aktiv. An unseren Schulen setzen wir auf wirksame Ordnungsmaßnahmen sowie klare Notfallkonzepte. Dafür nutzen wir unsere Task-Force beim Land, die bei akuten Problemlagen an Schulen schnell intervenieren kann. Sie besteht aus Psychologinnen und Psychologen, Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten sowie Sicherheitskräften.

Die Vertrauensstelle beim Pädagogischen Landesinstitut dient darüber hinaus als unabhängige und vertrauliche Anlaufstelle.

Wissenschaft

Forschung und Innovation sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wissenschaftlicher Fortschritt prägt zudem die gesellschaftlichen Zukunftsthemen. CDU und SPD sorgen für gute Rahmenbedingungen für eine Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung bewusst ist. Im nationalen, wie internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe unterstützen wir unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch verlässliche Förder-, Finanzierungs- und Planungsbedingungen. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zur grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit. Wir bekennen uns zur Grundlagenforschung – von den MINT-Fächern und den Ingenieurs- und Lebenswissenschaften über die Biotechnologie bis hin zu den Gesellschafts-, Geistes- und Kulturwissenschaften. Antisemitismus sowie jede Form von Gewalt und Diskriminierung haben an unseren Hochschulen keinen Platz.

Hochschulen stärken und Freiräume erweitern

Wir bekennen uns zu unserer vielfältigen Hochschullandschaft mit ihren unterschiedlichen Profilbildungen sowie zu den Freien Hochschulen. Wir stärken mit modernen und transparenten Finanzierungsstrukturen die Hochschulautonomie und schaffen Freiräume für Innovation und regionale Leuchttürme, indem wir die Standorte dabei unterstützen, ihre Stärken und ihr Profil zu schärfen. Die Nachhaltigkeit verdient dabei einen besonderen Fokus. Unsere Hochschulen tragen als Arbeitgeber Verantwortung für die wissenschaftlichen Talente von morgen. Wir werden die Leitlinien „Gute Arbeit“ weiterentwickeln, moderne Personalstrukturen schaffen und für transparente Selbstverpflichtungen der Hochschulen einstehen. Insbesondere Belange der Gleichstellung werden dabei berücksichtigt und bestehende Maßnahmen weiterentwickelt.

Wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode an allen Hochschulen, die dies so beantragen, das System der Globalhaushalte einführen. Mit mehrjährigen Zielvereinbarungen werden wir die Planbarkeit für unsere Hochschulen erhöhen, moderne Verwaltung stärken, bürokratische Berichts- und Antragspflichten abschaffen und ihnen möglichst große Freiheit der eigenen Gestaltung geben.

Eine zukunftsfähige bauliche und technische Infrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für wettbewerbsfähige Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Dazu gehört eine transparente Übersicht über die im Land geplanten Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen eines mehrjährigen Hochschulbauprogramms.

Forschung und Wettbewerbsfähigkeit ausbauen

Wir setzen darauf, dass die Umsetzung neuen Wissens aus unserer Forschung in innovative und nachhaltige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt wird und so einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen leistet. Dafür sind Hochschulen, Forschungsinstitute sowie Ausgründungen aus der Wissenschaft zentral.

Wir stärken unsere Hochschulen in ihren profilgebenden Forschungsschwerpunkten von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Anteil unseres Bundeslandes bei der Vergabe von Forschungs- beziehungsweise Drittmitteln, insbesondere der Exzellenzinitiative des Bundes, den Förderprogrammen der DFG und bei EU-Mitteln spürbar zu erhöhen. Dafür stellen wir im Rahmen der Forschungsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz ausreichende Mittel bereit, deren Vergabe wettbewerblich erfolgt und an die mögliche Teilnahme an entsprechenden Förderverfahren geknüpft ist. Anschubfinanzierungen (Seed-Mittel) ermöglichen es Fachbereichen, tragfähige Vorarbeiten für größere Drittmittelanträge zu leisten und damit Innovationen von morgen zu entwickeln. Erfolgreiche Einwerbungen sollen belohnt werden.

Angelehnt an die Hightech-Agenda des Bundes entwickeln wir eine Hightech-Agenda Rheinland-Pfalz mit den Schwerpunkten Biotechnologie, Lebenswissenschaften (Medizin und Pharmazie), Künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeit. Insbesondere in diesen Bereichen werden wir die hier bestehende wissenschaftliche Exzellenz gezielt weiterentwickeln, die Drittmitteleinwerbung noch weiter verstärken und dabei auch die Forschungskooperation mit nationalen und internationalen Unternehmen dieser Fachrichtungen ausbauen. Die Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien in Forschung, Lehre und beim Studierendenaustausch unterstützen wir.

Vor allem in der Biotechnologie und den Lebenswissenschaften wollen wir die erfolgreiche Profilierung fortsetzen. Wir werden Mainz und ganz Rheinland-Pfalz als internationalen Standort in der Biotechnologie weiter stärken. Der Erfolg von TRON als Ausgründung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist dabei beispielgebend. Angelehnt an diese Erfolge wollen wir die Gründungskultur im universitären und hochschulischen Bereich mit Gründungsbüros verstärken und den Wissens- und Technologietransfer entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbessern, zum Beispiel durch Scouting-Hubs. Wir stärken die Gründungskompetenz im Studium und entwickeln gezielte Förderangebote, insbesondere für Gründerinnen, weiter.

Studieren verlässlich und sozial gerecht gestalten

Unsere Studierenden sind unsere Fachkräfte und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler von morgen. Die rheinland-pfälzischen Studierendenwerke sorgen dafür, dass Studierende unabhängig von Herkunft oder finanzieller Situation gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wir wollen die Studierendenwerke stärken und ihr Leistungsportfolio – Wohnraum, Mensen, psychologische Beratung und soziale

Unterstützung – sichern. Außerdem vereinfachen wir die Beantragung und beschleunigte Vergabe von BAföG-Anträgen, indem wir diese Aufgaben und Verwaltungsstrukturen anpassen. Die Beratung von Studierenden, die einen Abbruch ihres Studiums in Erwägung ziehen, verbessern wir, indem wir neben den Kammern auch alle anderen relevanten Akteure – insbesondere die Arbeitsagentur oder lokale Unternehmen – in die Studienberatung verstärkt einbeziehen. Im Hinblick auf die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte werden wir eine Vizepräsidentschaft für die Studierenden bei überzeugenden Konzepten über die Experimentierklausel ermöglichen. Gemeinsames Lernen und Arbeiten als Kern des Studiums wollen wir stärken und schaffen moderne Lern- und Lehrumgebungen.

Unsere Hochschulen sind für alle da, deswegen sind Barrierefreiheit und Unterstützung für Studierende mit Behinderung und chronischen Krankheiten wichtig.

Frauen in Hochschulen und Wissenschaft voranbringen

CDU und SPD wollen dazu beitragen, die Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb weiter zu erhöhen. Frauen und Männer sollen ihre Kompetenzen gleichermaßen einbringen, damit die Hochschulen des Landes innovativ und wettbewerbsfähig bleiben. Sie sollen dort in allen Fächern und auf allen Qualifikationsstufen gleichberechtigt lehren, lernen und forschen können. Förderprogramme, die der Erweiterung von Karrieremöglichkeiten von Frauen an unseren Hochschulen dienen, setzen wir fort.

Duale Studiengänge und Lebenslanges Lernen ausbauen

Wir sorgen dafür, dass das Angebot Dualer Studiengänge nachfrageorientiert ausgebaut wird und machen die Angebote über die duale Hochschule Rheinland-Pfalz sichtbarer. Auch sollen digitale Prüfungsmöglichkeiten ausgebaut werden. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften bauen wir die Schwerpunktprofessuren aus, um auch dort einen höheren Anteil an Forschungsaktivitäten zu ermöglichen. Wir fördern Lebenslanges Lernen und entwickeln dabei auch das Angebot von singulären hochschulischen Fortbildungsangeboten, die auch zu einer anerkannten Qualifizierung führen können, weiter.

Spitzenmedizin und medizinische Forschung stärken

Die Universitätsmedizin ist das Zentrum für Spitzenmedizin und medizinische Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz. Wir stärken die Lebenswissenschaften und die Gesundheitsforschung. Wir werden Grundlagenforschung über frühe Translation zu klinischer Forschung stärken und wissenschaftsgetriebene Innovation in Prävention und Therapie weiter unterstützen. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Hightech Agenda Deutschland. CDU und SPD unterstützen die entwickelte Zweistandort-

Lösung, um die Universitätsmedizin baulich und infrastrukturell zu erneuern und krisenresilient aufzustellen. Wir begrüßen den durch „Neustart@UM“ angestoßenen Konsolidierungsprozess der Universitätsmedizin. Es ist notwendig, diesen Weg der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit entschlossen weiterzugehen.

Kultur

Rheinland-Pfalz ist ein Land voller kultureller Schätze, kreativer Köpfe und lebendiger Orte, an denen Kunst, Theater, Musik und Film die Menschen zusammenbringen. Es ist ein Kulturland, dessen einzigartiges kulturelles Erbe von den Römern über UNESCO-Weltkulturerbestätten, wie beispielsweise die SchUM-Stätten, die Geschichte Europas maßgeblich mitgeprägt hat. Große Landesausstellungen, Festspiele und Festivals bilden das kulturelle Profil unseres Landes ebenso wie Theater und Orchester, Museen, Archive, Bibliotheken und die soziokulturellen Zentren. Unser Land lebt von der hohen künstlerischen Qualität seiner Theater und wir werden das Staatstheater Mainz, die Theater Trier und Koblenz und das Pfalztheater Kaiserslautern weiterhin stärken. Diese Vielfalt wird getragen von vielen Menschen vor Ort – in Laienchören, Theatergruppen, Musikvereinen, Kunstinitiativen, Bands und Programmkinos. Kultur ist dabei identitätsstiftend und verbindet Menschen über alle Altersklassen und Grenzen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist wesentlich für die ganzheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen die Vielfalt dieser kulturellen Angebote landesweit und flächendeckend bewahren und stärken.

Kultur verlässlich und planbar fördern

Wir werden ein Kulturfördergesetz schaffen, mit dem wir den unterschiedlichen Akteuren einen grundsätzlichen Anspruch auf Unterstützung zusichern und ihnen die verdiente Wertschätzung für ihr kulturelles Engagement entgegenbringen wollen.

In diesem Prozess wollen wir auch prüfen, über- und mehrjährige Förderungen zu ermöglichen, um kulturelle Vorhaben verlässlicher unterstützen zu können. Unser Ziel ist, die Beantragung und die Mittelvergabe zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auch durch die Einführung vereinfachter Verwendungsnachweise für die Kleinstförderungen.

Die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern werden wir auf Bundesebene im Zuge der bevorstehenden Reform der Künstlersozialkasse unterstützen. Landesseitig begleiten wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zuge einer schrittweisen Anhebung der Honoraruntergrenzen.

Mit Blick auf die Belastungen durch GEMA-Gebühren werden wir uns auf Bundesebene für eine Neuberechnung der gebührenrelevanten Flächenwerte stark machen. Im Hinblick auf die landesseitige Förderkulisse ehrenamtlich getragener Veranstaltungsaktivitäten werden wir – je nach inhaltlicher Zuordnung – eine

Finanzierungsstruktur durch den Abschluss eines Pauschalvertrags mit Beiträgen aus den jeweils betroffenen Ressorts (Kultur, Sport, Soziales) schaffen.

Kulturelle Teilhabe und Verantwortung stärken

Wir wollen die kulturelle Bildungslandschaft auf kommunaler Ebene unter anderem mit Kitas und Schulen stärker miteinander vernetzen und sie gezielt unterstützen (Programm Kulturelle Bildungsplanung). Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu kultureller Bildung für alle Kinder und jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten ermöglichen, zum Beispiel durch den kostenlosen Eintritt für unter 18-Jährige in Landesmuseen und eine stärkere Unterstützung der Musikschulen im Land.

In Zeiten zunehmender Fremdenfeindlichkeit und der Diskreditierung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung nimmt die Landeszentrale für politische Bildung besonders wichtige Aufgaben wahr. Ihre Arbeit soll durch die Vertiefung ihrer Aufgabenbeschreibung sowie durch eine absichernde Rechtsgrundlage, die sich aus einem klaren parlamentarischen Mandat heraus ergibt, gestärkt werden.

Wir stehen für eine klare Haltung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in unserem Land. In diesem Sinne werden wir jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz fördern und die Erinnerungskultur weiter ausbauen. Dazu gehört für uns auch die Verpflichtung, die Besuche von Gedenkstätten der Erinnerungskultur zum Bestandteil des Unterrichtsangebots zu machen.

Wir bekennen uns zu den SchUM-Stätten in Mainz, Worms und Speyer als einzigartigem Zeugnis jüdischer Geschichte und kultureller Identität in Europa. Sie stehen für das geistige Zentrum jüdischen Lebens in Mittel- und Osteuropa, deren Bedeutung weit über ihre Entstehungszeit hinausreicht. Ihr Erhalt und ihre Wertschätzung sind für uns Ausdruck von Verantwortung gegenüber der Geschichte und ein klares Bekenntnis zum Schutz jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Rheinland-Pfalz.

Die UNESCO-Welterbestätten in Rheinland-Pfalz und das immaterielle Kulturerbe sind zentrale Zeugnisse unseres historischen Erbes. Wir werden ihren Erhalt stärken, sie noch sichtbarer und auch digital für alle zugänglich machen.

Wir wollen die Förderung von Dritten Orten der Begegnung und des kulturellen Austauschs ausbauen und weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang unterstützen wir mit Mitteln aus dem Rheinland-Pfalz-Plan den Aufbau eines landesweiten Netzwerks an Probemöglichkeiten, das Freien Theatergruppen zur Verfügung steht. Die Förderung der Freien Szene, der Kinoprogrammpreis und „Zukunft durch Kultur“ werden weiter gestärkt.

CDU und SPD wollen die historischen Landesausstellungen in den Landesmuseen weiterentwickeln, um ihre überregionale Strahlkraft zu sichern. Kulturdenkmäler im Landesbesitz wollen wir dauerhaft erhalten und setzen notwendige Bau- und

Sanierungsmaßnahmen fort. Das Denkmalschutzgesetz modernisieren und entbürokratisieren wir.

CDU und SPD stehen für eine konsequente Restitution von Kulturgütern als Ausdruck unserer historischen Verantwortung.

Im Hinblick auf die funktionelle Umwidmung kirchlicher Bauten entwickeln wir ein geeignetes Dialogformat, das gewährleistet, dass alle betroffenen Akteure und deren Perspektiven berücksichtigt und diese in die Entwicklung tragfähiger und sinnvoller Anschlussnutzungskonzepte integriert werden.

2. Unsere Verantwortung für moderne Wirtschaft und Energie, Digitalisierung und Medien

Wirtschaft

Rheinland-Pfalz ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Struktur aus Industrie, kleinen und mittleren Unternehmen , Handwerk, Dienstleistungen, Tourismus und Gaststättengewerbe. CDU und SPD bekennen sich ausdrücklich zur Bedeutung des Industriestandorts Rheinland-Pfalz sowie zur tragenden Rolle des Mittelstands und der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land. Es ist unser Anspruch, mit einem breiten Mix an wirtschaftspolitischen Maßnahmen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsdynamik, Standortattraktivität und Zukunftsfähigkeit weiter zu stärken. Wir machen uns stark für wirtschaftliches Wachstum, Innovationskraft und gute Arbeit, um so die Voraussetzungen für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Grundlage unseres Handelns sind die Leitprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die unternehmerische Freiheit, Wettbewerb und Eigeninitiative mit klaren staatlichen Leitplanken für fairen Wettbewerb, für soziale Sicherheit und Gemeinwohl verbinden. Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist dabei für uns Garant für gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung, faire Löhne und Tarifbindung.

Wir wollen für unsere Wirtschaft im Ländervergleich die besten Rahmenbedingungen bereitstellen und dies insbesondere durch den Verzicht auf belastende oder einschränkende Maßnahmen erreichen.

Investitionen ermöglichen und Verfahren beschleunigen

Rheinland-Pfalz soll sich weiter zu einem der attraktivsten Standorte für Industrie, Innovationen, Start-ups und Zukunftstechnologien entwickeln. Dazu bündeln wir Förderangebote, straffen bestehende Programme und schaffen insbesondere für größere Ansiedlungen ein professionelles zentrales Ansiedlungsmanagement im Sinne einer Standortgesellschaft Rheinland-Pfalz, die landesweit Beratung und Begleitung für ansiedlungswillige Unternehmen aus einer Hand bieten soll – und zwar von der ersten Standortanfrage über die Flächenidentifikation und -entwicklung bis hin zur Umsetzung von Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben. Dies soll auch zu einer Beschleunigung von Genehmigungsverfahren beitragen.

Ein zentraler Punkt unserer Standortpolitik ist die gezielte Bevorratung geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen, um Ansiedlungen, Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen zu beschleunigen. Gleichzeitig stellen wir im ganzen Land Gewerbe-Turboflächen sowie weitere Potenzialflächen bereit, damit Gewerbe- und Industrieflächen schneller geplant und genutzt werden können. Die Landesplanung wird entsprechend weiterentwickelt, unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen. Interkommunale Zusammenarbeit soll durch geeignete Anreize gestärkt werden.

Transformation der Industrie aktiv gestalten

Die Industrie hat aufgrund ihres hohen Wertschöpfungspotenzials eine herausragende Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz. Ausgehend von unseren Stärken im Bereich von chemischer, pharmazeutischer, Automobil- und Zuliefererindustrie sowie von Metall- und Elektrounternehmen möchten wir neue Leitmärkte mit neuen Leittechnologien erschließen, insbesondere unter Nutzung unserer starken biotechnologischen sowie unserer IT- und KI-Kompetenzen. Gleichzeitig brauchen wir dabei eine engere Verzahnung von Industrie- und Innovationspolitik. Wenn aus Forschungswissen und technologischen Innovationen neue Wertschöpfung entstehen soll, dann geht das nur in enger Vernetzung von wirtschaftsstarken Industrieunternehmen mit den exzellenten Köpfen aus der Wissenschaft. Wir wollen überdies dazu beitragen, unsere Industrien wettbewerbsfähiger zu machen, indem wir uns auf Bundes- und europäischer Ebene für die Senkung der Energiekosten, insbesondere für energieintensive Unternehmen einsetzen. Wir werden zudem die Potenziale der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, insbesondere im Bereich von Dual-Use-Technologien, durch gezielte Förderung, Vernetzung und Kooperationen im Rahmen der bestehenden Programme stärker erschließen.

Für die Dekarbonisierung der Industrie prüfen wir die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten eines modernen Kohlenstoffmanagements für unvermeidbare Restemissionen, insbesondere von CCS- und CCU-Technologien und werden hierzu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Gleichzeitig entwickeln wir die Wasserstoffstrategie des Landes weiter. Wasserstoff ist eine tragende Säule der industriellen Transformation hin zur Klimaneutralität. Ziel ist eine verlässliche Versorgung insbesondere der energieintensiven Industrie mit klimafreundlichem Wasserstoff. Die Wasserstoffkoordinierungsstelle wird gestärkt und besser in die strategische Steuerung eingebunden.

Im Hinblick auf die Frage, ob das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040 erreicht werden kann, werden wir die im Landesklimaschutzgesetz vorgesehene Überprüfung deutlich vorziehen. Anstatt im Jahr 2031 wollen wir diese bereits im Jahr 2028 vornehmen. Sollte die Überprüfung ergeben, dass die Klimaneutralität bis 2040 nicht erreicht werden kann, werden wir die gesetzlich vorgesehene Anpassung vornehmen.

Wir setzen uns für wirtschaftsfreundliche und zugleich sozial ausgewogene Rahmenbedingungen ein. Der bisher im Bildungszeitgesetz vorgesehene Entlastungsmechanismus soll auf alle Branchen und Unternehmensgrößen ausgeweitet und erhöht werden.

Mittelstand durch Innovation und Entlastung stärken

Auch der Mittelstand in unserem Land befindet sich in einer Phase der Transformation. Nachfolge-, Nachwuchs- und Fachkräftesicherungsprobleme, technologische Innovationen wie etwa KI oder 3D-Druck oder auch die Möglichkeiten im Bereich von e-commerce stellen neue Anforderungen an viele kleine und mittelständische Unternehmen. Im Sinne einer wirkungsorientierten Mittelstandspolitik überprüfen wir daher das bestehende Förder- und Unterstützungsangebot für den rheinland-pfälzischen Mittelstand. Wir wollen passgenau und innovativ zur Stärkung der

Wettbewerbsfähigkeit der KMU beitragen, insbesondere wenn es um Kompetenzen in den Bereichen technologische Modernisierung, Fachkräftesicherung und moderne Vertriebs- und Managementkonzepte geht.

Der Mittelstand ist das Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Wir werden den Gang in die Selbstständigkeit sowie Betriebsnachfolgen in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren der Wirtschaft aktiv unterstützen, insbesondere durch verbesserte Vernetzung und gezielte Förderinstrumente. Bei Betriebsübergängen, insbesondere in der Hotellerie und Gastronomie, wollen wir praktikable Lösungen, vor allem beim Übergang von betriebsgebundenen Konzessionen, Lizenzen und Genehmigungen, schaffen.

Lebendige Innenstädte sind zentrale Orte der Begegnung, des Handels und der Lebensqualität. Deshalb sind handlungs- und leistungsfähige Kommunen auch so wichtig für einen vitalen Mittelstand. Wir stärken ihre Multifunktionalität und geben den Kommunen die Möglichkeit, attraktive und erlebnisorientierte Räume mit hoher Aufenthaltsqualität zu gestalten.

Wir entwickeln die rechtlichen Rahmenbedingungen für verkaufsoffene Sonntage weiter. Dabei halten wir an der bisherigen Anzahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen pro Jahr fest. Künftig sollen zwei dieser Sonntage ohne besonderen Anlass ermöglicht werden. Zudem schaffen wir die Voraussetzung, dass ein verkaufsoffener Sonntag am ersten Wochenende im Dezember stattfinden kann. Gleichzeitig ermöglichen wir Ausnahmen im Ladenöffnungsgesetz für automatisierte Verkaufsformen.

Zur Unterstützung von Auszubildenden prüfen wir unter Einbeziehung von Kammern und weiteren Partnern Pilotprojekte zur Schaffung neuer Wohnraumkapazitäten für Azubis, zum Beispiel an Standorten mit Blockunterricht.

Wir werden die Kreislaufwirtschaft in Rheinland-Pfalz gezielt stärken und Stoffkreisläufe konsequent schließen, denn die Wiederverwendung von Ressourcen ist zentral für Klima- und Ressourcenschutz. Dazu setzen wir uns auf Bundesebene für eine praxistaugliche Überarbeitung der Ersatzbaustoffverordnung ein. Innovative Verfahren entlang der gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich des chemischen Recyclings, sollen anerkannt und gefördert werden. Zudem prüfen wir eine aufgabengerechte Anpassung der Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Fachkräftepotenzial erfolgreich heben

Die Sicherung von Fachkräften ist eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir werden die in diesem Jahr auslaufende Fachkräftesicherungsstrategie evaluieren und weiterentwickeln. Im Rahmen eines modernen Kampagnen- und Handlungskonzeptes binden wir Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertretungen ein. Gerade auch die Stärkung des Bewusstseins für die Wichtigkeit von Arbeitgeberattraktivität wird dabei von hoher Bedeutung sein. Dabei

erstrecken sich unsere Fachkräftesicherungsaktivitäten auf die bessere Ausschöpfung der inländischen Potenziale wie auch auf die berufliche Integration internationaler Fachkräfte.

Im Zuge unserer Fachkräftesicherungsstrategie werden darüber hinaus die Berufsorientierung an Schulen weiter stärken und junge Menschen gezielt für zukunftssichere und gesellschaftlich relevante Berufsfelder gewinnen. Dazu gehören für uns frühzeitige und individuelle Angebote zur Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen.

Die Förderung überbetrieblicher Bildungsstätten sowie der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung wird auf dem bisherigen hohen Niveau fortgesetzt. Unter Berücksichtigung der Förderung des Bundes streben wir den kostenfreien Meisterabschluss an.

Wir bekennen uns zur Bedeutung der Fachkräftezuwanderung. Anerkennungsverfahren werden beschleunigt und vereinfacht, die Welcome-Center gemeinsam mit den Kammern weiterentwickelt. Sprachförderung wird eng mit dem Arbeitsmarktzugang verzahnt. Ziel ist es, internationale Fachkräfte schneller und nachhaltiger in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Rheinland-Pfalz als attraktiven Standort für qualifizierte Zuwanderung weiter zu stärken.

Tourismus und regionale Wertschöpfung stärken

Rheinland-Pfalz, geprägt von einzigartigen Flusslandschaften, Weinbaukulturen, Mittelgebirgen und kulturellem Erbe, ist ein vielfältiges und attraktives Tourismusland. Der Tourismus reicht von Natur-, Wander- und Radtourismus über Wein- und Genusstourismus sowie Gesundheits- und Wellnesstourismus bis hin zu Städte-, Kultur- und Geschäftstourismus. Diese Vielfalt bietet die Grundlage für ein ganzjähriges, nachhaltiges Angebot. Unser Anspruch ist ein konsequent qualitätsorientierter Tourismus, der sich an den Bedürfnissen der Gäste ausrichtet und zugleich Wertschöpfung und Lebensqualität im Land stärkt. Rheinland-Pfalz setzt dabei auf hochwertige Angebote, starke regionale Profile und eine zukünftige Weiterentwicklung als wettbewerbsfähiger Tourismusstandort. Die Wirtschaftsstandortmarke „Rheinland-Pfalz Gold“ wollen wir weiterführen und mit Leben füllen.

Wir unterstützen daher den Tourismus als Wirtschaftsfaktor, vor allem aber das mittelständische und inhabergeführte Hotel- und Gaststättengewerbe in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum im Rahmen unserer aktuellen Tourismusstrategie, die wir evaluieren, weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Im Zuge dessen prüfen wir Möglichkeiten zur weiteren Stärkung des Tourismus, etwa mit Blick auf die Förderquoten.

Digitale Tourismusplattformen werden gezielt ausgebaut, um Angebote besser zu vernetzen und die Sichtbarkeit des Tourismusstandorts Rheinland-Pfalz zu erhöhen.

Mit einem Landesgaststättengesetz schaffen wir insbesondere für kleinere Gastronomiebetriebe, Dorfkneipen und Straußwirtschaften sowie für das Reisegewerbe praxistaugliche Erleichterungen.

Die Bundesgartenschau im UNESCO Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal bietet große Chancen für die touristische Entwicklung der Region. Mit einer verbesserten verkehrlichen Erschließung, insbesondere durch eine welterbekonforme Mittelrheinbrücke, wollen wir den Standort langfristig nachhaltig stärken. Wir werden dazu beitragen, die regionale und überregionale Attraktivität der Bundesgartenschau hervorzuheben und damit auch das damit verbundene wirtschaftliche Wertschöpfungspotential voll auszuschöpfen.

Darüber hinaus wollen wir das Format der Landesgartenschauen an veränderte Rahmenbedingungen und die konkreten Bedürfnisse der Kommunen anpassen. Ziel ist es, für die Landesgartenschau 2032 ein zeitgemäßes, niedrigschwelliges und damit grundsätzlich für mehr Städte erreichbares Angebot zu entwickeln. Gemeinsam mit allen an der Umsetzung beteiligten Akteuren werden wir ein neues Konzept erarbeiten, das die Erfahrungen der Praxis aufgreift und Raum für neue Ideen eröffnet. Dazu gehört auch die marketingtechnische Vernetzung von Bundes- und Landesgartenschauen.

Gründungen erleichtern – Innovation beschleunigen

Innovation und Gründungen sind zentrale Treiber für Wachstum und Transformation. Wir werden die Innovationsagentur nach Vorbildern im In- und Ausland zu einer zentralen Plattform für Vernetzung und Beratung weiterentwickeln. Dabei soll sie insbesondere den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gründerszene intensivieren, den Zugang zu Förderangeboten erleichtern und Gründungsprozesse zielgerichtet begleiten.

Wir stärken die Vernetzung von Gründerinnen und Gründern mit privaten und institutionellen Kapitalgebern und Investoren, um insbesondere innovativen Geschäftsmodellen und Start-ups den Zugang zu Wagniskapital zu erleichtern. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für weitergehende steuerliche Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital ein und verbessern gezielt den Zugang zu privatem Beteiligungskapital – insbesondere in späteren Wachstums- und Skalierungsphasen. Gleichzeitig bauen wir Zukunftscluster in Schlüsselbereichen wie Biotechnologie, Bioökonomie, Künstliche Intelligenz, Robotik, Cybersicherheit und Resilienz systematisch aus.

Darüber hinaus entwickeln wir eine Rohstoffstrategie für das Land, die zur Sicherung der Rohstoffgewinnung beiträgt und dabei ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten Rechnung trägt.

Energie

Wir verfolgen eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz ausgewogen berücksichtigt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Energieversorgung nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern auch von geopolitischer Bedeutung ist. Internationale Krisen, volatile Märkte und neue Abhängigkeiten erfordern eine Energiepolitik, die flexibel reagieren kann und gleichzeitig langfristige Orientierung bietet.

Unser Ziel ist es, die Energieversorgung in Rheinland-Pfalz sicher, resilient und zukunftsfest aufzustellen. Dazu gehört, Abhängigkeiten zu reduzieren, regionale Wertschöpfung zu stärken und die Transformation des Energiesystems verlässlich voranzubringen. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Energieagentur Rheinland-Pfalz zu, die als zentrale Kompetenzstelle Kommunen, Unternehmen und Bürger bei der Umsetzung der Energiewende berät und unterstützt.

Wir bekennen uns klar zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien als zentralem Pfeiler einer modernen Energieversorgung. Dabei setzen wir auf einen technologischen Ansatz und nutzen die Potenziale aller sinnvollen erneuerbaren Energieträger. Die Photovoltaik wollen wir konsequent ausbauen. Das Land geht dabei als Vorbild voran und stattet seine Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen aus. Die Nutzung von Biomasse wird weiter gestärkt, insbesondere durch den Einsatz von Restholz aus dem Wald sowie organischen Reststoffen. Die Potenziale der Wasserkraft werden unter Beachtung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in ihren verschiedenen technischen Alternativen genutzt und ausgebaut, soweit dies ökologisch und wirtschaftlich tragfähig ist. Geothermie soll dort erschlossen werden, wo sie sinnvoll und tragfähig ist. Die Frage der Absicherung in etwaigen Schadensfällen muss klar geregelt sein. Der Ausbau der Windenergie erfolgt unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und mit dem Ziel, eine ausgewogene und verträgliche Verteilung der Anlagen im Land zu erreichen. Zusätzliche Potenziale wollen wir auch durch die Nutzung von Flusswärme, insbesondere entlang von Rhein und Mosel, erschließen.

Gleichzeitig setzen wir auf einen pragmatischen und technologieoffenen Ansatz, der Raum für Innovationen lässt und notwendige Anpassungen an sich verändernde Rahmenbedingungen ermöglicht. So schaffen wir die Grundlage für eine stabile Energieversorgung und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Bezahlbare Energie ist ein entscheidender Faktor für den Alltag unserer Bürgerinnen und Bürger und für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, die Stromsteuer für alle zu senken und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nachhaltig zu stärken. Das entlastet Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Die kommunale Wärmeplanung ist ein wesentliches Instrument, um in Deutschland das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Kommunen auf dem Weg wirksam unterstützt werden.

CDU und SPD bekennen sich zum notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur. Dieser liegt in der Verantwortung des Bundes. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich hierbei konstruktiv einbringen und den Ausbau aktiv unterstützen. Dazu werden wir den Dialog mit den Netzbetreibern intensivieren, um die Integration erneuerbarer Energien in die Netze zu verbessern und den Ausbau bedarfsgerecht voranzubringen. Auch Speichertechnologien werden dabei stärker berücksichtigt.

Mit einem Bürgerenergiegesetz stärken wir die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunen an der Energieerzeugung vor Ort und erhöhen die regionale Wertschöpfung.

Der Ausbau erneuerbarer Energien wird konsequent fortgesetzt. Wir wollen ein jährliches Zubauziel von 1.500 Megawatt erreichen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung berührt grundlegende gesellschaftliche Bereiche wie Arbeit, Bildung, Kommunikation und soziale Teilhabe und hat diese tiefgreifend verändert. Technologische Entwicklung muss dem Gemeinwohl dienen. Wir wollen die Chancen nutzen. Deshalb brauchen wir ein digital souveränes Land im europäischen Rahmen und müssen die Bedingungen für digital autonome Bürgerinnen und Bürger schaffen. Wir stärken das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das Datenschutz- und Transparenzrecht soll innovationsfreundlicher novelliert und überall, wo möglich, vereinfacht und entbürokratisiert werden. Auf dem Weg zur digitalen Souveränität brauchen wir neue digitale europäische Lösungen, denen wir vertrauen können. Das gilt für die grundlegenden Infrastrukturen wie Halbleiter, Netzwerkkomponenten und Rechenzentren ebenso wie für infrastrukturelle Plattformdienste wie Cloud, Bezahldienste, Authentifizierungen und die vielen sektoralen Plattform- und Softwaremärkte.

Digitalisierung strategisch steuern

Rheinland-Pfalz hat mit der Digitalstrategie „Wir vernetzen Land und Leute“ ein funktionierendes Steuerungsinstrument für den digitalen Wandel geschaffen. Die Strategie wurde durch ein erstes Digitalprogramm mit konkreten Etappenzielen unterlegt, das kontinuierlich fortgeschrieben und an neue Herausforderungen angepasst werden soll. CDU und SPD verankern so Digitalisierung als politische Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern, von Bildung und Gesundheit über Wirtschaft bis hin zu Klimaschutz und gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir wollen die Digitalisierung konsequent in allen Bereichen des staatlichen Handelns verankern. Deshalb werden neue Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften einem Digitalcheck unterzogen.

Informations- und Cybersicherheit gewährleisten

Die Sicherheit der digitalen Infrastruktur und der Daten des Landes ist eine zentrale Voraussetzung für einen zukunftsfähigen und resilienten Staat. Informations- und Cybersicherheit verstehen wir als gemeinsame Aufgabe aller Akteure und Verwaltungsebenen. Sie kann nur ressortübergreifend und im engen Schulterschluss über Verwaltungsebenen hinweg wirksam gewährleistet werden. Unser Ansatz basiert auf den drei Säulen Prävention, Detektion und Reaktion, die wir für die Landesverwaltung in einer Cybersicherheitsstrategie bündeln, um die Informations- und Cybersicherheit nachhaltig zu stärken und damit unsere Resilienz zu erhöhen.

Wir setzen die Standards und Regelungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik konsequent um und unterstützen und beraten die Behörden der Landesverwaltung bei der Umsetzung genauso wie die Kommunen und die Unternehmen im Land mit einem besonderen Fokus auf den Mittelstand.

Wir verabschieden eine Cybersicherheitsstrategie für das Land und prüfen die Notwendigkeit eines eigenen Cybersicherheitsgesetzes, um klare Zuständigkeiten, verbindliche Standards und erweiterte Fähigkeiten rechtlich abzusichern.

Mittel für die Digitalisierung bündeln

Die Digitale Verwaltung ist eine zentrale Querschnittsaufgabe der Landesregierung und ein entscheidender Hebel für einen leistungsfähigen, modernen und bürgernahen Staat über alle Ebenen hinweg. Die Umsetzung soll beschleunigt, Zuständigkeiten sollen stärker gebündelt und verstärkt strategisch gesteuert werden.

Mit einem fortentwickelten Digitalbudget soll sichergestellt werden, dass zentrale und ressortübergreifende, aber auch bedeutsame Digitalisierungsprojekte verlässlich finanziert und konsequent umgesetzt werden können.

Verwaltung konsequent digitalisieren

Wir unterstützen den Weg zu einer einheitlichen digitalen Infrastruktur für Bund, Länder und Kommunen (Deutschland-Architektur und Digital Infrastructure Stack), um Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. In unseren Umsetzungen binden wir EU-, Bundes- und IT-Planungsratsvorgaben systematisch ein, um interoperable Architekturen, Cloud-Infrastrukturen, Datenräume und KI-basierte Lösungen strategisch und effizient zu bündeln. Zudem identifizieren wir geeignete Einsatzfelder für die EUDI-Wallet im Lichte föderaler und europäischer Entwicklungen und setzen sie gezielt dort um, wo sie Verwaltungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger spürbar vereinfacht und einen konkreten Mehrwert bietet.

Neben der Bereitstellung von Basis- und Querschnittsdiensten für die Landes- und die Kommunalverwaltung wollen wir die Vielzahl von (kleineren) Fachanwendungen überprüfen. Ein Mittel, diese Fachanwendungen zu standardisieren und die langfristige

Pflege der Anwendungen zu gewährleisten, ist die Verwendung einer einheitlichen Low-Code-Plattform. Wir wollen die Möglichkeiten der Bereitstellung einer einheitlichen Low-Code-Plattform für die Landesverwaltung bewerten und bei positiver Bewertung die Bereitstellung einer solchen Plattform vorantreiben.

Mit dem Rollout-Programm sorgen wir für eine flächendeckende Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen in Rheinland-Pfalz. Dazu nutzen wir die bundesweit nach dem „Einer-für-Alle“-Prinzip (EfA-Prinzip) entwickelten Onlinedienste nach und binden diese an kommunale und staatliche Behörden ganzheitlich und medienbruchfrei an. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Anbindung, Einführung und dem praktischen Einsatz der Online-Dienste, inklusive einer abgestimmten Umsetzungsplanung und -begleitung. Wir werden den Anteil an flächendeckend ausgerollten EfA-Onlinediensten deutlich erhöhen und damit das Serviceangebote für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen spürbar verbessern. Wir setzen durchgängige, von der Beantragung bis zum Bescheid komplett digitale Verfahren um und stellen eine medienbruchfreie Anwendung nach dem Ende-zu-Ende-Prinzip sicher.

Wir werden das Landesgesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Rheinland-Pfalz im Rahmen eines Beteiligungsprozesses evaluieren und es an die aktuellen Anforderungen anpassen, so dass digitale Verwaltungsarbeit in Rheinland-Pfalz auf einer modernen rechtlichen Grundlage fußt. Änderungsbedarfe sehen wir insbesondere im Bereich KI, durch Änderungen des Onlinezugangsgesetzes und die Umsetzung der Registermodernisierung, durch eine neue Gewichtung der Digitalen Souveränität und Anforderungen an Informations- und Cybersicherheit.

Once-Only-Prinzip umsetzen

Die Registermodernisierung ist die zentrale Voraussetzung für die Umsetzung des Once-Only-Prinzips und ein Schlüsselprojekt der Föderalen Modernisierungsagenda. Relevante Daten werden nur einmal angegeben und können – unter Wahrung des Datenschutzes – von den Verwaltungen mehrfach genutzt werden. Ziel ist eine effiziente, skalierbare und sichere Registerlandschaft sowie die schrittweise Trennung von Registerführung und Fachverfahren. Wir treiben die Registermodernisierung strukturiert, schrittweise und praxisnah voran und erfüllen dabei konsequent die bestehenden rechtlichen und europäischen Verpflichtungen.

Schlüsseltechnologien gezielt einsetzen

Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Robotik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Photonik sowie Mikro- und Nanoelektronik bieten enormes Potenzial für die Zukunft.

Wir wollen die Chancen der Künstlichen Intelligenz für Gesellschaft und Wirtschaft nutzen. Deshalb setzen wir uns für eine maßvolle und risikobasierte Regulierung und

Kontrolle der KI-Entwicklung und -Anwendung im europäischen Rahmen ein. Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern im Bund und in Europa attraktive Bedingungen für dynamische Innovationen schaffen. Das Wohl und die Autonomie der Menschen sowie die Freiheit unserer demokratischen Gesellschaft sind dabei unser Fokus. Wir setzen auf KI-Sprunginnovationen, darunter branchenspezifische KI-Sprachmodelle, um die Effizienz und Effektivität in verschiedenen Sektoren zu steigern. Der kluge Einsatz neuer Technologien wird als Katalysator für die notwendigen Strukturreformen eine Schlüsselrolle spielen. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern, das Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik, das Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering und das Max-Planck-Institut für Softwaresysteme sind zentrale Einrichtungen der KI-Forschung mit großer Strahlkraft. Gemeinsam mit den Forschungsbereichen der Universitäten und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften besteht ein Forschungsumfeld in den unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern, das Anwendung von KI in die breite Anwendung bringt.

Künstliche Intelligenz bietet als potenzielle Sprunginnovation auch die Möglichkeit, Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.

Wir wollen in der Landesregierung eine eigene Innovationsmanagement-Einheit (GovLab Rheinland-Pfalz) implementieren, um technologische Innovationen und Innovationen in den Verwaltungs- und Arbeitsprozessen in der Landesverwaltung gezielt zu fördern. Dort werden wir neue Technologien frühzeitig testen und innovative IT-Lösungen vor dem flächendeckenden Einsatz in der Landesverwaltung erproben. Gleichzeitig wollen wir sie auch zur Anlaufstelle machen, um den Bedarf der Verwaltung an interner Organisationsberatung zu decken. Ziel ist es, dass die begleiteten Einheiten die entsprechenden Kompetenzen erwerben, neue digitale Tools und Methoden eigenständig in den Arbeitsalltag integrieren und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren den Kulturwandel in der Landesverwaltung sukzessive mitgestalten.

Wir achten bei der Einführung von KI und Automatisierungen stets auf den Einklang mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und darauf, dass die menschliche Komponente in der Verwaltung gestärkt wird.

Digitale Kompetenzen stärken

Wir wollen die digitalen Kompetenzen in der Verwaltung gezielt stärken und weiter ausbauen. Dazu setzen wir auf verstärkte Investitionen in Fort- und Weiterbildung, um die Beschäftigten bestmöglich auf die Anforderungen einer modernen, digitalen Verwaltung vorzubereiten, beispielsweise durch die Implementierung verpflichtender Module oder eines eigenen Studienganges (zum Beispiel DACS) an der Hochschule für öffentliche Verwaltung. Gerade mit Blick auf die Verwaltung ist die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ein wichtiger Ansprechpartner für uns. Sie leistet für die Aus- und Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung einen zentralen Beitrag.

Den Aufbau digitaler Kompetenzen in der Landesverwaltung wollen wir über die Stärkung der digitalen Weiterbildungsplattform weiter vorantreiben, um sicherzustellen, dass alle Mitarbeitenden über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, um die Herausforderungen der digitalen Transformation erfolgreich zu meistern.

Gute Rahmenbedingungen für moderne Rechenzentren schaffen

Angesichts veränderter geopolitischer Rahmenbedingungen muss Deutschland sich neu ausrichten und digital souverän werden. Dies betrifft ganz grundlegend unsere digitalen Infrastrukturen: Festnetz, Mobilfunk, Satellit und Rechenzentren. Rheinland-Pfalz soll ein attraktiver Standort für leistungsfähige, sichere und nachhaltige Rechenzentren werden. Dafür schaffen wir klare und effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine verlässliche Anbindung an Strom- und Glasfasernetze. Zugleich setzen wir auf höchste Effizienzstandards, insbesondere durch die konsequente Nutzung von Abwärme, den Einsatz erneuerbarer Energien und intelligente Laststeuerung. Rechenzentren wollen wir zudem systematisch in kommunale Wärme- und Energiekonzepte integrieren, um Synergien zu heben und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

Digitale Souveränität stärken

Maßnahmen zur Stärkung der Digitalen Souveränität wollen wir für die Landesverwaltung gesamthaft betrachten. Eine ressortübergreifende Strategie zur Digitalen Souveränität soll Grundlage der Umsetzung von Maßnahmen mit dem Ziel einer strukturierten, konsistenten Stärkung der Digitalen Souveränität der Landesverwaltung werden.

Wir wollen die digitale Souveränität konsequent durch den ebenenübergreifenden Einsatz offener Schnittstellen, offener Standards und den gezielten Ausbau von Open-Source-Lösungen stärken. Open Source verstehen wir als strategisches Instrument zur Förderung digitaler Souveränität, technologischer Innovation und leistungsfähiger Basisdienste und wollen sie bei der Auswahl und Entwicklung von IT-Systemen grundsätzlich bevorzugt berücksichtigen.

Die Fortentwicklung der Cloud-Infrastruktur für die Landesverwaltung richten wir weiterhin nach länderübergreifenden Standards digital souverän aus. Dort, wo es wirtschaftlich geboten und zulässig ist, werden wir uns europäischer Cloud-Dienstleister bedienen. Wir überführen geeignete Fachverfahren in die Cloud-Infrastruktur, setzen die Bündelung der Kompetenzen im Bereich Cloud fort und bieten eine zentrale Anlaufstelle bei Fragen rund um das Thema Cloud.

Im Bereich der IT-Arbeitsplätze streben wir die Ablösung von bestehenden proprietären IT-Arbeitsplatzlösungen an. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des Einsatzes von Open-Source-Produkten schnell vorantreiben und werden dem Zentrum für digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) beitreten.

Leistungsfähigen Landesbetrieb Daten und Information (LDI) weiterentwickeln

Der LDI ist der zentrale IT-Dienstleister der Landesverwaltung, der den Anforderungen der Verwaltungsdigitalisierung entsprechend weiterzuentwickeln ist. Eine stetig voranschreitende Digitalisierung mit einem entsprechenden Aufwuchs an Aufgaben, die in ihrer Komplexität beständig zunehmen, erfordert eine beständige Anpassung sowohl der Organisation selbst als auch der benötigten technischen Infrastruktur. Wir werden IT-Entwicklungsressourcen im LDI bündeln. Wir werden uns im Hinblick auf die laufende digitale Transformation für eine adäquate Personalausstattung des LDI in qualitativer und quantitativer Hinsicht einsetzen. Synergien durch die Kooperation mit Partnern innerhalb und außerhalb der öffentlichen Verwaltung werden wir vorantreiben.

Ausbau der digitalen Netze stärken

CDU und SPD wollen den Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur konsequent vorantreiben. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser und Mobilfunk entschlossen vorantreiben, insbesondere im ländlichen Raum.

Wir setzen uns beim Bund für regulatorische und gesetzgeberische Vorgaben ein, die einen Mehrfachausbau zugunsten von Mitnutzung bestehender Infrastrukturen unattraktiv werden lässt (Anwendung des „Dig-Once“-Prinzips und Open-Access-Modelle). Den Glasfaserausbau treiben wir mit passgenauen Förderangeboten voran, für die wir uns auch gegenüber dem Bund stark machen.

Der Glasfaserausbau wird als im überragenden öffentlichen Interesse vorangetrieben. Versorgungslücken, auch in Einzellagen, sollen ressourcenschonend geschlossen werden, etwa durch innovative Verlegemethoden oder in Ausnahmefällen auch durch den Einsatz moderner Technologien wie Satellitenlösungen. Gleichzeitig werden digitale Genehmigungsprozesse konsequent genutzt und Genehmigungen, wo möglich, vereinfacht.

Das Gigabit-Kompetenzzentrums wird auch in Zukunft Ausbauprojekte eng begleiten, überwachen und damit kommunale Verwaltungen entlasten.

Für uns steht die tatsächliche mobile Erreichbarkeit und ihre Qualität im Fokus. Wir wollen, dass die Parameter des Mobilfunk-Monitoring so angepasst werden, dass die gemessene Versorgung auch der Wahrnehmung vor Ort entspricht. Dazu bieten wir mit eigenen Messungen auf Landesebene bereits eine empirische Grundlage und bauen diese aus.

Für besonders schwer zu erschließende Gebiete im ländlichen Raum schaffen wir innovative Formate, um den Mobilfunkausbau zu beschleunigen. Wir bringen hierfür relevante Stakeholder wie beispielsweise Stromnetzbetreiber mit Mobilfunkunternehmen zusammen oder schaffen Austauschformate für ein koordiniertes und planvolles Vorgehen zwischen Umweltbehörden und Mobilfunkanbietern.

Wir werden uns gemeinsam mit dem Bund, der Bundesnetzagentur und weiteren relevanten Stakeholdern dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz frühzeitig und pilothaft dabei sein wird, wenn es um die Frage diskriminierungsfreier, regionaler Kupfer-DSL-Netz-Abschaltungen geht.

Insbesondere mit Blick auf den künftigen Standard 6G soll Rheinland-Pfalz in der Forschung und in der Anwendung auch weiterhin eine Vorreiterrolle spielen. Hierbei werden wir Forscherinnen und Forscher, Unternehmen und Organisationen im Feld gezielt unterstützen.

Wir haben eine starke anwendungsorientierte Mobilfunkforschung in Rheinland-Pfalz dank guter Rahmenbedingungen an Universitäten, Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen.

Medien

Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiger und lebendiger Medienstandort mit starken regionalen Strukturen und engagierten Akteurinnen und Akteuren. Ein leistungsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk, starke und regional verankerte private Rundfunkveranstalter und in allen Landesteilen präsente Zeitungsverlage sichern Arbeitsplätze und leisten einen zentralen Beitrag zu demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Vielfältige und unabhängige Medien sind ein demokratisches Kernversprechen: Zugang zu verlässlichen Informationen, Bildung und kulturelle Teilhabe für alle. Rheinland-Pfalz trägt hier als Vorsitzland der Rundfunkkommission eine besondere Verantwortung. Es ist unser gemeinsames Ziel, gute Bedingungen für private und öffentlich-rechtliche Medien zu schaffen – gerade in einer zunehmend von wenigen Plattformkonzernen dominierten digitalen Öffentlichkeit. Wer in Europa Geld verdienen möchte, für den gelten europäische Regeln und Werte. Deshalb treiben wir den Digitale Medien-Staatsvertrag voran, um Medienvielfalt und fairen Wettbewerb zu sichern, die Sichtbarkeit und Refinanzierung journalistischer Inhalte zu stärken und freie Kommunikationsräume auch in Zukunft zu gewährleisten. Auf europäischer Ebene werden wir uns dafür einsetzen, unsere europäischen Regeln und Werte selbstbewusst gegenüber den Plattformen einzufordern und durchzusetzen.

KI ist zum Alltagsgegenstand der Menschen geworden. Die Kompetenz dazu, diese Technik gezielt nutzen und hinterfragen zu können, ist daher eine zentrale. Diese Entwicklung gestalten wir aktiv mit. Gleichzeitig braucht es umso mehr unabhängigen Journalismus, der differenzierte Betrachtungen auf Sachverhalte und zuverlässige Quellen für Bürgerinnen und Bürger zur Orientierung und Weiterentwicklung anbietet.

Das duale Mediensystem hat sich bewährt, deshalb werden wir dieses System erhalten und weiterentwickeln. Dabei müssen beide Säulen des dualen Systems Raum für Entwicklung haben. Auf eine sinnvolle Balance zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Medien werden wir daher achten. In Rheinland-Pfalz haben wir

dabei ganz besonders auch die vielen regionalen und lokalen Medien im Blick. Ihre Arbeit vor Ort ist wesentlich für die Demokratie. Die bestehenden Regionalfenster und Drittsendezeiten leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag für Regionalität und Meinungspluralismus.

Presseverlage in Deutschland stehen enorm unter Druck. Umso wichtiger ist es, die vielfältige Presselandschaft in Rheinland-Pfalz zu unterstützen. Wir führen daher die zielgerichtete Förderung der digitalen Transformation von Presseverlagen in Rheinland-Pfalz fort.

Wir stehen zur Beitragsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht eine unabhängige und verlässliche Finanzierung. Gleichzeitig muss der Rundfunkbeitrag bezahlbar bleiben, um Akzeptanz zu finden. Effizienzsteigerungen, Strukturreformen und Kooperationen sichern Beitragsstabilität. Wir werden weiterhin Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit sowie Transparenz einfordern und uns aktiv in die Weiterentwicklung des Verfahrens zur Ermittlung und Festlegung des Rundfunkbeitrages einbringen.

Wir setzen auf mehr Zusammenarbeit und Partnerschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch mit privaten Medien. Dort, wo rechtliche Rahmenbedingungen die notwendige vertiefte Zusammenarbeit derzeit noch erschweren, setzen wir uns auch beim Bund für Anpassungen ein.

Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts – unabhängig von Alter und Herkunft. Sie stärkt die demokratische Resilienz der Menschen gegenüber Desinformation und Extremismus jeglicher Art. Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Impulsgeber für Medienkompetenz und digitale Bildung machen. Daher wollen wir den eingeschlagenen Prozess einer gemeinsamen Medienkompetenzstrategie konsequent fortsetzen. Ziel ist es, bestehende und neue Maßnahmen besser zu bündeln, stärker zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. So entsteht ein klarer Rahmen mit gemeinsamen Zielen und Standards, der die Medienkompetenz im Land durch niedrigschwellige Angebote nachhaltig stärkt und öffentlich wahrnehmbar macht.

Die Angebote der Orte der medialen Teilhabe der Medienanstalt Rheinland-Pfalz sollen im Land ausgebaut werden, denn sie sind Anlaufstellen und Begegnungsstätten: niedrigschwellig und mittendrin in den Innenstädten von Rheinland-Pfalz. Gemeinsam mit Multiplikatoren wie den Digitalbotschafterinnen und -botschaftern und den Offenen Kanälen bilden sie ein Netzwerk, das bei der Umsetzung der Medienkompetenzstrategie in der Fläche unterstützt.

Kinder und Jugendliche sind – ebenso wie Erwachsene – im Netz zunehmend Desinformation, Hass und Hetze sowie nicht gekennzeichneten KI-Inhalten ausgesetzt. Es ist eine zentrale gesellschaftliche und staatliche Aufgabe, Minderjährige vor schädlichen Medieninhalten und Interaktionsrisiken zu schützen. Jugendmedienschutz braucht klare gesetzliche Regelungen und konsequente Durchsetzung im digitalen Raum.

CDU und SPD sprechen sich für strengere Regeln für soziale Medien aus, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen, ohne sie komplett aus der digitalen Welt auszuschließen. Ein zentrales Element ist ein gestuftes Modell nach Alter, bei dem Kinder unter 14 Jahren soziale Medien gar nicht nutzen dürfen. Für Jugendliche bis 16 Jahre sollen spezielle Jugendversionen ohne Suchtmechanismen und algorithmische Empfehlungen gelten. Zudem sprechen sich CDU und SPD für verpflichtende Alterskontrollen und eine klarere Verantwortlichkeit und Haftung der Plattformen für schädliche Inhalte aus. Ziel ist es, Risiken wie Manipulation, Sucht oder problematische Inhalte zu begrenzen und gleichzeitig die digitale Teilhabe junger Menschen zu erhalten. Hierfür soll der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in gutem Zusammenwirken mit europäischen Regelungen fortgeschrieben werden. Im Lichte dessen soll auch jugendschutz.net als gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund, Ländern und Landesmedienanstalten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet strukturell gestärkt werden.

Der Medienstandort Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch seine Vielfalt aus, und wir sind bereits Heimat für viele Kreative. Deswegen ist die Dachmarke „media made in RLP“ mehr als ein Slogan. Wir sehen es als unseren Auftrag an, die vorhandenen Rahmenbedingungen für die Medien im Land bedarfsgerecht weiter auszubauen: von Infrastruktur bis Inhalteproduktion. Den mit der bereits beauftragten Medienstandortstudie Rheinland-Pfalz begonnenen Prozess setzen wir fort. Im Lichte der Studienergebnisse werden wir auch prüfen, inwieweit die Förderinstrumente des Landes für die gesamte Kreativ- und Medienbranche bestmöglich koordiniert werden können.

CDU und SPD wollen den Standort durch attraktive Rahmenbedingungen für Medienunternehmen sowie durch die Förderung von Innovation, Ausbildung und Nachwuchs im Medienbereich erhalten und weiter stärken, beispielsweise die Content Convention als das Schaufenster des Medienstandorts Rheinland-Pfalz oder das Filmfestival in Ludwigshafen, welches aus Rheinland-Pfalz die Filmszene bereichert und weit über die Region hinaus Anerkennung findet. Die Medienförderung RLP soll weiterentwickelt werden, denn in Rheinland-Pfalz ist nicht die Mediengattung, sondern der Inhalt entscheidend – hier werden Games und Audiovisuelles wie Film gleichermaßen gefördert. CDU und SPD wollen daher die Medienförderung gezielt weiterentwickeln und damit den Medienstandort nachhaltig stärken. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Zukunftsbereichen Games und Film, um Innovation, Kreativität und Wertschöpfung im Land weiter auszubauen. Dank vieler Hochschulen und kreativer Studiengänge im Land und erfolgreicher Unternehmen soll das Potenzial im Land bleiben. Dafür wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen und auch Gamesförderung innerhalb der Medienförderung weiter ausbauen.

3. Unsere Verantwortung für gute Arbeit, einen fairen Sozialstaat, eine zuverlässige Gesundheit und Pflege

Arbeit

Die Arbeitswelt verändert sich. Treiber dafür sind insbesondere der demografische Wandel, die fortschreitende Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und der Weg zur Klimaneutralität. Diese Entwicklungen wirken auf alle Branchen und verändern Qualifikationsanforderungen sowie Beschäftigungsstrukturen nachhaltig. Das hat unter anderem zur Folge, dass die Suche nach Fachkräften für Unternehmen zunehmend schwieriger wird. Gleichzeitig gibt es weiterhin Menschen, die von diesen Entwicklungen bislang nicht profitieren und trotz der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften keine Beschäftigung finden.

Wir sehen in diesen Entwicklungen erhebliche Chancen für die Beschäftigten und für die Unternehmen und wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern die zentralen Herausforderungen entschlossen angehen. Wir wollen die Sozialpartnerschaft stärken. Für uns sind Mitbestimmung und Tarifbindung wichtig. Unser zentrales Ziel ist es, gute Arbeit für alle Menschen in Rheinland-Pfalz zu sichern. Diese soll fair bezahlt, sozial abgesichert und zukunftsfest gestaltet sein.

Der Einsatz für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen den Übergang in reguläre Arbeitsverhältnisse durch Beratung und Qualifizierung sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik sichern. Instrumente wie das Kurzarbeitergeld sind dabei wichtig. Gleichzeitig achten wir darauf, zusätzliche Bürokratie für Beschäftigte und Arbeitgeber zu vermeiden.

Wir bekennen uns zu Tariflöhnen und zum Mindestlohn als wichtige Grundlage für faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Er trägt dazu bei, Arbeit angemessen zu entlohnen und zugleich verlässliche Rahmenbedingungen für Beschäftigte und Unternehmen zu sichern.

Faire Löhne durch starke Tarifbindung sichern

Wir werden das Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz weiterentwickeln und an den bundeseinheitlichen Rahmen eines Bundestariftreuegesetzes anschlussfähig ausgestalten. Dabei stärken wir Tariftreue als Leitprinzip der öffentlichen Auftragsvergabe und stellen sicher, dass tarifliche Arbeitsbedingungen auch für nicht tarifgebundene Unternehmen maßgeblich sind. Das bestehende Mindestentgeltsystem entwickeln wir zu einer zielgerichteten Lösung für tariflose Bereiche fort. Bewährte branchenspezifische Regelungen, insbesondere im ÖPNV/SPNV, sichern wir und gestalten sie zugleich zukunftsfähig. Unser Ziel ist damit im Gesamten ein klar strukturiertes, praktikables und rechtssicheres Vergabesystem, das faire Wettbewerbsbedingungen und gute Arbeit gewährleistet.

Arbeitsmarkt zukunftsfest aufstellen

Der Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung hat sich als wichtiges Format des partnerschaftlichen Dialogs etabliert genauso wie der Transformationsrat.

Die Fachkräftestrategie Rheinland-Pfalz stellt eine wichtige Grundlage zur Sicherung und Gewinnung von Fachkräften dar, die wir an sich verändernden Anforderungen des Arbeitsmarkts anpassen, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken.

CDU und SPD wollen den systematischen Ausbau digitaler Kompetenzen weiter vorantreiben. Ziel ist es, Menschen in allen Lebensphasen fit für die Anforderungen der digitalen Arbeits- und Lebenswelt zu machen. Hier setzen wir einen Schwerpunkt auf die Beschäftigungspotenziale von Frauen in der IT und auf die gezielte Förderung, um ihren Anteil in diesen Zukunftsbereichen nachhaltig zu erhöhen.

Mehr Menschen in Beschäftigung bringen

Wir wollen das Beschäftigungspotenzial in Rheinland-Pfalz gezielt steigern, indem wir bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit insbesondere ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen, Langzeitarbeitslose, Geflüchtete mit Bleibeperspektive, Menschen mit Behinderung sowie Fachkräfte aus dem Ausland eine Beschäftigung aufnehmen können. Dabei kommt dem öffentlichen Dienst eine besondere Vorbildfunktion zu. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren können und schaffen dafür verlässliche Rahmenbedingungen, die beides ermöglichen.

CDU und SPD sehen es als zentrale Aufgabe, Menschen ohne Berufsabschluss bessere Perspektiven zu eröffnen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu stärken. Ziel ist es, allen die Möglichkeit zu geben, auch später im Leben einen Abschluss nachzuholen und beruflich voranzukommen. Mit einer Landesinitiative zur Nachqualifizierung werden wir Beschäftigte gezielt auf ihrem Weg zu einem anerkannten Abschluss unterstützen.

Perspektiven für junge Menschen aufzeigen

Gute Arbeit für junge Menschen bedeutet faire Einstiegschancen, eine qualifizierte Ausbildung und verlässliche berufliche Perspektiven. CDU und SPD wollen dafür sorgen, dass alle Jugendlichen ihre Entwicklungs- und Berufschancen nutzen können. Dabei setzen wir auf Unterstützung bei der Berufsorientierung sowie der Suche nach einer Ausbildung beziehungsweise Arbeit. Außerdem wollen wir die Angebote weiter stärken, die fehlende oder ergänzende Qualifikationen und Kompetenzen vermitteln können. Ziel ist es, Übergänge im Bildungs- und Berufsleben zu erleichtern und Brüche in Bildungsbiografien zu vermeiden. Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen, Berufsschulen, Kammern, Betrieben und Weiterbildungsträgern weiter stärken. Dies gilt insbesondere für die Jugendberufsagenturen und individuelle Beratungs- und

Coachingangebote. Ziel ist es, alle jungen Menschen auf dem Weg in Ausbildung und zum erfolgreichen Berufsabschluss bestmöglich zu unterstützen und zugleich mehr für Berufe mit Zukunftschancen zu gewinnen. Ergänzend sollen flexible und unterstützende Ausbildungsangebote geschaffen werden, damit jeder und jede den Abschluss im passenden Tempo erreichen kann.

Duale Ausbildung als Erfolgsmodell stärken

Die Duale Ausbildung ist Ausdruck der sozialen Verantwortung unserer Wirtschaft und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Fachkräftesicherung am Standort Rheinland-Pfalz. Sie verbindet auf einzigartige Weise Theorie und Praxis, indem sie Lernen im Betrieb mit schulischer Bildung kombiniert. Auszubildende profitieren dabei von einer festen Vergütung sowie flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten, die individuelle Interessen und Stärken berücksichtigen. Sie bietet hervorragende Karrierechancen, da praxisnahe Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragt sind. Gleichzeitig genießt sie eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Nicht zuletzt kann die Duale Ausbildung auch als Sprungbrett in die Selbstständigkeit dienen, indem sie wichtige Kenntnisse und Erfahrungen für die eigene Unternehmensgründung vermittelt. Damit ist die Duale Ausbildung ein zentraler Erfolgsfaktor und ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Dazu gehören die Unterstützung der berufsbildenden Schulen, der überbetrieblichen Ausbildungszentren und der Handwerkskammern sowie die gezielte Förderung von Verbundausbildungen, um attraktive und praxisnahe Ausbildungsbedingungen zu sichern.

Gesundheit in der Arbeitswelt schützen

Viele Beschäftigte profitieren von den Möglichkeiten des Homeoffice, zugleich gilt es, neue Belastungen wie Arbeitsverdichtung, ständige Erreichbarkeit oder soziale Isolation im Blick zu behalten. Wir wollen deshalb die psychische Gesundheit der Beschäftigten stärker in den Fokus rücken. Klar ist dabei: Arbeitsschutz dient den Menschen und ist ein wichtiger Bestandteil moderner Arbeitsbedingungen.

Die Gefährdungsbeurteilungen am Arbeitsplatz sollen unter geschlechtsspezifischen Besonderheiten weiterentwickelt werden. Rheinland-Pfalz unterstützt außerdem die Initiative des Bundes beim Mutterschutz in der Selbstständigkeit.

Wandel der Arbeit sozial gestalten

CDU und SPD begleiten Beschäftigte und Betriebe im Wandel der Arbeitswelt und unterstützen sie durch gezielte Förderungen und Arbeitsmarktprojekte. Dabei ist unser Ziel, Unternehmen und Beschäftigte zu unterstützen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen.

Die Transformationsagentur gibt Unternehmen und Beschäftigten wichtige Orientierung bei Beratungs- und Unterstützungsangeboten, erklärt Transformation und Trends und unterstützt Regionen beim Auf- und Ausbau von Netzwerken sowie bei der Fördermittelakquise. Mit den Transformationsbegleitern vor Ort werden Beschäftigte, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen dabei unterstützt, die Folgen des Wandels für ihre eigene berufliche Situation einzuordnen, davon ausgehend persönliche Weiterbildungsbedarfe zu erkennen und passende Zugänge zu Qualifizierung und Förderung zu nutzen.

Mit der Verknüpfung und der engen Zusammenarbeit zwischen den Angeboten des Landes und den Vorhaben der Partnerinnen und Partner gestalten wir die Transformationsprozesse mit. Betriebs- und Personalräte unterstützen wir nicht nur hier bei ihrer wichtigen Arbeit und stärken dafür zudem die Technologieberatungsstelle TBS Rheinland-Pfalz gGmbH.

Wir bekennen uns zu einer starken Mitbestimmung als wichtigen Baustein für eine gelingende Transformation der Arbeitswelt. Angesichts von Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und dem Wandel zur Klimaneutralität kommt es darauf an, Veränderungen im Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen verantwortungsvoll zu gestalten. Deshalb unterstützen wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts, das die Mitbestimmung an die Anforderungen der Arbeitswelt der Zukunft anpasst. Wir stehen für die konsequente Strafverfolgung der Behinderung von Betriebsratsarbeit.

Lebenslanges Lernen stärken

Wissen und Kompetenzen bleiben der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe, aber auch und gerade für die Sicherung von Beschäftigung und wirtschaftlichem Erfolg und der Stärkung unseres demokratischen Zusammenlebens. CDU und SPD setzen dafür gezielt auf die Stärkung der Angebote der allgemeinen Weiterbildung. Die in Rheinland-Pfalz bestehende plurale Weiterbildungslandschaft mit den kommunal verankerten Volkshochschulen, den anerkannten Weiterbildungsorganisationen mit ihrem zivilgesellschaftlichen Hintergrund und den wissenschaftlichen Weiterbildungen, als zentrale Einrichtungen der Weiterbildung sind dabei unsere wichtigen Partner, die bedarfsgerecht und verlässlich finanziell ausgestattet werden.

Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und dritten Chance. Angebote zur Alphabetisierung, zur Grundbildung und zum Spracherwerb werden wir verstetigen. Im Bereich Grundbildung unterstützen wir die Vermittlung digitaler Kompetenzen weiterhin. Wir stellen auch weiterhin sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen Schulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nachholen können.

Wir wollen Weiterbildungsangebote stärken und weiterentwickeln. Dabei setzen wir gerade mit Blick auf die ländlichen Räume auf digitale Formate und moderne Lernformen, die flexibles und ortsunabhängiges Lernen ermöglichen. Mobile Angebote

und eine bessere Erreichbarkeit sichern den Zugang zur Weiterbildung für alle Menschen in Stadt und Land.

Soziales

Rheinland-Pfalz ist das Land des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität über die Generationen hinweg. CDU und SPD wollen den Bürgerinnen und Bürgern dabei zur Seite stehen, sich weiterhin füreinander engagieren zu können. Selbstbestimmtes Leben und Teilhabe in allen Lebensphasen ist in Rheinland-Pfalz von höchstem Wert und für uns selbstverständlich.

Wir stehen ein für soziale Sicherheit. Unser soziales Netz gibt Menschen Halt. Gerade in Zeiten, in denen sich vieles verändert, ist das besonders wertvoll, weil es Ängste nimmt und Vertrauen stärkt.

Dazu gehört, dass sich jede und jeder darauf verlassen kann, im Alter wohnortnah und verlässlich gut unterstützt und gepflegt zu werden. Gemeinschaftliche Wohnformen, insbesondere für ältere Menschen, wollen wir weiter stärken, weil Gemeinschaft, Nähe und gegenseitige Unterstützung in jedem Alter wichtig sind. Menschen mit Behinderungen sollen von Anfang an mitten in unserer Gesellschaft selbstbestimmt leben können. Bestehende Barrieren werden wir konsequent abbauen und umfassende Teilhabe ermöglichen.

Der Kampf gegen Armut ist und bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Wir wollen Teilhabe für alle sichern und Menschen in schwierigen Lebenssituationen sowie von Armut betroffene Menschen bestmöglich unterstützen. CDU und SPD in Rheinland-Pfalz treten entschieden gegen Einsamkeit, Armut und soziale Ausgrenzung ein. Sie setzen auf starke Nachbarschaften, generationenübergreifende Angebote und verlässliche Hilfen vor Ort.

Selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen

Seniorinnen und Senioren sind ein aktiver und bedeutender Teil unserer Gesellschaft. Sie geben Wissen weiter, übernehmen Verantwortung in Familien und Gemeinschaften und prägen das gesellschaftliche Miteinander. Diese Leistungen und ihre gesellschaftliche Bedeutung wollen wir auch weiterhin unterstützen und die guten Rahmenbedingungen im Land sichern, damit ein aktives, selbstbestimmtes und gesundes Leben im Alter möglich bleibt. Dafür ist uns die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz ein wichtiger Ansprechpartner. Wir setzen uns aktiv gegen Altersdiskriminierung und Einsamkeit ein und treten dafür ein, dass ältere Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben und echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Neue Wohnformen im Alter fördern

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und älter. Der Trend zu alternativen Wohnformen im Alter ist auch eine Reaktion auf diese tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen. Insbesondere die Nachfrage nach gemeinschaftlichen Wohnformen, barrierefreiem Wohnen und Wohn-Pflege-Angeboten nimmt stetig zu, denn auch im höheren Lebensalter wollen Menschen möglichst lange selbstbestimmt und eigenständig in ihrer vertrauten Umgebung leben und zugleich ihre sozialen Beziehungen zur Familie, zu Freunden und zur Nachbarschaft aufrechterhalten. Wohnformen mit Unterstützungsangeboten spielen dabei eine wichtige Rolle, und wir werden wohnortnahe Wohn-Pflege-Projekte für ältere Menschen weiter begleiten und Ansätze des inklusiven Wohnens, die die Mehrgenerationenperspektive im Quartier und im ländlichen Raum beinhalten, wie zum Beispiel „WohnPunkt RLP – Wohnen mit Teilhabe“, unterstützen.

Digitale Teilhabe für alle Generationen eröffnen

CDU und SPD wollen, dass auch ältere Menschen sicher und selbstbestimmt von der Digitalisierung profitieren. Die Digitalbotschafterinnen und -botschafter in Rheinland-Pfalz leisten einen wichtigen Beitrag, um insbesondere älteren Menschen digitale Kompetenzen zu vermitteln. Wir entwickeln das Netzwerk der Digitalbotschafterinnen und -botschafter weiter.

Verlässliche Beratungslandschaft sichern

Wir setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer starken und verlässlichen Beratungslandschaft ein, die noch besser auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist. Wir unterstützen niedrigschwellige Orte für Beratung, Elternbildung, Begegnung und frühe Hilfen und vernetzen sie konsequent mit der Jugendhilfe und der Gesundheits- und Sozialberatung, um frühzeitig Unterstützung zu bieten und Hilfen aus einer Hand zugänglich zu machen.

Armut vorbeugen und konsequent bekämpfen

Wir wollen Armut wirksam verhindern und stellen dabei frühzeitige Unterstützung sowie gezielte Prävention in den Mittelpunkt. Ein zentraler Baustein ist der Erhalt der lokalen Servicestellen in den Kommunen zur Armutsprävention und Sozialplanung, die Prävention mit integrierter Planung verknüpfen, die Strukturen vor Ort stärken und die Zusammenarbeit engagierter Akteurinnen und Akteure fördern. Auch die Angebote der Schuldner-, Energie- und Suchtberatung, der Wohnraumsicherung sowie Hilfen in sozialen Notlagen werden bedarfsgerecht weiterentwickelt. Wir würdigen das große Engagement der Tafeln und weiterer ehrenamtlicher Initiativen. Angesichts signifikant

höherer Energie-, Sach- und Betriebskosten werden wir die Fördermittel an den Landesverband Tafel e.V. verdoppeln.

Wir behalten insbesondere die Situation der alleinerziehenden Mütter und Väter im Blick, die überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind. Grundsätzlich stellt Armut gerade für Kinder und Jugendliche eine belastende Situation dar und ist häufig mit gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Wir werden das bestehende Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut verstetigen und zielgerichtet weiterentwickeln.

Wohnungslosigkeit entgegentreten

Wohnungslosigkeit ist eine der sichtbarsten und drängendsten Formen von Armut. Deshalb setzen wir frühzeitig an, um den Verlust von Wohnraum möglichst zu verhindern. Mit inzwischen acht Fachberatungsstellen zur Wohnraumsicherung besteht ein wichtiges, präventiv wirkendes Unterstützungsnetz, das Menschen rechtzeitig erreicht und ihnen hilft, ihre Wohnung zu erhalten.

Wir sehen im „Housing First“-Ansatz einen erfolgreichen neuen Weg in der Obdach- und Wohnungslosenhilfe. An mittlerweile fünf Standorten wird er erfolgreich umgesetzt und wir werden ihn verstetigen und in die Regelförderung überführen. Ziel ist es, „Housing First“ schrittweise bedarfsgerecht in weiteren Ober- und Mittelzentren zu etablieren und so noch mehr Menschen einen nachhaltigen Weg aus der Wohnungslosigkeit zu ermöglichen.

„Clearingstellen Krankenversicherung“ stärken

CDU und SPD sehen in den „Clearingstellen Krankenversicherung“ einen wichtigen Baustein für eine bessere medizinische Versorgung und einen wirksamen Beitrag zur Armutsbekämpfung. An mittlerweile vier Standorten unterstützen sie Menschen ohne Krankenversicherungsschutz. Diese wichtige Arbeit wollen wir stärken, die Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln und prüfen, ob zusätzliche Standorte eingerichtet werden müssen. So wird sichergestellt, dass noch mehr Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten und niemand zurückgelassen wird.

Selbsthilfe und Ehrenamt als starke Säule sichern

In Rheinland-Pfalz gibt es rund 3000 Selbsthilfegruppen zu Hunderten von Themen – von Angsterkrankungen bis Zöliakie. Selbsthilfe unterstützt Menschen, sich gegenseitig zu stärken, zu informieren und nach Lösungen zu suchen. Gemeinsam können sie so zur individuellen Verbesserung der Lebenssituation beitragen. Ein großer Teil der Unterstützungsangebote für Menschen mit Krankheiten oder in schwierigen Lebensphasen lebt vom Einsatz ehrenamtlicher Selbsthilfegruppen. Sie leisten eine wertvolle Unterstützung für Betroffene und Angehörige. Diese wollen wir

weiter stärken. Die Landschaft der Selbsthilfegruppen in Rheinland-Pfalz ist vielfältig und sie leisten, genau wie die vier Selbsthilfe-Kontaktstellen, eine wertvolle Unterstützung für Betroffene und Angehörige, die wir weiter stärken wollen.

Wirksame Drogen- und Suchthilfepolitik stärken

Der Konsum von Drogen birgt erhebliche gesundheitliche Risiken. Diesen wollen wir auch zukünftig entschieden entgegentreten. In der Drogen- und Suchthilfe leisten die niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangebote eine wichtige Aufgabe. Wir wollen sie stärken und weiterentwickeln, um eine zeitgemäße Form der Hilfe zu ermöglichen. Die zentrale Bedeutung von Rehabilitation und Therapie als unverzichtbaren Säulen einer wirksamen Drogen- und Suchthilfepolitik und die hier qualitativ hochwertigen Angebote der Rehaeinrichtungen werden ausdrücklich gewürdigt.

Arbeit der oder des Opferbeauftragten weiterentwickeln

Der Opferbeauftragte der Landesregierung leistet wertvolle Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen schwerer Straftaten. CDU und SPD in Rheinland-Pfalz setzen sich dafür ein, die Rolle der oder des Opferbeauftragten weiter zu stärken. Dazu gehört auch eine angemessene Einbindung in die Gremien der Stiftung Opferschutz, insbesondere im Kuratorium und im Vorstand. So wird sichergestellt, dass die Belange der Opfer noch wirksamer berücksichtigt und die Unterstützungsstrukturen im Land gezielt weiterentwickelt werden können.

Unsere inklusive Gesellschaft stärken

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich miteinander leben, lernen und arbeiten. Deshalb stärken wir die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir werden den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention evaluieren und konsequent weiterentwickeln. Wir stärken die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen. Auch der Behinderten- und Rehabilitationssport sowie Special Olympics leisten einen wertvollen Beitrag zur Inklusion.

CDU und SPD unterstützen zudem die wichtige Arbeit der oder des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Die Arbeit der unabhängigen Monitoringstelle gibt wichtige Hinweise für bestehendes und neues Landesrecht.

Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben in Rheinland-Pfalz weiter stärken. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung nehmen eine wichtige und vielfältige Rolle bei der Arbeitsmarktintegration wahr. Wir

wollen Unternehmen dazu ermutigen, vom Budget für Arbeit mehr Gebrauch zu machen, und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt stärken. Wir streben an, die Zahl der Inklusionsbetriebe zu erhöhen. Zugleich werden die Integrationsfachdienste gestärkt, die insbesondere junge Menschen beim Übergang in das Berufsleben begleiten und unterstützen. Bei der Arbeitsmarktintegration nehmen wir unsere Vorbildfunktion sehr ernst. Wir behalten das Ziel einer Beschäftigungsquote von mindestens sechs Prozent von Menschen mit Behinderung für die Landesverwaltung bei und intensivieren unsere Bemühungen. Wir streben weitere „Budget für Arbeit"-Stellen im Landesdienst an.

Das gesetzlich festgeschriebene Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung ist unsere Richtschnur. Die Sicherung eines ungehinderten Zugangs zum Wohnungsmarkt werden wir zusammen mit den Trägern der Eingliederungshilfe bei der Bedarfsermittlung und der Gesamtplanung berücksichtigen.

Gesundheit

Wir wollen die gute und verlässliche Gesundheitsversorgung im Land dauerhaft sichern. Im Mittelpunkt steht dabei der Anspruch, dass alle Menschen im Land gut und schnell medizinische Hilfe bekommen – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder im ländlichen Raum leben. Gute Versorgung darf keine Frage des Wohnorts, des Alters, des Geldbeutels oder der Mobilität sein. Dafür braucht es ein Gesundheitswesen, das nah an den Menschen ist, verlässlich funktioniert und den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird. Dazu gehören starke medizinische Strukturen, ausreichend Personal und moderne Angebote. Nur so bleibt die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft für alle erreichbar und zuverlässig.

Fachkräfte im Gesundheitsbereich sichern

Ein zentraler Punkt für eine auch in Zukunft verlässliche Gesundheitsversorgung ist die Sicherung der Fachkräfte im Gesundheitswesen. Gute Versorgung gibt es nur mit den Menschen, die sie Tag für Tag leisten. Wir werden wirksame Maßnahmen in den medizinischen, pharmazeutischen, pflegerischen und den sonstigen Heilberufen stärken und ausbauen. Wir wollen ungenutzte personelle Ressourcen im medizinischen Bereich besser nutzen. Dafür verbessern wir die Datenlage zu allen in Rheinland-Pfalz tätigen Ärztinnen und Ärzten, evaluieren das Maßnahmenpaket „Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung" und entwickeln gemeinsam mit den relevanten landes- und berufspolitischen Akteuren ein Programm „Start, Stay, Comeback" mit zielgerichteten Instrumenten zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten. Ergänzend setzen wir gezielte Anreize zur (Wieder-)Aufnahme beruflicher Tätigkeiten, etwa durch Programme wie den Hebammenbonus. Zudem beschleunigen wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und wahren gleichzeitig die hohen Qualitätsstandards der deutschen Ausbildung. Dazu setzen wir verstärkt auf

Digitalisierung und entwickeln bestehende Programme, wie das Erfolgsmodell Fallmanagement, weiter.

Außerdem wollen wir gute und faire Arbeitsbedingungen, attraktive Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine leistungsgerechte Vergütung in allen Heilberufen. Wir erwarten, dass den Menschen, die hier jeden Tag fleißig ihre Arbeit verrichten, respektvoll gegenübergetreten wird. Wir wollen Leiharbeit auf ein absolutes Minimum begrenzen.

Wir sichern ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze für medizinische und therapeutische Berufe. Außerdem bekennen wir uns zur Schulgeldfreiheit der Heilberufe. Die Pflege-Ausbildungsplätze bauen wir in Rheinland-Pfalz bedarfsgerecht aus und reduzieren die Ausbildungsabbrüche. Wer die dreijährige Ausbildung nicht schafft, soll die Möglichkeit haben, einen Abschluss als Assistenzkraft zu bekommen. Wir werden die Fachkräftekampagne „#WerPflegtBewegt“ auf alle Gesundheitsberufe (einschließlich Assistenzberufe) ausdehnen. Außerdem setzen wir auf die Kompetenzerweiterung der Pflegeberufe auf Bundesebene.

Wir bauen zusätzliche Medizinstudienplätze signifikant für Rheinland-Pfalz aus. Unter Berücksichtigung der bereits vereinbarten zusätzlichen 50 Medizinstudienplätze am Medizincampus Koblenz sowie den bis zu 80 privaten Medizinstudienplätzen an der Medical School Kaiserslautern werden wir weitere Studienplätze durch einen Aus- und Aufbau von Satellitenstandorten im Land, Kooperationsprojekten und auch unter Zuhilfenahme europäischer Partner-Universitäten schaffen, um so das Ziel von zusätzlich 200 Studienplätzen zu erreichen.

Wir sorgen auch für ausreichenden Fachkräftenachwuchs im pharmazeutischen Bereich. Der bereits geplante Neubau der Pharmazie an der Johannes-Gutenberg Universität Mainz und die Kapazitätserweiterung der Studienanfänger um mindestens 50 Prozent (gemäß geplanter Approbationsordnung) wird schnellstmöglich umgesetzt und die dafür erforderlichen Ressourcen sichergestellt.

Guten Zugang zu Leistungen und mehr Zeit für die Menschen gewährleisten

CDU und SPD wollen eine Gesundheitsversorgung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger den gleichen Zugang haben. Wer krank ist, soll schnell und unkompliziert die Behandlung bekommen, die er braucht. Dazu wollen wir eine Gesundheitsversorgung mit kurzen Wegen, klaren Strukturen und ergänzend digitale Angebote, die den Zugang erleichtern, ohne persönliche Versorgung zu ersetzen. Durch gezielte Patientensteuerung, Digitalisierung, multiprofessionelle Teams in Arztpraxen und konsequenten Bürokratieabbau wollen wir dem Ärztezeitmangel begegnen und mehr Zeit für die Menschen erreichen.

Wir unterstützen ausdrücklich die zentrale Rolle der Hausarztpraxen bei der Steuerung der Inanspruchnahme fachärztlicher ambulanter Leistungen. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir die Nummer 116117 zum zentralen

Steuerungsinstrument ausbauen. So sollen Patientinnen und Patienten ganz zielgenau die beste Versorgung finden.

Wir unterstützen gezielt Pilot- und Modellprojekte mit innovativen Versorgungskonzepten auch für den ländlichen Raum. Außerdem unterstützen wir Ärztenetze als regionale Zusammenschlüsse, um die Abstimmung bei komplexen Krankheitsbildern zu erleichtern und die medizinische Versorgungsqualität zu erhöhen. Darüber hinaus können sie als Betreibergesellschaft von Medizinischen Versorgungszentren fungieren. Dabei wollen wir kommunale Initiativen zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten stärker koordinieren. Durch praktische Handlungsempfehlungen stärken wir die Rolle kommunaler Träger beim Wunsch nach der Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren. CDU und SPD stellen die Patientenversorgung über wirtschaftliche Interessen. Wir sprechen uns gegen rein renditeorientierte fachfremde Finanzinvestoren im Gesundheits- und Pflegewesen aus und prüfen auch auf Bundesebene ein Verbot.

Wir wollen mehr Zeit für die Menschen. Daher reduzieren wir Bürokratie in Praxen und Einrichtungen und stärken die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe auf Augenhöhe. Außerdem erweitern wir Kompetenzen nicht-ärztlicher Heilberufe verantwortungsvoll, um durch klare Delegation und Kooperation Ärztinnen und Ärzte zu entlasten. Wir erkennen alle Heilmittelerbringer als gleichwertigen Teil der Versorgung an. Wir setzen dabei auf multiprofessionelle Teams, das Modellprojekt HÄPPI des Hausärzteverbandes ist dabei beispielgebend. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Akzeptanz sowie den Kompetenzausbau bei digitalen Lösungen und eine dadurch zu erreichende Arbeitsentlastung der Fachkräfte.

CDU und SPD halten an der persönlichen Begegnung als Grundlage der medizinischen Versorgung fest, wollen aber zugleich telemedizinische Angebote als ergänzendes Instrument ausbauen.

Vor-Ort-Apotheken stärken

Die Vor-Ort-Apotheken sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Wir unterstützen daher die zeitnahe Erhöhung des Packungsfixumbetrags im Apothekenhonorar entsprechend der Bundeskoalitionsvereinbarung. Wir werden mit dem Programm „Generationswechsel Landapotheke" Investitionen im Zuge von Apothekenübernahmen in strukturschwachen Regionen zeitlich begrenzt einmalig fördern.

Würdevolle Begleitung am Lebensende ermöglichen

Die lange tabuisierten Themen Sterben, Tod und Trauer betreffen jeden Menschen. Dass wir den Menschen heute ein Sterben in Würde ermöglichen, verdanken wir der Hospizbewegung, die sich mit großem ehrenamtlichen Engagement für das Entstehen einer palliativen und hospizlichen Kultur eingesetzt haben. Auch heute ist Hospizarbeit

ohne das Ehrenamt nicht denkbar. Wir stärken die hospizliche und palliative Versorgung und unterstützen dabei besonders die Arbeit von Ehrenamtlichen. Wir setzen uns im Bereich der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für Kinder (Kinder-SAPV) für eine bundesländer-übergreifende Versorgungsmöglichkeit ein. Wir streben die Einrichtung einer Professur für Palliativmedizin an.

Die Evaluation des Bestattungsgesetzes findet drei Jahre nach dem Inkrafttreten statt.

Psychotherapeutische Versorgung ausbauen

Wir wollen den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung verbessern und die Wartezeiten für Therapieplätze spürbar verkürzen; dies gilt vor allem für schwere und akute Fälle sowie für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen. CDU und SPD fördern zudem frühzeitige Prävention und niedrigschwellige Hilfsangebote.

Dabei fordern wir vom Bund eine verlässliche und angemessene finanzierte Weiterbildung nach dem Psychotherapiestudium und ausreichend Weiterbildungsplätze in allen Versorgungsbereichen.

Gesundheit durch Vorsorge stärken

Prävention und Gesundheitsförderung sollen stärker in den Mittelpunkt rücken. Es geht darum, Krankheiten möglichst zu vermeiden, früh zu erkennen und Menschen dabei zu unterstützen, gesund zu bleiben – im Alltag, in der Schule, im Beruf und im Alter. Gute Gesundheitsvorsorge wirkt sich auf das gesamte Leben aus, deshalb soll sie auch im Alltag präsent sein.

Wir bekennen uns daher zu den Zielen der Präventionsgesetzgebung. CDU und SPD möchten die Primärprävention in allen Altersstufen und Lebenslagen stärken und bauen niedrigschwellige und aufsuchende Angebote aus, insbesondere auch in sozial benachteiligten Quartieren. Prävention sind auch zielführende Impfkampagnen und Programme für Bewegung, seelische Gesundheit, Programme gegen Einsamkeit und für gesunde Ernährung, auch über die Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Wir bauen die Prävention in der Pflege systematisch aus.

Nichtraucherschutz weiterentwickeln

Wir erkennen die erheblichen Gesundheitsgefahren durch Rauschmittelkonsum – insbesondere für Minderjährige – ausdrücklich an und stellen den Jugendschutz in den Mittelpunkt unserer Drogen- und Präventionspolitik. Wir novellieren das Nichtraucherschutzgesetz und nehmen auch E-Zigaretten, Vapes und Cannabis-Rauch-Produkte in den Geltungsbereich auf. Der räumliche Geltungsbereich wird auf Kinderspielplätze erweitert.

Gesundheitsforschung und zielgruppengerechte Versorgung stärken

Wir reduzieren den Gender-Health-Gap weiter und rücken frauenspezifische Medizin und Forschung in den Fokus. Wir verankern das Thema in medizinischer und pflegerischer Ausbildung. Dabei nehmen wir neben Gesundheit insbesondere die Bereiche Prävention, Forschung, Beratung und Aufklärung in den Blick, die die Vielfalt weiblicher Lebens- und Krankheitsrealitäten abbilden.

Wir sichern die vertrauliche und anonyme Spurensicherung landesweit und verbessern die Zusammenarbeit von Medizin, Polizei und Beratung.

CDU und SPD suchen den Dialog mit Krankenhäusern, um in allen Landesteilen eine Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Wir erhalten die Struktur zur Schwangerschaftskonfliktberatung.

Wir wollen Paare mit unerfülltem Kinderwunsch stärker unterstützen und den Zugang zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen weiter verbessern. Dazu werden wir die finanzielle Förderung um eine weitere Behandlung ausweiten.

Wir erkennen den hohen Bedarf an Unterstützung für junge Menschen an. Wir setzen uns dafür ein, dass das medizinische, sozial-psychologische und kinder- und jugendpsychiatrische System nach den Bedarfen angepasst wird. Jugendliche mit somatischen Erkrankungen brauchen ein zeitnahes, altersadäquates Hilfs-, Reha- und Teilhabeangebot. Angebote für junge Pflege sollen ausgebaut werden. Organisationen und Verbände, die sich für chronische erkrankte und beeinträchtigte Kinder und Jugendliche einsetzen, werden unterstützt.

Wir wollen die Versorgung von Menschen mit seltenen Erkrankungen sowie chronischen Krankheiten, wie zum Beispiel Rheuma, Diabetes, chronischen Schmerzen oder Long-Covid nachhaltig verbessern. Die Post-Covid-Ambulanzen leisten einen zentralen Beitrag zur Versorgung von Patientinnen und Patienten mit komplexen Long-Covid-Erkrankungen durch interdisziplinäre Diagnostik und koordinierte Behandlung. Diese Strukturen wollen wir weiter stärken und durch eine verlässliche sowie bedarfsgerechte Finanzierung ausbauen. Wir haben dabei auch ME/CFS im Blick.

Eine flächendeckende geburtshilfliche Versorgung ist für uns von besonderer Bedeutung. Wir verbessern die Förderung von Hebammen-Kreißsälen und Hebammen-Zentralen und führen einen Hebammenbonus als einmaligen Zuschuss für die Aufnahme der Selbstständigkeit ein.

Organspende weiter fördern

Wir setzen uns für die Förderung der Organspende ein. Organspende bedeutet gelebte Solidarität und Mitmenschlichkeit: Jede einzelne Spende kann Leben retten. Dennoch warten in Deutschland weiterhin viele Menschen dringend auf ein passendes Organ. Deshalb befürworten wir die Einführung der Widerspruchslösung. Demnach gilt

jede Person als potenzielle Organspenderin oder potenzieller Organspender, sofern sie oder er nicht ausdrücklich widerspricht.

Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Pflege voranbringen

Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die medizinische Forschung und für Effizienzgewinne. Wir treiben außerdem die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Pflege konsequent voran. Dies geht nur mit einer Vernetzung von Versorgungseinrichtungen durch digitale Lösungen. Wir nutzen die verbesserte Datenverfügbarkeit zum systematischen Ausbau der Versorgungsforschung und Public Health Forschung in Rheinland-Pfalz. Klar ist dabei für uns: erfolgreiche Digitalisierung wird nur gelingen, wenn ausschließlich und für alle der gleiche gesetzte Standard der Europäischen Datenschutzgrundverordnung gilt. Wir gewährleisten so einen Schutz sensibler Gesundheitsdaten.

Resilienten Öffentlichen Gesundheitsdienst sichern

Versorgungssicherheit bedeutet auch Krisenfestigkeit. Ein modernes Gesundheitssystem muss so aufgestellt sein, dass es auch unter Belastung stabil bleibt – sei es durch Pandemien, regionale Engpässe oder strukturelle Veränderungen.

Wir prüfen, welche Kompetenzen, die bisher auf verschiedene andere Landesbehörden verteilt sind, in einem Landesgesundheitsamt gebündelt werden können.

Wir stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst unserer Kommunen nachhaltig und wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass dort Ausstattung, Personal und Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Gesundheitswirtschaft ausbauen

Rheinland-Pfalz ist ein führender Standort für Gesundheitswirtschaft, Medizin- und Biotechnologie und Pharmaunternehmen, den wir durch gezieltes Zusammendenken von Innovation und Forschung weiterentwickeln wollen. Dafür wollen wir Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Gesundheitssektor nachhaltig sichern. Wir stärken den Transfer von Forschung in die praktische Anwendung und vernetzen dafür Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung systematisch.

Starke Krankenhäuser sichern

Rheinland-Pfalz hat eine leistungsstarke Krankenhausstruktur. Wir setzen die Krankenhausreform des Bundes konsequent um und haben dabei das ganze Land im Blick. Dabei sichern wir eine wohnortnahe Grundversorgung in Stadt und Land und bündeln Leistungen dort, wo Qualität und Spezialisierung erforderlich sind. Regional

gefundene Lösungen, die diesem Anspruch genügen, werden in diesem Rahmen berücksichtigt. Wir sichern gleichzeitig Erreichbarkeit und schnelle Hilfe im Notfall.

Klinikinfrastrukturen müssen modernisiert und krisenfest, nachhaltig und klimaresilient aufgebaut werden. Das Land kommt seiner Investitionspflicht durch eine Erhöhung der Investitionsquote im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung nach. Wir prüfen eine weitere Stärkung der pauschalen Investitionsmittel sowie eine Reduzierung der Eigenbeteiligung der Träger. Damit wollen wir eine Brücke bauen, bis zum Greifen der bundesweiten Krankenhausstrukturreform.

Gleichzeitig wollen wir die Versorgung stärker als Ganzes betrachten. Für Patientinnen und Patienten ergibt es häufig keinen Unterschied, ob eine Behandlung ambulant oder stationär erfolgt – entscheidend ist, dass Wege gut funktionieren, Übergänge reibungslos sind und niemand im System verloren geht. In sektorenübergreifenden Regiokliniken bündeln wir daher wohnortnah stationäre und ambulante Angebote und schaffen Anlaufstellen für Alltagsnotfälle. Regiokliniken sollen auch Angebote der Tages-, Kurzzeit- und Übergangspflege vorsehen können. Dazu wollen wir Modellprojekte fördern.

Bei einem Notfall zählt jede Minute: Wir wollen gemeinsame Leitstellen, eine bessere digitale Vernetzung von Rettungsdienst und Krankenhäusern sowie klare Zuständigkeiten bei den Notaufnahmen, um eine bessere Patientensteuerung zu erreichen (zum Beispiel virtuelles Ein-Tresen-Modell).

Das Landeskrankenhaus ist ein bedeutsamer Akteur für die psychiatrische Versorgung im Land. Wir werden das Errichtungsgesetz neufassen und die Governance weiterentwickeln.

Pflege

Unser Ziel ist es, Pflege stärker im Quartier zu verankern, etwa durch Förderung neuer Wohnformen, vernetzter Angebote und einer neuen integrierten Versorgung vor Ort. Hierbei sollen Modellprojekte auch für Demenz-Wohngemeinschaften und im Bereich der Pflege junger Menschen ermöglicht werden.

Mit regional organisierter Quartierspflege stärken wir die Versorgung für Pflegebedürftige und machen den Pflegeberuf attraktiver. CDU und SPD unterstützen die Entwicklung ambulanter Pflegemodelle wie z. B. Pflegezeit-Modelle. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass weiter Berichtspflichten in der Pflege abgebaut werden, um auch in diesem wichtigen Bereich durch Bürokratieabbau mehr Zeit für die Menschen zu ermöglichen.

Wir prüfen, wie wir die pflegerische Versorgung durch den Ausbau von Kurzzeitpflege, Tagespflege und Verhinderungspflege weiter verbessern können. Außerdem stärken wir pflegende Angehörige und sichern die ambulante und stationäre Versorgung. Dies schließt die junge Pflege, Kinderpflege, Intensivpflege und psychosoziale,

aufsuchende Pflege ein. Wir wollen Vernetzungsmöglichkeiten von Young-Carern schaffen und für ihren Lebensalltag sensibilisieren.

CDU und SPD vereinfachen die Möglichkeiten der Suche nach stationären Pflegeplätzen durch die Einführung eines digitalen Pflegeplatzfinders.

Zukunft der Landespflegekammer klären

Pflege braucht eine starke Stimme, die den tatsächlichen Willen der Pflegefachpersonen im Land vertritt. Wir werden die Diskussion um die Landespflegekammer aufgreifen und eine transparente, neutrale und diskriminierungsfreie Abstimmung zur Zukunft der Landespflegekammer auf den Weg bringen. Sollte in dieser Abstimmung eine Mehrheit gegen die Beibehaltung der Landespflegekammer votieren, werden wir das Heilberufsgesetz ändern, um so die Auflösung der Kammer zu vollziehen.

Pflegeinfrastruktur stärken

Alle Menschen sollen auch im Alter so lange wie möglich und so gut wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Wir wollen auf die sich verändernden Bedürfnisse reagieren und die daran ausgerichtete Pflegeinfrastruktur weiterentwickeln. Die Kommunen übernehmen eine Schlüsselrolle bei der Sicherstellung der pflegerischen Daseinsvorsorge. Wir werden sie bei der integrierten Sozialplanung weiter unterstützen. Dies umfasst Empfehlungen für das Verfahren der Pflegestrukturplanung und zur Weiterentwicklung der Angebotsstruktur genauso wie Vernetzungsangebote, bessere Planungsdaten und Hinweise zu Steuerungsmöglichkeiten. Den gesamten Sozialraum in den Blick zu nehmen, ist zentral für unsere Sozialpolitik, deren Ziel es ist, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Kommunen, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und den vielen ehrenamtlich Tätigen wollen wir daran arbeiten. Sie alle leisten dafür einen zentralen Beitrag.

Die Pflegestützpunkte sichern wir als wohnortnahe Beratungsstellen. Ihre Arbeit wird verlässlich abgesichert, insbesondere durch eine auskömmliche und planbare Finanzierung der Beratungs- und Koordinierungskräfte im Rahmen einer pauschalierten Betrachtung. Zugleich wird die aufsuchende Beratung weiter gestärkt. Die Anzahl der Fachkräfte GemeindeschwesterPlus werden wir verdoppeln und regional ausgewogen über das ganze Land verteilen, um noch mehr Menschen frühzeitig zu erreichen und individuell zu unterstützen.

CDU und SPD entwickeln gemeinsam mit Kommunen, Pflegekassen und der Freien Wohlfahrtspflege die Altenhilfe sowie die Beratung im Vor- und Umfeld der Pflege bedarfsgerecht, digital, verlässlich und bürgernah weiter und erproben sozialräumliche Ansätze, bei denen Leistungen verschiedener Träger rechtskreisübergreifend aus einer Hand erbracht werden.

Wir nehmen die Pflegebedürftigen und ihr soziales Umfeld in den Blick. Wir werden prüfen, welche Modellprojekte dazu beitragen können, pflegende Angehörige im Alltag wirksam zu entlasten. Pflegeeinrichtungen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen sich auch weiter auf Augenhöhe begegnen. Dafür leisten die Beratungs- und Prüfbehörde und die Ombudsstelle einen wichtigen Beitrag.

4. Unsere Verantwortung für starke Landwirtschaft und Weinbau und den Schutz von Natur, Umwelt und Klima

Rheinland-Pfalz ist ein Land, das in besonderer Weise von seiner Landschaft, seiner landwirtschaftlichen Prägung und der engen Verbindung zwischen Mensch und Natur lebt. Unsere Kulturlandschaften sind über Generationen hinweg entstanden, mit harter Arbeit, verantwortungsvoller Bewirtschaftung und einem tief verankerten Verständnis für Nachhaltigkeit und Naturschutz.

Diese Entwicklung ist untrennbar mit den Menschen und Akteuren verbunden, die unser Land prägen: mit unseren Landwirtinnen und Landwirten, den Winzerinnen und Winzern, den Forstbetrieben, den Landfrauen, der Landjugend, den Jägerinnen und Jägern sowie den zahlreichen Verbänden und Organisationen, die sich im Naturschutz und Umweltschutz engagieren, wie beispielsweise im NABU und BUND. Sie alle tragen auf ihre Weise Verantwortung für unsere Natur und unsere Heimat. Ihr Engagement, ihre Erfahrung und ihre Perspektiven sind unverzichtbar für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes.

Diese gewachsene Verbindung ist zugleich Auftrag für die Zukunft. Wir wollen bewahren, was unser Land stark macht, und gleichzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch kommende Generationen in einem ökologisch intakten, wirtschaftlich erfolgreichen und lebenswerten Rheinland-Pfalz leben können.

Unser gemeinsamer Ansatz ist dabei klar: Wir verbinden Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebensmittelsicherheit mit wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Verantwortung und regionaler Wertschöpfung. Dabei setzen wir auf Kooperation und Verlässlichkeit.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist weit mehr als ein Wirtschaftszweig. Sie sichert unsere Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, prägt unsere Kulturlandschaften und lokalen Feste und trägt damit entscheidend zur Identität und Lebensqualität unseres Landes bei. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaften verantwortungsvoll, denken in Generationen und haben ein ureigenes Interesse daran, Wasser, Boden und Natur als Grundlage ihrer Arbeit zu schützen.

Gerade in Zeiten globaler Krisen und zunehmender Unsicherheiten gewinnt die regionale Lebensmittelproduktion an Bedeutung. Versorgungssicherheit, Qualität und Herkunft werden für Verbraucherinnen und Verbraucher immer wichtiger. Gleichzeitig stehen unsere Betriebe unter einem erheblichen wirtschaftlichen Druck.

Ziel von CDU und SPD ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig und ökologisch verantwortungsvoll ist. Dazu gehören auch faire Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sowie faire Erzeugerpreise. Regionale Produkte wollen wir stärker sichtbar machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in den Verhandlungen mit der Europäischen Ebene eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie der Entwicklung ländlicher Räume des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFF) 2028-2034 sicherstellt. Dabei sollen ausreichend Mittel für Direktzahlungen und für Programme zur nachhaltigen Stärkung ländlicher Räume gesichert werden. Insbesondere ganzheitliche Ansätze wie LEADER gewährleisten langfristige Planungssicherheit. Gleichzeitig stärken wir die Zukunft unserer Betriebe konkret vor Ort: mit der Fortführung der Hofnachfolge, einer Niederlassungsprämie mit Investitions- und Absatzförderung sowie einer konsequenten Unterstützung von Junglandwirten und Jungwinzern.

Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) sind tragende Säulen der Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz. Mit Aufgaben in Berufsbildung, Forschung, Beratung, Förderung, Ernährung und Bodenordnung sowie Leuchtturmprojekten stehen sie für Leistungsfähigkeit, Praxisnähe und Innovation, auch über das Land hinaus. Zudem unterstützen wir auch weiterhin die dezentrale landwirtschaftliche Ausbildung.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit unserer Agrarverwaltung führen wir zunächst eine umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel durch, unter Beteiligung der betroffenen Akteure die Struktur zu verbessern sowie Doppelstrukturen abzubauen und moderner aufzustellen. Digitale Verfahren sollen zum Standard werden. Wir schaffen eine zentrale digitale Plattform für Anträge, Meldungen, Genehmigungen, Fachinformationen, Förderanträge und Dokumentationspflichten, mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, damit mehr Zeit für die eigentliche Arbeit auf den Höfen bleibt. Darauf aufbauend entwickeln wir die Agrarverwaltung strukturell weiter – auf Basis des Bewährten, mit Zukunftsfokus und Präsenz in der Fläche. Die Einheit von Schule, Beratung, Forschung, Versuchswesen und ländlicher Entwicklung bleibt erhalten.

Unser Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zu einem starken Standort für digitale Landwirtschaft und Weinbau weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass die regionalen Fachzentren, Forschungseinrichtungen und Modellbetriebe noch enger kooperieren, damit neue Technologien schneller in den Betrieben ankommen. Mit Blick auf die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels in der Landwirtschaft wollen wir die Entwicklung von klimaangepassten Pflanzensorten, innovativen Anbauverfahren oder Präzisionslandwirtschaft und -weinbau mit dem Einsatz von Drohnen und neuen Mitteln im Pflanzenschutz unterstützen. Schließlich hat Rheinland-Pfalz bei der Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln eine besondere Stärke, die wir weiter ausbauen wollen.

Innovation und Nachhaltigkeit in Land- und Forstwirtschaft machen Flurbereinigungsmaßnahmen und Investitionen in landwirtschaftliche Infrastruktur (Wirtschaftswege, Bewässerung, Frostberegnung etc.) erforderlich. Dabei werden wir die Verfahren gezielt beschleunigen, effizienter gestalten und damit eine spürbare Senkung der Kosten für die Beteiligten herbeiführen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf regionale Wertschöpfung. Kurze Wege zwischen Erzeugern und Verbrauchern stärken nicht nur die Wirtschaft vor Ort, sondern auch das Vertrauen in die Qualität unserer heimischen Lebensmittel. Wir unterstützen gezielt Absatzmärkte, Direktvermarktung und neue Vertriebswege. In öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Behördenkantinen und Mensen sollen regionale Produkte verstärkt eingesetzt werden.

Die rheinland-pfälzische Vieh-, Milch- und Fleischwirtschaft ist ein wichtiger Baustein des Lebensmittelangebots, der Wertschöpfungsketten und Nährstoffkreisläufe. Um Transportzeiten für Schlachtvieh zu reduzieren, werden wir die Voraussetzungen für mobile und regionale Schlachtungen prüfen. Die Leistungen der Weidetierhaltung für den Erhalt von artenreichem Grünland und Landschaftspflege wollen wir gezielt stärken. Im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen werden wir zudem die Organisation der Fleischbeschau sowie die dafür erhobenen Gebühren in den Blick nehmen. Unser Ziel ist es, die Voraussetzungen für landeseinheitliche, transparente Gebühren zu schaffen.

Gleichzeitig steht Rheinland-Pfalz für eine große Vielfalt hochwertiger regionaler und damit auch nachhaltiger Erzeugnisse – von Getreide, Obst und Gemüse bis hin zu weiteren Sonderkulturen. Mit der Pfalz als dem größten Gemüsegarten Deutschlands kommt unserem Land eine besondere Bedeutung für die Versorgung mit frischen, regionalen Lebensmitteln zu. Diese Vielfalt heimischer Wertschöpfung können nur durch verlässliche und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen gesichert werden. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Landwirtinnen und Landwirte aus dem gesamten Land ihre hochwertigen, regional erzeugten Produkte erfolgreich am Markt platzieren können. Deshalb setzen wir uns für Änderungen im Kartellrecht ein, um die Position der landwirtschaftlichen Erzeuger zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Baustein ist für uns die Förderung kurzer Lieferketten und der Direktvermarktung. Regionale Vermarktungsstrukturen, Hofläden, Wochenmärkte sowie digitale Angebote bieten Chancen, Erzeuger und Verbraucher näher zusammenzubringen und zusätzliche Wertschöpfung im ländlichen Raum zu sichern. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bewusste Kaufentscheidungen treffen können.

Die rasante Ausbreitung der Schilf-Glasflügelzikade als eine ernsthafte Bedrohung für unsere heimische Landwirtschaft nehmen wir ernst. Deshalb werden wir uns bei der EU und dem Bund für Fördermittel zur Schaffung eines Forschungsschwerpunkts bei der Entwicklung praxistauglicher Bekämpfungsstrategien stark machen. Nur durch die enge Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und Praxis kann es gelingen, dieser Gefahr entgegenzutreten.

Die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz erfordert eine Anpassung des rheinland-pfälzischen Landesjagdgesetzes. Diese Änderungen werden wir unter Einbindung der berechtigten Interessen der unmittelbar Betroffenen, insbesondere der Jagdausübungsberechtigten und der Forst- und Landwirtschaft für einzelne entscheidende und praxisrelevante Anpassungen nutzen. Die ausstehende Landesjagdverordnung werden wir zeitnah erarbeiten und praxisgerecht ausgestalten.

Wir wollen pädagogische Angebote zur Vermittlung verlorengegangenen Wissens und fehlender Erfahrungen aus der Landwirtschaft mit dem Landesprogramm „Lernort Bauernhof“ gemeinsam mit den Akteuren der Landwirtschaft unterstützen. Sie sind ideale Orte, um Kindern und Jugendlichen die Herkunft, Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln und einer tiergerechten Tierhaltung anschaulich zu vermitteln. Als außerschulische Lernorte geben sie frühzeitig ein realistisches Bild von moderner Landwirtschaft und vermitteln ein Verständnis für Natur, Umwelt und Ernährung.

Weinbau

Der Weinbau ist ein Markenzeichen unseres Landes, sowohl wirtschaftlich, kulturell als auch touristisch. Rheinland-Pfalz steht wie kein anderes Bundesland für Qualität, Vielfalt und Tradition im Weinbau.

Wir werden die Winzerinnen und Winzern gezielt stärken. Eine landesweite Marketingkampagne für Wein aus Rheinland-Pfalz und den Weintourismus soll neue Impulse setzen und bestehende Stärken besser sichtbar machen. Gleichzeitig ermöglichen wir in Zusammenarbeit mit den DLRs einen runden Tisch, der die Themen klimaangepassten Weinbau, ökologische Innovation, regionale Wertschöpfung, Weintourismus und neue Vermarktungsformen zielführend verbindet.

Bürokratische Hürden werden wir abbauen. Den Erlass für Brauchtumsfahrten überprüfen wir. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für Nebenerwerbswinzerinnen und -winzer zum Betreiben einer Straußwirtschaft angepasst. Auch eine Verlängerung und Flexibilisierung der jährlichen Öffnungszeiträume im Gaststättenrecht prüfen wir.

Wir wollen in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Förderung der Rotationsbrache im Weinbau einführen. Dafür werden wir als Übergangslösung bis zur neuen GAP-Förderperiode Prämien in Höhe von 2.500 Euro pro Hektar und Jahr, begrenzt auf maximal drei Hektar je Betrieb, gewähren. Die Steil- und Steilstlagenförderung werden wir verdoppeln und wir setzen uns für den Erhalt der Weinsektorenprogramme auf europäischer Ebene ein

Gleichzeitig unterstützen wir den Wechsel zu klimaangepassten Alternativkulturen konzeptionell und im Rahmen bestehender Umstrukturierungsinstrumente.

Forsten

Rheinland-Pfalz ist das waldreichste Bundesland. Fast 43 Prozent unserer Landesfläche sind bewaldet. Unser Wald erfüllt vielfältige Funktionen und ist eine zentrale Ressource: Er ist Lebensraum einer artenreichen Flora und Fauna, er filtert unsere Luft, produziert Sauerstoff und bindet Kohlendioxid, er schützt vor Naturgefahren und reguliert den Wasserhaushalt, er dient unserer Erholung und ist

Urlaubsziel, mit seiner Holzproduktion sichert er aber auch Einkommen und Arbeitsplätze.

Gleichzeitig steht unser Wald durch den Klimawandel unter erheblichem Druck: Hitze, anhaltende Trockenperioden und Schädlingsbefall, insbesondere durch den Borkenkäfer, haben in den vergangenen Jahren zu massiven Schäden und großflächigen Waldverlusten geführt. Viele Bestände sind geschwächt, und die natürliche Regeneration wird zunehmend erschwert. Diese Entwicklung zeigt deutlich, wie wichtig aktives Waldmanagement durch forstliche Bewirtschaftung und gezielte Anpassungsmaßnahmen ist.

Holzverwendung und Aufforstung sind unverzichtbar für die CO2-Speicherung und die Transformation hin zum Klimaschutz. Wir werden den Umbau zu klimaresilienten Mischwäldern beschleunigen und den Wald stärker wirtschaftlich nutzen sowie den Holzbau weiterhin fördern. Die Waldentwicklungsziele werden wir wissenschaftlich prüfen und bei Bedarf neugestalten. Die stoffliche Nutzung von Holz, einschließlich der Bereitstellung von Nadelholz für die heimische Säge- und Bauindustrie, hat für uns Priorität. Restholz werden wir energetisch nutzen. Für Flurbereinigungsverfahren im Wald setzen wir uns ein.

Zur Vorsorge vor Flächen- und Waldbränden werden regional geeinte und präventive Maßnahmen weiterentwickelt. Im Staatswald soll das Land dabei Vorbild sein. Mit starker Forschung wollen wir unsere Waldwirtschaft noch leistungsfähiger machen. Wir fördern die enge Kooperation aller Waldbesitzerinnen und -besitzer, der Forschungsanstalt für Waldökonomie und Forstwirtschaft, des Holzbau-Clusters Rheinland-Pfalz und des Klimabündnisses. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Hauberggenossenschaften werden wir, mit dem Ziel der Modernisierung, prüfen.

Das Gemeinschaftsforstamt erhalten wir, um Staats-, Kommunal- und Privatwald gemeinsam in den Blick zu nehmen. Wir setzen uns für eine Klarstellung ein, dass das Betreten des Waldes unabhängig von Ort und Anlass auf eigene Gefahr erfolgt. Gleichzeitig stärken wir den Landesbetrieb Forsten Rheinland-Pfalz und würdigen die Arbeit der Forstwirtinnen und Forstwirte sowie aller Beschäftigten im Wald ausdrücklich. Dafür schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen, investieren in gute Arbeitsbedingungen und unterstützen eine moderne sowie leistungsfähige Forstverwaltung. Die Zentralstelle der Forstverwaltung (ZdF) entwickeln wir weiter, um die Forstverwaltung Rheinland-Pfalz bei der digitalen Modernisierung ihrer Arbeitsprozesse zu begleiten und eine verlässliche Unterstützung für die praktische Arbeit in Forstämtern und Revieren zu gewährleisten.

Natur- und Umweltschutz

Der Schutz unserer Natur und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind grundlegende Voraussetzungen für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt unserer Heimat. Rheinland-Pfalz mit seinen vielen Wäldern und Kulturlandschaften

steht für eine Umweltpolitik, die schützt, ohne zu blockieren, und zugleich so gestaltet, dass unsere heimische Land- und Forstwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

Wir setzen uns für eine praxisgerechte und flexible Anwendung der Wiederherstellungsverordnung der Natur ein und fordern von der EU und dem Bund verlässliche Finanzierungsinstrumente.

Unser Leitbild ist ein kooperativer Naturschutz, der Naturschutz und Landwirtschaft in Einklang bringt. Denn wir sind überzeugt: Dauerhaft erfolgreich kann Naturschutz nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort sein. Deshalb stärken und entwickeln wir den „Schulterschluss Artenvielfalt“ gezielt weiter und geben regionalen Verbünden mehr Möglichkeit, Maßnahmen im Agrar-, Umwelt- und Klimaschutz eigenständig zu initiieren und umzusetzen. Das schafft Akzeptanz, erhöht die Wirksamkeit und stärkt die Verantwortung in den Regionen. Durch die gezielte Weiterentwicklung und eine bessere Organisation stärken wir den Natur- und Umweltschutz. Wir evaluieren die Naturschutzstationen und wollen sie schrittweise stärken. Ergänzend setzen wir auf innovative produktionsintegrierte Kompensation (PIK), die insbesondere kleineren Betrieben zusätzliche Einkommensperspektiven eröffnen kann. Dafür werden wir die Landeskompensationsverordnung entsprechend weiterentwickeln. Das Landesprogramm „Aktion Grün“ für aktiven Natur- und Artenschutz wird evaluiert. Ziel sind effizientere Umweltprogramme, die sich ergänzen und gemeinsam einen größeren Mehrwert schaffen. Ebenso setzen wir uns weiterhin für den Moorschutz sowie für die Fortführung des Bundesprogramms „Natürlicher Klimaschutz“ ein.

Unsere Naturparke, der Nationalpark Hunsrück-Hochwald und das Biosphärenreservat Pfälzerwald sind herausragende Beispiele für die erfolgreiche Verbindung von Naturschutz, regionaler Tourismusentwicklung und Umweltbildung – wir werden sie weiterentwickeln. Der Nationalpark hat sich seit seiner Gründung zu einem Ort entwickelt, an dem sich unberührte Natur, Artenvielfalt und nachhaltige Entwicklung verbinden. Er ist Rückzugsraum für seltene Tier- und Pflanzenarten, Lernort für Umweltbildung und zugleich ein Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

Die Stiftung Natur und Umwelt wollen wir im Sinne eines modernen und kooperativen Naturschutzes weiterentwickeln und, wo notwendig, neu ausrichten. Dabei legen wir Wert auf eine ausgewogene und praxisnahe Beteiligung aller relevanten Akteure. Naturschutz, Landwirtschaft und Verwaltung arbeiten auf Augenhöhe zusammen. Als verlässliche Partner tragen sie gemeinsam Verantwortung für den Schutz und die nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine Aufgabenkritik im Bereich der Umweltverwaltung werden wir konsequent vornehmen. Unser Ziel ist eine moderne und leistungsfähige Umweltverwaltung, die Genehmigungsverfahren beschleunigt, klare Verantwortlichkeiten schafft, Investitionen erleichtert und zugleich hohe Umweltstandards wahrt. Dabei setzen wir ausdrücklich nicht auf den Aufbau neuer Strukturen, sondern die gezielte Weiterentwicklung und bessere Organisation der bestehenden Umweltverwaltung. Fachkompetenz, Vollzug, Digitalisierung und Steuerungsfähigkeit wollen wir enger

verzahnen und effizienter zusammenführen. Durch die gezielte Bündelung von Aufgaben schaffen wir mehr Tempo, Klarheit und Verlässlichkeit. Das gilt zum Beispiel auch für die Zuständigkeiten bei Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Aktivitäten im Bereich der Umweltverwaltung werden wir evaluieren und effizient bündeln. Hierbei setzen wir auf die langfristige Zusammenarbeit mit Landbewirtschaftern und regionalen Verbünden.

Als Grundlage für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie verlässliche Entscheidungsgrundlagen für Wirtschaft, Kommunen und Naturschutz setzen wir stärker auf ein konsequent datenbasiertes Handeln. Dabei werden wir vorhandene wissenschaftlich basierte Datenbestände systematisch nutzen und zusammenführen. Ziel ist eine belastbare und einheitliche Datengrundlage zum Artenvorkommen, die Verfahren vereinfacht, Planungen beschleunigt und allen Beteiligten mehr Transparenz und Verlässlichkeit bietet.

Wir wollen durch ein konsequentes Flächenrecycling neue Räume für Wohnen, Gewerbe, soziale Infrastruktur und kommunale Daseinsvorsorge schaffen. Dafür nutzen wir gezielt die Entwicklungspotenziale von Altlastenflächen, kontaminierten Konversionsflächen, ehemaligen Gewerbe- und Industriearealen sowie innerörtlichen Brachflächen und erschließen diese systematisch. Mit einer besseren Verzahnung ermöglichen wir eine nachhaltige Innenentwicklung und geben unseren Kommunen neue Perspektiven, ohne zusätzliche Flächen zu verbrauchen.

Tierschutz konsequent verbessern

CDU und SPD stehen für einen wirksamen Tierschutz und unterstützen die vielen ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich dem Wohl der Tiere verpflichtet fühlen. In Rheinland-Pfalz hat der Tierschutz einen hohen Stellenwert und ist als Staatsziel in der Landesverfassung verankert. Tiere werden als Mitgeschöpfe geachtet. Diesem Anspruch folgend wird ein ausgewogener Ansatz verfolgt, der den Schutz wildlebender Tiere mit den berechtigten Interessen von Landwirtschaft, Weidetierhaltung und ländlichen Räumen in Einklang bringt. Der Tierschutzbeirat berät die Landesregierung in zentralen Fragen und bündelt dabei fachliche Expertise sowie ehrenamtliches Engagement. Seine Einbindung in relevante Entscheidungsprozesse wird auch künftig sichergestellt. Der Tierschutzbericht der Landesregierung dient weiterhin als wichtiges Instrument, um Fortschritte und Handlungsbedarfe transparent aufzuzeigen. Ergänzend werden vorbildliche Projekte und besonderes Engagement im Umgang mit Tieren auch künftig durch die Verleihung des Tierschutzpreises gewürdigt. Zudem werden wir die Unterstützung für unsere Tierheime weiter fortsetzen und unterstützen sie damit in ihrer wichtigen Arbeit bei der Aufnahme und Versorgung von Tieren. Auf Bundesebene unterstützen wir die Bemühungen um eine bundesweite Katzenschutzverordnung, um unkontrollierte Vermehrung einzudämmen und Tierleid wirksam zu verhindern. Unsere wissenschaftlich geführten Zoos unterstützen wir weiterhin im Sinne des Artenschutzes, der Umweltbildung und der internationalen

Erhaltungszuchtprogramme. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz bedrohter Arten und zur Sensibilisierung für den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren.

Artenschutz und Artenmanagement aktiv organisieren

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik und Voraussetzung für stabile Ökosysteme. Dabei gilt es, sowohl neu entstehende Herausforderungen, insbesondere durch invasive Arten, als auch bestehende Konflikte im Zusammenleben von Mensch und Tier mit klaren, rechtssicheren und praxisnahen Lösungen zu begegnen.

Deshalb gehen wir regionale Herausforderungen im Artenschutz, insbesondere bei regional problematischen Arten wie zum Beispiel bei der Saatkrähe, dem Biber oder der Großen Drüsenameise sowie bei gelisteten invasiven Arten, wie zum Beispiel bei der Nutria oder der asiatischen Hornisse, aktiv an. Dazu gehört auch der Erlass von Allgemeinverfügungen. Zum Schutz von Weidetieren und der Akzeptanz vor Ort entwickeln wir einen Managementplan für den Umgang mit dem Wolf, der die bestehenden bundesrechtlichen Möglichkeiten konsequent ausschöpft. Dazu gehört auch ausdrücklich die rechtssichere Entnahme von Problemtieren.

Unser Ziel ist ein ausgewogenes Artenschutzmanagement, das den Schutz der Biodiversität mit praktikablen Lösungen für die Menschen in den betroffenen Regionen verbindet. Die Jägerinnen und Jäger betrachten wir als zentrale Partner. Sie tragen Verantwortung für den Erhalt eines wertvollen Kulturgutes und leisten durch Hege, Pflege, Lebensraumgestaltung und Bestandsregungen wichtige Beiträge für den Natur- und Artenschutz.

Wasser nachhaltig managen

Wasser ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Trockenheit, Starkregen, Flächenbrände und vor allem Hochwasser lehren uns, dass wir aktives Wassermanagement betreiben, Gewässer steuern und mit Wasser bewusst umgehen müssen. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen deutlich, dass wir Wasser als strategische Ressource für die Zukunft unseres Landes begreifen müssen.

Wir fördern die Gründung und prüfen die Verbindlichkeit von Zweckverbänden zur Gewässerunterhaltung von der Quelle bis zur Mündung, damit Oberlieger eines Gewässersystems und Unterlieger gemeinsam ihr Wassermanagement betreiben. Wir werden den Zukunftsplan Wasser umsetzen und weiterentwickeln, den Hochwasser- und Starkregenschutz weiter ausbauen und die Aktion Blau Plus fortführen. Durch die stärkere Zurückhaltung und Steuerung von Regenwasser beugen wir – zusammen mit dem Hochwasserschutz und der Flutvorsorge – den Folgen von Extremwetterereignissen vor. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für eine Elementarschadenspflichtversicherung ein.

Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Trinkwasserversorgung hat für uns höchste Priorität und wird angesichts wachsender Herausforderungen weiter an Gewicht gewinnen. Die Verantwortung hierfür liegt maßgeblich bei den Kommunen, die wir in ihrer zentralen Rolle gezielt stärken und unterstützen. Das Land Rheinland-Pfalz begleitet die kommunalen Aufgabenträger verlässlich und partnerschaftlich und unterstützt sie im Rahmen bestehender Strukturen bei der Sicherung einer nachhaltigen und zukunftsfesten Wasserversorgung. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung der zahlreichen Kläranlagen im Land, auch im Hinblick auf den Gewässer- und Gesundheitsschutz. Der Schutz der Grundwasserressourcen sowie die weiterhin konsequente Überwachung von Schadstoffeinträgen sind für uns von sehr hoher Bedeutung. Zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten verbessern wir landesweit die geohydrologische Datenbasis.

Zur Klimaanpassung können landwirtschaftliche Bewässerungsverbände erforderlich sein. Wir werden entsprechende Bestrebungen unterstützen und ein Konzept für eine nachhaltige Nutzung von Oberflächen- und Grundwasser für landwirtschaftliche Beregnungszwecke erarbeiten. Die aus dem Wassercent im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung vereinnahmten Gelder sollen zweckgebunden für ressourcenschonende Bewässerungsprojekte, am Beispiel bestehender Beregnungsverbände, in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen.

Bestehende Möglichkeiten, um die Bewirtschaftung von Flächen in Schutzgebieten zu unterstützen, wollen wir konsequent nutzen. Wir erkennen an, dass zusätzliche Auflagen in Schutzgebieten umfassend honoriert werden müssen, und setzen uns für eine einkommenswirksame Entschädigung ein. Dabei gilt für uns das Verursacherprinzip: Wenn zusätzliche Anforderungen entstehen, müssen die damit verbundenen Kosten von denjenigen getragen werden, die diese Auflagen veranlassen.

Klimaschutz

Wir bekennen uns zu konsequentem Klimaschutz, der soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und kommunale Handlungsfähigkeit miteinander vereint. Die Bewahrung der Schöpfung ist uns ein gemeinsamer Auftrag.

Schon heute spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels sehr deutlich und ergreifen Maßnahmen zur Klimawandelanpassung. Wir bekennen uns zu dem Ziel der Klimaneutralität und wollen einen weiteren starken Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, wollen wir neben dem weiteren Ausbau der Windkraft und Photovoltaik stärker als bisher auch die energetische Nutzung von Biomasse, Wasserkraft und Geothermie forcieren. Ein innovatives

Kohlenstoffmanagement kann ergänzend für unvermeidbare Restemissionen für die energieintensive Industrie den Weg zur klimaneutralen Produktion ebnen.

Wir verstehen Klimaschutz auch als Chance für Innovation, Wertschöpfung und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir gezielt Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, Speichertechnologien, Kreislaufwirtschaft sowie klimaneutrale Produktionsverfahren fördern und den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken. Dabei setzen wir auf Lösungen und verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen sowohl privater als auch öffentliche Investoren ermöglichen. Gleichzeitig gestalten wir die Transformation so, dass sie sozial ausgewogen ist und neue Perspektiven für Beschäftigung und Qualifizierung eröffnet.

Wir werden die Voraussetzung schaffen, den Geltungsbereich der Naturparkverordnung Pfälzerwald auf bewaldete Flächen zu beschränken und so im nördlichen Teil des aktuellen Geltungsbereichs entlang der A6 die Genehmigung von Windkraftanlagen nicht mehr generell auszuschließen. Der Status als UNESCO-Biosphärenreservat darf dabei nicht gefährdet werden.

Neben der Emissionsminderung werden wir die Anpassung an die Folgen des Klimawandels vorantreiben. Dazu gehören ein modernes Wassermanagement sowie konsequenter Hochwasser- und Hitzeschutz. Gemeinsam mit unseren Städten und Gemeinden wollen wir den Herausforderungen des Klimawandels begegnen. Wir setzen auch weiter auf die Förderung konkreter Projekte für den Klimaschutz und zur Klimawandelfolgenanpassung. Zur Unterstützung der Kommunen entwickeln wir den Kommunalen Klimapakt (KKP) weiter.

5. Unsere Verantwortung für ein sicheres Land, einen leistungsfähigen Rechtsstaat, moderne Infrastruktur, lebendige Kommunen sowie Bauen und Wohnen

Wir stehen für ein sicheres und lebenswertes Rheinland-Pfalz. Der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern ist eine Kernaufgabe staatlichen Handelns und bildet die Grundlage für Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine moderne, verlässliche Sicherheitsarchitektur. Eine gut ausgestattete Polizei, eine leistungsfähige Justiz sowie ein starker Brand- und Katastrophenschutz sorgen für Sicherheit und schnelle Hilfe im Alltag wie in Ausnahmesituationen. Kriminalität und Extremismus treten wir entschlossen entgegen – auch durch den gezielten Einsatz moderner Technologien

Starke Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens. Sie gestalten und schaffen Daseinsvorsorge und Lebensqualität vor Ort, ermöglichen Teilhabe und sind erste Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso leisten Sport und Ehrenamt einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt und zur Identität unseres Landes. Diese gelebte Verantwortung verdient Anerkennung und verlässlichen Rückhalt. Wir wollen diese tragenden Säulen unserer Gesellschaft weiter stärken und verlässlich unterstützen.

Innere Sicherheit

Polizei stärken und zukunftsfähig aufstellen

Eine leistungsfähige, gut ausgestattete und attraktive Polizei ist das Rückgrat unserer inneren Sicherheit. Wir streben eine Steigerung der Kopfzahl auf 10.500 Polizistinnen und Polizisten an. Die Nachwuchsgewinnung sichern wir durch eine jährliche Einstellung von bis zu 500 Polizeianwärterinnen und -anwärtern nachhaltig ab. Die Zahl der Studienplätze an der Hochschule der Polizei werden wir entsprechend anpassen und zugleich die Anerkennung externer Studienabschlüsse erleichtern. Zudem schaffen wir zusätzliche Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten, insbesondere in den Bereichen Cybercrime, Digitale Forensik und IT.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir durch flexible Arbeitszeitmodelle und einen verlässlichen Wechselschichtdienst verbessern sowie gesundes Arbeiten fördern. Zugleich entlasten wir den polizeilichen Vollzugsdienst von sachfremden Aufgaben.

Die Leistungen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten verdienen besondere Anerkennung. Deshalb werden wir die Polizeizulage – wie auch die Feuerwehr- und die sogenannte „Gitterzulage“ – auf Bundesniveau anheben. Zudem prüfen wir, wie das Zulagenwesen insgesamt mit stärkeren Leistungsanreizen ausgestaltet werden kann.

Auch der Kommunale Vollzugsdienst ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur und wird von uns gestärkt. Dazu professionalisieren wir gemeinsam mit den Kommunen die Ausbildung, zentralisieren und bündeln Beschaffungsprozesse und bauen die interkommunale Zusammenarbeit aus. So wird die Polizei spürbar entlastet.

Den Frauenanteil in Führungspositionen bei der Polizei wollen wir gezielt erhöhen. Zudem stärken wir die Vielfalt in der Polizei und unterstützen hierbei auch die Arbeit der landesweiten Ansprechstelle LSBTI* zu queeren Themen.

Fort- und Weiterbildungen bauen wir systematisch aus und verankern sie durch die Definition verbindlicher Anforderungen in einem Strategieprozess „Zukunftsvision Polizei 2040“. Den Direkteinstieg in die Kriminalpolizei erhalten wir aufrecht.

Die Anwendungserweiterung von Bodycams, Tasern und elektronischen Fußfesseln überprüfen wir entsprechend dem Stand der Technik mit dem Ziel, ihre rechtssichere und praxistaugliche Nutzung auszubauen.

Die Digitalisierung der Polizei treiben wir konsequent voran. Alle Dienststellen der rheinland-pfälzischen Polizei werden wir flächendeckend mit moderner und leistungsfähiger IT ausstatten und die Cybersicherheit der Dienststellen stärken. Die Onlinewache als niedrigschwellige digitale Anlaufstelle der Polizei für Bürgerinnen und Bürger entwickeln wir konsequent weiter. Wir bauen gezielt eigenes digitales Know-how auf, beispielsweise durch die Einrichtung einer Innovationswerkstatt, und treiben mit dem Projekt „Mobiles Arbeiten in der Polizei“ vernetztes und digitales Arbeiten voran.

Wir nehmen den Zustand des Gebäudebestands der Polizei weiter in den Blick und wollen daher zielgerichtet Kapazitäten insbesondere im Bereich des Bauunterhalts für den sicherheitsrelevanten Liegenschaftsbereich der Polizei ausbauen. Hierzu setzen wir auf partnerschaftliche Vereinbarungen zwischen dem LBB und der Liegenschaftsverwaltung der Polizei.

Die Umsetzung der automatisierten Datenanalyse wollen wir durch digitalsouveräne, bevorzugt nationale, Lösungen voranbringen. Dabei wollen wir auch den Abgleich rechtmäßig erhobener Daten zwischen Behörden ermöglichen. Den Rechtsrahmen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir in Behörden mit Sicherheitsaufgaben erweitern. Darüber hinaus schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen, um den Einsatz von Videoschutzanlagen in Angsträumen oder an Orten mit auffälliger Kriminalität, auch unter Nutzung von KI, in Zusammenarbeit mit unseren Kommunen zu ermöglichen.

Sicherheit im digitalen Raum ist für uns ein zentraler Bestandteil moderner Innenpolitik. Deshalb setzen wir uns für die rechtssichere Speicherung von IP-Adressen ein und unterstützen entsprechende Bundesinitiativen. Zudem schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass erhobene Mautdaten zur Bekämpfung schwerster Straftaten genutzt werden können. Die Früherkennung potenziell gefährlicher Personen werden wir gezielt ausbauen. Die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität

bleibt auch weiterhin ein Schwerpunkt polizeilicher Arbeit, den wir unter anderem durch die Intensivierung der Vermögensabschöpfung weiter stärken wollen.

Auch die Verkehrssicherheitsarbeit werden wir ausbauen. Dabei orientieren wir uns an der Leitstrategie „Vision Zero“, die das Ziel verfolgt, die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten langfristig auf null zu senken. Hierbei setzen wir auch verstärkt auf den Einsatz von Mono-Cams zur Ahndung verbotswidriger Handynutzung am Steuer.

Der Schutz von Einsatzkräften vor Übergriffen hat für uns höchste Priorität und bleibt eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir werden daher mit aller Konsequenz und der gebotenen Härte gegen solche Straftaten vorgehen.

Wir werden die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten überprüfen.

Für verlässlichen Brand- und Katastrophenschutz sorgen

Der Brand- und Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz wird in hohem Maße vom ehrenamtlichen Engagement einer Vielzahl von Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft getragen. Dieses Engagement verdient unsere besondere Anerkennung und Unterstützung. Deshalb werden wir das Ehrenamt weiter stärken. Hierfür sind die Ergebnisse der Ehrenamtsstudie Feuerwehr eine wichtige Erkenntnisquelle. Den gemeinsamen Auswertungsprozess mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesfeuerwehrverband setzen wir fort.

Als sichtbares Zeichen der Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement im Brandschutz werden wir die Regelungen für Auszeichnungen und Ehrenzeichen in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband grundsätzlich überarbeiten. Dazu gehört für uns die Einführung einer Ehrung für 50-jährige Mitgliedschaft genauso wie die Ergänzung der Ehrungen um eine Dankesprämie, für die das entsprechende Finanzvolumen vom Land zur Verfügung gestellt wird.

Um die Nachwuchsgewinnung langfristig zu sichern, werden wir die Gründung von Bambini-Feuerwehren intensiv unterstützen. Zudem werden wir mit einer Förderung des Führerscheinerwerbs von Ehrenamtlichen in der Feuerwehr sowie bei den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz dazu beitragen, junge Menschen dauerhaft an den von ihnen geleisteten Dienst zu binden. Darüber hinaus wollen wir verstärkt Frauen für die Feuerwehren gewinnen.

Das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz entwickeln wir als hochmodernes Übungs- und Kompetenzzentrum weiter. Den geplanten Ausbau auf 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten auf 50.000 Lehrgangsteilnehmendentage setzen wir konsequent fort. Zudem prüfen wir die dezentrale Ausbildung.

Die Zulage für Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr wollen wir gemeinsam mit der Polizeizulage erhöhen. Damit soll den besonderen Belastungen und Risiken Rechnung getragen werden.

Ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz lebt von Schnelligkeit, koordinierter Zusammenarbeit und guter Abstimmung. Auf Landesebene werden wir regelmäßig behördenübergreifende Übungen durchführen und die bewährte Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen auf hohem Niveau fortführen.

Beschaffungen werden wir erleichtern, beschleunigen und Kosten senken. Deshalb sorgen wir dafür, dass das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz künftig Sammelbestellungen durchführt und gebündelte Ausschreibungen sowie einheitliche Beschaffungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Entlastung der Kommunen ermöglicht. Auf rheinland-pfälzische Sondervorschriften für Feuerwehrfahrzeuge verzichten wir.

Um die finanzielle Ausstattung der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz nachhaltig zu stärken, soll künftig ein höherer Teil der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer unmittelbar in Förderpauschalen für die Kommunen fließen, bei gleichzeitiger Sicherstellung der Ausbildung. Bei der pauschalierten Förderung berücksichtigen wir künftig auch Risikoklassen als weiteres Kriterium.

Wir wollen die bedarfsgerechte und zukunftsfähige Entwicklung unserer Feuerwehren vor Ort unterstützen. Deshalb begleiten wir die Kommunen bei der Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplanung eng durch das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz, um eine sachgerechte Umsetzung im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten sicherzustellen. Feuerwehrgerätehäuser sollen zudem verstärkt in Modulbauweise und auf Basis von Musterfeuerwehrhäusern gebaut und modernisiert werden.

Ein wirksamer Bevölkerungsschutz erfordert eine leistungsfähige Warn- und Vorsorgeinfrastruktur. Das Sirenennetz werden wir weiter ausbauen, die Eigenvorsorge stärken und kritische Infrastrukturen bestmöglich absichern. Das Hochwassermelde- und -warnsystem übertragen wir auf das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz.

Auch eine verlässliche luftgestützte Notfallversorgung ist wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge – insbesondere im ländlichen Raum, wo Wege häufig weit sind. Deshalb stellen wir die Versorgung mit Rettungshubschraubern auf Grundlage der Versorgungssicherheit und unter Berücksichtigung der Einsatzzahlen sicher und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.

Demokratie entschlossen schützen

Der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat für uns höchste Priorität. Deshalb stellen wir den Verfassungsschutz personell und sachlich leistungsfähig und zukunftsfest auf. Mit Spezialistinnen und Spezialisten sowie moderner Analysetechnik sorgen wir für eine effektive und zeitgemäße Aufgabenerfüllung. Zur Stärkung der Resilienz des Verfassungsschutzes soll die Leitung nicht mehr als politischer Beamter eingestuft werden. Ebenso prüfen wir die

Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen ergebnisoffen, um eine effektive Arbeit sicherzustellen. Wir werden die Organisation des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes weiterentwickeln, dem im Sinne des Schutzes unserer Demokratie und mit Blick auf Verfassungsfeinde von rechts, links und aus dem religiösen Extremismus eine herausragende Bedeutung zukommt – dabei stellt der Rechtsextremismus gegenwärtig eine besonders große Gefahr dar. Um extremistischen Entwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken und Radikalisierung zu verhindern, werden wir die Präventionsarbeit gezielt ausbauen und nachhaltig stärken.

Um die ressort- und behördenübergreifende Abstimmung zu stärken, richten wir einen Sicherheitsrat des Landes unter Beteiligung von Landesregierung, Sicherheitsbehörden, Zivilschutzorganisationen, kommunaler Spitzenverbände und Landeskommando der Bundeswehr ein.

Sicherheit und Verteidigung stärken

Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sind zentrale Voraussetzungen für Frieden, Freiheit und Stabilität in unserem Land. Rheinland-Pfalz trägt dabei als verlässlicher Partner in der Mitte Europas besondere Verantwortung und bleibt auch künftig ein bedeutender Standort der Bundeswehr sowie ein zentraler Pfeiler für die Sicherheitsarchitektur Deutschlands und der NATO. Den Soldatinnen und Soldaten, die sich Tag für Tag in den Dienst unseres Landes stellen, gebühren großer Dank und Anerkennung. Mit seiner Infrastruktur, seiner Lage und der Verzahnung militärischer und ziviler Strukturen leistet unser Land einen wesentlichen Beitrag zur Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte. Die Bundeswehr genießt unsere vollumfängliche Unterstützung, auch bei der Reaktivierung von Liegenschaften und stillgelegten Kasernen – wie etwa in Kusel. Die Umsetzung des Operationsplans Deutschland begleiten und unterstützen wir aktiv, unter anderem durch die Stärkung logistischer Drehscheiben und resilienter Infrastruktur. Erweiterte Möglichkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit wollen wir fördern, auch zur Stärkung des Zivilschutzes. Dabei werden wir auch weiterhin eng und vertrauensvoll mit dem Landeskommando Rheinland-Pfalz der Bundeswehr als wichtigem Partner zusammenarbeiten.

Wir stehen fest zur transatlantischen Partnerschaft. Die US-Stationierungsstreitkräfte sind für unser Land von herausragender nicht nur sicherheitspolitischer, sondern auch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Sie sind Ausdruck einer über Jahrzehnte gewachsenen engen Freundschaft und prägen die Regionen in besonderer Weise. Gemeinsam mit den Stationierungsgemeinden setzen wir uns für gute Standortbedingungen ein. Zugleich unterstützen wir die Atlantische Akademie in Kaiserslautern als zentrale Institution in diesem Bereich.

Rechtsstaat

Ein leistungsfähiger Rechtsstaat erfordert eine gut ausgestattete Justiz. Wir stellen eine verlässliche personelle Ausstattung bei Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ebenso wie im 2. und 3. Einstiegsamt auf Grundlage einer bedarfsgerechten Personalplanung sicher. Zudem entwickeln wir eine verbesserte Strategie zur Nachwuchsgewinnung und modernisieren die juristische Ausbildung, um sie stärker interdisziplinär und digital zu gestalten.

Wir prüfen die Einrichtung weiterer Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie einer spezialisierten rechtsmedizinischen Begutachtungsstelle zur Unterstützung von Gerichten, Vollzug und Staatsanwaltschaften bei psychiatrischen Fragestellungen. Für Hass und Hetze ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Deshalb sagen wir auch digitaler Gewalt den Kampf an.

In der laufenden Wahlperiode werden wir uns mit einer möglichen Weiterentwicklung der Landesverfassung befassen. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende Regelungen im Lichte gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungen daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sich ein Bedarf für Anpassungen oder Ergänzungen ergibt.

Auch die Ausbildung zum Gerichtsvollzieher wollen wir attraktiver gestalten. Zudem werden wir die Voraussetzungen schaffen, um Gerichtsvollziehern die eigenständige Nutzung polizeilicher Erkenntnisse zu ermöglichen.

Wir stärken unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst und erhöhen die Attraktivität des Berufs insgesamt. Dazu gehört auch eine angemessene Vergütung, insbesondere für belastende Dienste. Analog zur Polizeizulage werden wir auch die sogenannte „Gitterzulage“ anheben.

Der Schutz von Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeitern steht an oberster Stelle. Deshalb werden wir die Schutzausrüstung sowie die Ausbildung regelmäßig an aktuelle Anforderungen anpassen und weiterentwickeln.

Eine moderne Justiz braucht moderne Dienststellen. Deshalb sorgen wir für eine zeitgemäße Ausstattung und schaffen die Voraussetzungen für effiziente und leistungsfähige Arbeitsabläufe. Bereits angestoßene Baumaßnahmen bei Gerichten und im Justizvollzug treiben wir konsequent voran.

Die Digitalisierung der Justiz und den elektronischen Rechtsverkehr bauen wir aus. Durch den gezielten Ausbau moderner technischer Möglichkeiten beschleunigen wir Gerichtsverfahren und steigern die Effizienz unserer Justiz. Für entsprechende bundesrechtliche Initiativen werden wir uns aktiv einsetzen oder sie konstruktiv unterstützen. Die IT-Sicherheitsarchitektur unserer Justizbehörden stärken wir fortlaufend und passen sie kontinuierlich an neue Bedrohungslagen an.

Um effektiv auf junge Straftäterinnen und -täter einzuwirken und kriminellen Karrieren frühzeitig entgegenzuwirken, bauen wir die Häuser des Jugendrechts gezielt aus und

ergänzen sie durch moderne Präventionsangebote, zum Beispiel für kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugendliche.

Infrastruktur

Die Gestaltung moderner und leistungsfähiger Mobilität ist eine zentrale Aufgabe. Ziel ist es, eine zukunftsfähige und verlässliche Mobilität für alle Menschen und Unternehmen sicherzustellen, unabhängig davon, ob sie in urbanen oder ländlichen Räumen leben und arbeiten. Den notwendigen Wandel in Richtung klimafreundlicher Mobilität gestalten wir aktiv mit dem Ziel, Bezahlbarkeit, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden.

Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch der Pendlerinnen und Pendler, die auf funktionierende und verlässliche Verkehrsangebote angewiesen sind. Der Wandel der Mobilität erfordert passgenaue und attraktive Lösungen über alle Verkehrsträger hinweg. Dazu gehört ein intelligenter Mobilitätsmix aus öffentlichem Verkehr, On-Demand-Angeboten, Bürgerbus- und Rufbusangeboten sowie neuen Technologien wie autonomem und datengestütztem Verkehr, die sinnvoll miteinander verknüpft werden. Dabei bleibt das Auto, gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, auch künftig ein wichtiger Bestandteil der Mobilität.

Mobilität ist zugleich ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Für unsere Unternehmen ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur in allen Regionen ein wichtiger Standortfaktor, etwa bei Ansiedlungen und Investitionsentscheidungen. Deshalb soll sie konsequent modernisiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Intelligente Technologien und innovative Ansätze tragen dazu bei, die Mobilität weiter voranzubringen und neue Maßstäbe zu setzen.

Verkehr und Mobilität sollen künftig stärker integriert gedacht, besser vernetzt und effizient gesteuert werden, um ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Gesamtsystem zu schaffen.

Die Sanierung von Straßen und Brücken hat höchste Priorität und folgt unseren mobilitätspolitischen Leitlinien. Wir werden die Kriterien für den Straßenausbau anpassen, um insbesondere ländliche Räume stärker zu berücksichtigen und setzen verstärkt auf frühzeitige Instandsetzung. Zudem werden wir die Kriterien der Einstufung von Landes- und Kreisstraßen prüfen. Die auf Rheinland-Pfalz entfallenden Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans begleiten wir konstruktiv.

Wir stärken den Landesbetrieb Mobilität durch einen Ausbau der Planungskapazitäten und eine verstärkte Vorratsplanung sowie durch die kontinuierliche Modernisierung des Fuhrparks zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Betriebsdienst. Wo sinnvoll, werden private Leistungserbringer in den Planungs- und Umsetzungsprozess eingebunden.

Verkehrslärm, insbesondere Flug-, Bahn- und Straßenlärm, belastet die Menschen im Land vielerorts. Wir setzen uns aktiv für eine Reduzierung des Lärms ein. Dazu definieren wir eine zuständige Stelle, die sämtliche Belange zum Thema Verkehrslärm bündelt und die zentrale Ansprechstelle für von Verkehrslärm Betroffene darstellt. Wir wollen die rechtssichere Einführung von Tempo 30 in Städten und Gemeinden erleichtern und so die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessern.

Das Baustellenmanagement soll länderübergreifend besser koordiniert werden, um Verkehrsflüsse zu verbessern und Belastungen für Wirtschaft und Pendler zu reduzieren. Zudem setzen wir uns beim Bund dafür ein, das Angebot an LKW-Stellplätzen entlang von Autobahnen und Bundesstraßen auszubauen.

Wir wollen den PKW-Führerschein für junge Menschen günstiger machen. Das Land übernimmt dazu die Verwaltungsgebühren für alle Erstanmelderinnen und Erstanmelder unter 25 Jahren aus Rheinland-Pfalz und unterstützt Initiativen des Bundes zur weiteren Reduzierung der Führerscheinkosten.

Verkehrsübungsplätze leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Daher soll ihre Einrichtung auf bereits versiegelten und stillgelegten Flächen erleichtert werden, um bestehende Flächen effizient zu nutzen.

Rheinland-Pfalz braucht ein leistungsfähiges, verlässliches und gut vernetztes Schienennetz. Als Flächenland mit vielen ländlichen Räumen und gleichzeitig starken wirtschaftlichen Zentren ist die Bahn ein zentraler Baustein für Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung. Unser Anspruch ist ein Schienennetz, das die Menschen im Alltag zuverlässig unterstützt und die Regionen besser miteinander verbindet. Dazu gehören ein attraktiver Takt, moderne und barrierefreie Bahnhöfe sowie schnelle und direkte Verbindungen zwischen den Oberzentren und in die ländlichen Räume. Ziel ist zudem eine stärkere Anbindung der rheinland-pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr, einschließlich einer verbesserten direkten Fernverkehrsverbindung für die Stadt und die Region Trier.

Wir setzen im Schienenverkehr auch auf die Reaktivierung von Strecken und legen dabei den Fokus auf wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen, die auf Grundlage der Nutzen-Kosten-Untersuchung Vorrang haben, wobei ergänzend auch Aspekte im Sinne der Funktionsfähigkeit kritischer Infrastruktur berücksichtigt werden können. Der Bund ist hierbei in jedem Fall einzubinden.

Die Elektrifizierung von Bahnstrecken wird dort vorangetrieben, wo sie wirtschaftlich sinnvoll ist. Ergänzend prüfen wir den Einsatz alternativer Antriebstechnologien wie batterieelektrische Lösungen.

Bahnhöfe werden, wo geeignet, zu Mobilitätshubs weiterentwickelt, um den einfachen Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu ermöglichen. Im Bahnverkehr hat die Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Reisenden oberste Priorität. Dazu wird eine zentrale Sicherheitsdatenbank auf Landesebene eingerichtet, in der alle Übergriffe auf Beschäftigte und sicherheitsrelevante Vorfälle verpflichtend erfasst werden. So entsteht ein transparentes Lagebild, das es ermöglicht, Betroffene

besser zu unterstützen. Soweit möglich, werden wir die durchgängige Doppelbesetzung im SPNV ausweiten.

Entlang der Schiene treiben wir den Aufbau digitaler Infrastrukturen voran, um vor allem Leistungsfähigkeit und Steuerung des Bahnverkehrs zu verbessern. Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes, durch eine Verstärkung der digitalen Steuerungsmöglichkeiten im Schienenverkehr die Kapazität, Pünktlichkeit und Effizienz des Schienennetzes spürbar zu steigern. Die Lärmsanierung, insbesondere im Mittelrheintal, wird in enger Abstimmung mit der Deutschen Bahn und dem Bund fortgesetzt. Gleichzeitig setzen wir uns beim Bund für die Umsetzung einer Alternativstrecke für den Güterverkehr ein, um das Mittelrheintal nachhaltig zu entlasten.

Das Nahverkehrsgesetz und der Landesnahverkehrsplan werden zeitnah evaluiert. Dabei sollen auch die bestehenden Finanzierungsstrukturen, Tarifmodelle sowie Marketingmaßnahmen überprüft und weiterentwickelt werden.

Wir setzen uns beim Bund für eine verlässliche Finanzierung und den Ausbau der Wasserstraßen sowie für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Wir fordern den Bund auf, die Moselschleusen prioritär auszubauen und eine Resilienzstrategie aufzusetzen, um den reibungslosen Betrieb unserer Binnenschifffahrt zu gewährleisten. Zudem setzen wir uns beim Bund für eine zügige Umsetzung der Abladeoptimierung im Mittelrheintal ein, um die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Binnenschifffahrt weiter zu stärken.

Unsere Häfen sind wichtige Knotenpunkte, die die Verkehre auf dem Wasser, der Schiene und der Straße miteinander verbinden. Unsere rheinland-pfälzischen Binnenhäfen ermöglichen einen effizienten Güterumschlag und spielen für die Wirtschaft eine Schlüsselrolle in der Logistik. Wir werden ihre Anbindung an andere Verkehrsträger weiter stärken und auch künftig in unsere Hafeninfrastruktur investieren. Gemeinsam mit dem Bund fördern wir Kaimauern und Landstromanlagen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Radverkehr und seiner zentralen Rolle für eine moderne, klimafreundliche und vernetzte Mobilität. Es ist ein besonders kostengünstiges, umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel und vor allem auf kurzen und mittleren Strecken für viele Menschen in Rheinland-Pfalz von zentraler Bedeutung für ihre Alltagsmobilität. Wir werden den Ausbau von Radinfrastruktur (Fahrradwege, Fahrradschnellwege, Stellplätze etc.) weiter entschlossen vorantreiben und bei Infrastrukturplanungen sicherstellen, dass auch die Bedürfnisse von Radfahrenden konsequent Berücksichtigung finden. Mit einem Radverkehrsgesetz schaffen wir dafür klare Zuständigkeiten und schnellere Genehmigungsverfahren.

Der Flughafen Hahn ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz. Wir werden ihn beihilfekonform finanziell unterstützen, um seine langfristige Sicherung und Weiterentwicklung, auch mit Blick auf seine Bedeutung für die Resilienz der Infrastruktur sowie für Wirtschaft und Logistik, zu gewährleisten.

Kommunen

Unsere Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens und der Ort, an dem staatliches Handeln für die Bürgerinnen und Bürger konkret und unmittelbar erfahrbar wird. Deshalb setzen wir uns für starke, handlungsfähige Kommunen und eine verlässliche Finanzausstattung ein.

Die zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte Studie zur Analyse struktureller Defizite sowie zur Entwicklung der Jugend- und Sozialhilfekosten werden wir fortführen.

Zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger werden wir die Straßenausbaubeiträge schrittweise abschaffen.

Wir werden die kommunalen Förderprogramme deutlich reduzieren, konsequent digitalisieren und vereinfachen. Damit verringern wir administrative Aufwände und setzen verstärkt auf pauschale Ansätze, ohne dabei das Fördervolumen zu reduzieren.

Zudem schaffen wir eine Experimentierklausel für Kommunen, um ihnen in Einzelfällen Abweichungen von gesetzlichen Regelungen zu ermöglichen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Digitalisierung und Vereinfachung ihrer Verwaltungsprozesse und treiben deren Umsetzung gezielt voran.

Im Rahmen einer Kommission werden wir innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge erarbeiten, wie eine moderne öffentliche Aufgabenwahrnehmung auf Landes- und kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Dabei werden wir die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterziehen, mit dem Ziel, Doppelzuständigkeiten abzubauen, Aufgabenwahrnehmung qualitativ zu sichern und Bürokratie spürbar zu reduzieren. Die Kommunalen Spitzenverbände laden wir ein, aktiv an diesem Prozess mitzuwirken. Freiwillige Gebietsänderungswünsche und kommunale Zusammenschlüsse werden wir unterstützen und konstruktiv begleiten. Die interkommunale Zusammenarbeit werden wir weiter ausbauen, gezielt fördern und dauerhaft verstetigen.

Für Nachwuchskräfte in der öffentlichen Verwaltung sichern wir auch künftig eine bestmögliche Aus- und Weiterbildung. Die Hochschule für öffentliche Verwaltung werden wir zukunftsfähig weiterentwickeln.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu stärken und Orte der Begegnung zu erhalten, werden wir ein Dorfkneipenprogramm auf den Weg bringen.

Als Grundlage für eine vorausschauende, nachhaltige und an den Bedürfnissen der Regionen ausgerichtete Planung bringen wir ein Landesentwicklungsprogramm V auf den Weg. Zudem werden wir die Struktur der Planungsgemeinschaften zeitgemäß gestalten. Mit Blick auf eine nachhaltige Flächennutzung gilt für uns der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ mit dem Ziel, Flächenverbrauch zu begrenzen.

Bei der Städtebauförderung vollziehen wir den Ausbau der Bundesmittel von Seiten des Landes nach. Auch das Stadtdörfer-Programm wollen wir fortsetzen.

CDU und SPD sehen im Bezirksverband Pfalz, seinen Einrichtungen sowie im Bezirkstag - dem Parlament der Pfalz - herausgehobene Institutionen der regionalen Mitbestimmung und der interkommunalen Zusammenarbeit. Der Bezirksverband Pfalz ist daher ein besonders wichtiger Partner für die Entwicklung der Pfalz, dessen Unterstützung wir fortführen werden.

Unsere Landeshauptstadt Mainz ist nicht zuletzt dank bedeutender Innovationen im Bereich der Biotechnologie auch ein internationales Aushängeschild für unser Bundesland. Wir werden die Landeshauptstadt deshalb auch weiterhin bei ihrer Entwicklung besonders unterstützen.

Wiederaufbau im Ahrtal als Aufgabe von herausragender Bedeutung fortsetzen

Der Wiederaufbau nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal und im Norden des Landes im Jahr 2021 ist eine Aufgabe von herausragender Bedeutung und bleibt Ausdruck unserer solidarischen Verantwortung. Die Ereignisse haben sich in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt und bewegen uns bis heute. Sie haben tiefe Spuren hinterlassen – bei den Menschen, die Angehörige verloren haben, deren Zuhause zerstört wurde oder deren Existenzgrundlage von einem Moment auf den anderen wegbrach. Zugleich hat sich in diesen Tagen, Wochen und Monaten gezeigt, wie stark der Zusammenhalt in unserem Land ist. Den vielen, oft ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus ganz Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet sind wir zu großem Dank verpflichtet.

Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen treiben wir den Wiederaufbau weiterhin mit Nachdruck voran und unterstützen dabei, die Infrastruktur vor Ort zukunftsfest und resilient neu zu gestalten. Dabei behalten wir stets die Bedürfnisse der Menschen im Blick – von Hilfe bis hin zu langfristigen Perspektiven für Wohnen, Arbeiten und Leben im Ahrtal. Unser Ziel ist es, den Menschen im Ahrtal eine verlässliche Perspektive zu geben und die Region dauerhaft und nachhaltig zu stärken.

Beste Bedingungen für Ehrenamt und Sport sichern

Ehrenamtliches Engagement verdient verlässliche Unterstützung und praxistaugliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den bürokratischen Aufwand für Sportvereine und Ehrenamtliche konsequent und spürbar reduzieren und Verfahren vereinfachen. Dazu gehören insbesondere vereinfachte und digitalisierte Förderverfahren – von der Antragstellung bis zum Verwendungsnachweis. Zugleich stärken wir die finanzielle Unterstützung für Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleitungen. Die Ehrenamtskarte werden wir erhalten, weiterentwickeln und das Angebot attraktiver gestalten.

Unsere Feste, Veranstaltungen und das vielfältige Vereinsleben sind Ausdruck von Gemeinschaft und Lebensfreude in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir die

bestehenden Regelungen für Veranstaltungen im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz überprüfen und, soweit erforderlich, anpassen.

Wir wollen für eine starke und zukunftsfeste Sportförderung in Rheinland-Pfalz sorgen. Deshalb werden wir die gesetzlichen Grundlagen modernisieren und dabei Verfahren beschleunigen und eine schnellere Umsetzung ermöglichen. Die bisherige Unterscheidung zwischen allgemeiner Sport- und Schulsportförderung werden wir im Interesse des Sports vereinheitlichen. Im Sinne eines Sport-Paktes werden wir zudem mehr Mittel für die Sportförderung zur Verfügung stellen.

Ein leistungsfähiger Spitzensport braucht eine starke Nachwuchsförderung und verlässliche Strukturen. Wir stärken gezielt die Förderung von Nachwuchssportlerinnen und -sportlern und bauen die frühzeitige Talentsuche weiter aus. Den begonnenen Prozess zur Entwicklung einer Leistungssportstrategie setzen wir mit Nachdruck fort. Talente unterstützen wir gezielt auf ihrem Weg zu Olympischen und Paralympischen Spielen. Eine deutsche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele unterstützen wir ausdrücklich.

Eine moderne Sportinfrastruktur ist Voraussetzung für erfolgreiche Leistungsentwicklung und attraktive Trainingsbedingungen.

Wir stärken den Spitzensport in Rheinland-Pfalz durch gezielte Investitionen in leistungsfähige Strukturen und moderne Trainingsbedingungen. Dazu treiben wir die Weiterentwicklung von Bundesstützpunkten und Landesleistungszentren voran und verbessern die Rahmenbedingungen für Athletinnen und Athleten sowie Trainerinnen und Trainer. Dabei wollen wir auch Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes nutzen.

Aus dem Rheinland-Pfalz-Plan ergeben sich darüber hinaus weitere Möglichkeiten für die Kommunen zur Sanierung von Sportstätten. Bei anderen Bundesförderungen für den Sport setzen wir uns dafür ein, dass eine Kombination von Landes- und Bundesfördermitteln grundsätzlich ermöglicht wird.

Die Landesinitiative „Land in Bewegung“ setzen wir in enger Zusammenarbeit mit den Sportbünden fort und entwickeln sie weiter, um Sport und Bewegung im Alltag der Menschen in Rheinland-Pfalz zu stärken.

Wir unterstützen Prävention und Schutzkonzepte im Sport, insbesondere gegen sexualisierte Gewalt, und setzen uns für deren verbindliche Umsetzung ein.

Klare Regeln fürs Glücksspiel weiterentwickeln

Wir setzen auf ein zielgenaues Glücksspielrecht, das wirksamen Jugend- und Verbraucherschutz sicherstellt. Dabei setzen wir auf ein kontrolliertes, legales Spielangebot. Am Glücksspielstaatsvertrag halten wir fest und entwickeln das Landesglücksspielgesetz auf Grundlage des bestehenden Regelungsrahmens in Rheinland-Pfalz weiter.

Bauen und Wohnen

Zukunftsfähiges Bauen und bezahlbares Wohnen in Rheinland-Pfalz stärken

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen Herausforderungen dieser Zeit und für die Lebensqualität sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer Bedeutung. Wir wollen, dass bezahlbares Wohnen für alle Menschen in Rheinland-Pfalz möglich ist – zur Miete oder im Eigentum, in städtischen Gebieten oder auf dem Land. Wir wollen die Mittel für die Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht weiterentwickeln, Mieterinnen und Mieter schützen und setzen uns dafür ein, dass innovativ, schneller und kostengünstiger gebaut werden kann. Im Landesbau streben wir auch bei stark gestiegenen Anforderungen eine beschleunigte Umsetzung der Projekte und weiter eine Orientierung an Klima- und Nachhaltigkeitszielen an.

Soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht weiterentwickeln

Die Soziale Wohnraumförderung ist das Kernstück unserer Wohnungspolitik. Mit ihr sorgen wir dafür, dass mehr bezahlbarer Wohnraum in Rheinland-Pfalz geschaffen wird. Der hohen Nachfrage nach den Förderprogrammen wollen wir durch eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung unter Berücksichtigung der erhöhten Bundesmittel Rechnung tragen.

Die Mietwohnungsförderung muss bedarfsgerechte Lösungen gerade für angespannte städtische Wohnungsmärkte bieten und stellt im ländlichen Raum eine wichtige Ergänzung des Wohnungsmarkts dar. Die Eigentumsförderung mit der zielgerichteten Investitionsförderung für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen ist ein wichtiger Baustein der Wohnraumförderung.

Das Programm Junges Wohnen wollen wir insbesondere in den stark nachgefragten Hochschul- und Ausbildungsstandorten nutzen, um gezielt das Angebot an bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu erweitern.

Durch die Förderung des Erwerbs von Belegungsrechten halten wir Wohnungen im gebundenen und damit bezahlbaren Wohnungsbestand.

Damit Wohnungsbaugesellschaften und private Investoren eine verlässlichere Planungsgrundlage haben, ist eine Beschleunigung der Verfahren bei der Förderbank durch Vereinfachung, verstärkte Digitalisierung der Prozesse und Abbau der temporären Überhänge durch befristeten Einsatz von Drittkräften notwendig. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Bündelung von Fördermaßnahmen sowie die Umstellung auf pauschale Förderbeiträge prüfen.

Wir stärken den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und fördern den Erwerb von Genossenschaftsanteilen sowie den Bau alternativer gemeinschaftlicher Wohnformen.

Die Festlegung verbindlicher Sozialquoten durch die Kommunen unterstützt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen und für lebendige Quartiere.

Soziales Mietrecht: Bezahlbares Wohnen weiter stärken

Gerade in den Ballungsräumen ist Wohnraum knapp, und die gestiegenen Mieten stellen für viele Mieterinnen und Mieter eine schwer zu bewältigende Belastung dar. Wir nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz und zur Mobilisierung von Wohnraum. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung und die Kappungsgrenzen-Verordnung führen wir im jeweiligen bundesrechtlichen Rahmen in den angespannten Wohnungsmärkten in unserem Land fort und stärken die Wohnsicherheit in diesen Gebieten zusätzlich durch eine Kündigungssperrfristverordnung (Verlängerung auf fünf Jahre).

Innovativ und kostengünstig bauen

Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Land, Kommunen, der regionalen Bau- und Wohnungswirtschaft, von Architektinnen und Architekten, Planerinnen und Planern, Sozial- und Mieterverbänden als gemeinschaftlich getragene Aufgabe wollen wir weiterführen und gemeinsame wohnungsbaupolitische Initiativen umsetzen.

Wir wollen qualitativ hochwertiges Bauen und Planen auf dem Land und in der Stadt weiter stärken. Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen, besonders mit Holz aus unserem waldreichen Bundesland, wollen wir im privaten und im öffentlichen Bauen stärken.

Wohnraumförderung, Städtebauförderung, Dorferneuerung und Sozialraumentwicklung müssen zusammengedacht werden, auch um die Innenentwicklung zu befördern.

Rheinland-Pfalz ist das Land des Eigenheims. Fast nirgendwo in Deutschland ist der Anteil der Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum größer als hier. Private Vermieterinnen und Vermieter, insbesondere auch kleine Vermieter, spielen eine zentrale Rolle für die Wohnraumversorgung in unserem Land. Sie tragen wesentlich auch zur Vielfalt des Wohnungsangebots in unseren Kommunen bei.

Mit dem Konzept „Aus Eins mach Zwei“ fördern wir gezielt die Beratung zur Aktivierung bestehender Ein- und Zweifamilienhäuser. Durch Umbau, Aufstockung und Teilung entstehen hier neue familiengerechte Wohneinheiten.

Die Transformation des Wohnungsbestands ist aktiv voranzutreiben. Die Umnutzung von leerstehendem Bestand, etwa von Gewerbeimmobilien und sonstigen Gebäuden, bietet Potenzial für Wohnungen.

Die Landesbauordnung wird im Zuge einer weiteren Anpassung an die Musterbauordnung neu gefasst. Maßgeblich ist für uns, konzentriert einfaches und innovatives Bauen zu ermöglichen.

Mit dem Gebäudetyp E eröffnen wir im Bauordnungsrecht Möglichkeiten des kreativen und kostengünstigen Bauens und machen uns dafür stark, dass die zivilrechtliche Umsetzung auf Bundesebene diesem Konzept möglichst schnell zur breiteren Umsetzung verhilft.

Die weitere Digitalisierung bauaufsichtlicher Verfahren wird vorangetrieben. Der digitale Bauantrag wird innerhalb eines Jahres flächendeckend eingeführt, der BIM-Bauantrag wird ermöglicht und pilotiert.

Wir unterstützen den neuen Bau-Turbo, der zur Baulandaktivierung und zu einem schnelleren Baurecht beiträgt.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des kommunalen Vorkaufsrechts auf Bundesebene als wichtiges Instrument der Stadtentwicklung ein. Wir wollen hierdurch die Kommunen bei der Sicherung der Bauleitplanung, Aktivierung von Flächen, Erhaltung der Sozialstrukturen und der Behebung von städtebaulichen Missständen unterstützen.

Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung für die Zukunft aufstellen

Die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung und des Amts für Bundesbau ist durch die veränderte sicherheitspolitische Lage und die anstehenden zusätzlichen Investitionsbedarfe bei Bundes- und Landesliegenschaften in besonderem Maße gefordert.

Zur Aufgabenbewältigung ist vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen eine Optimierung der organisatorischen Strukturen und eine starke Straffung der Verfahrensabläufe zur Beschleunigung der Verfahren und zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend notwendig.

Wir führen den laufenden Reorganisationsprozess des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung fort und stärken insbesondere durch die Integration des Amts für Bundesbau in die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung die Dienst- und Fachaufsichtsstrukturen der Bauverwaltung.

Durch einen flexiblen Einsatz verschiedener Vertrags- und Vergabeformen, wie die Generalunternehmer-Vergabe, möchten wir eine schnellere Umsetzung von Bauvorhaben erreichen. Bei geeigneten Vorhaben prüfen wir zudem das Potenzial einer Abwicklung als ÖPP-Projekt.

Durch die sachgerechte Einschaltung von freiberuflichen Architektinnen und Architektinnen, Ingenieurinnen und Ingenieuren möchten wir Kapazitäten sichern und erweitern.

Bauliche Beschleunigung streben wir bei geeigneten Vorhaben auch durch Standardisierung der Bedarfsanmeldungen und der Verwendung serieller und modularer Lösungen an.

Im Bereich des Hochschulbaus stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Wir wollen vor allem die begonnenen Sanierungsmaßnahmenketten konsequent umsetzen und auch durch Maßnahmen des Sondervermögens verstärken. Dort, wo es sinnvoll und praktisch machbar ist, kann eine vorhabenbezogene Übertragung der Bauherrenschaft an einzelnen Hochschulen erfolgen.

Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie im Landesbau fortsetzen

Die Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir konsequent fortsetzen, insbesondere durch Umsetzung von Suffizienzvorgaben bei Flächen- und Raumbedarfen, Dekarbonisierung der Wärmeversorgung durch Umstellung der Heizungen auf erneuerbare Energien, weiteren Zubau von Solarenergieanlagen, verstärkt auch auf Fassaden und Freiflächen (mindestens 1 MWp pro Jahr), und Erhöhung der Sanierungsrate einschließlich der Erneuerung der energetischen Versorgungsstrukturen auf großen Liegenschaften.

Unsere Energieversorgungsstrategie wollen wir weiterentwickeln und im Hinblick auf Klimaneutralität, den Vorbildcharakter der öffentlichen Hand und die Resilienz unserer Versorgungsstrukturen einen deutlich höheren Anteil an Eigenstromproduktion erreichen.

6. Unsere Verantwortung für eine zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik, entschlossene Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau

Finanzen und Haushalt

Das Umfeld für die öffentlichen Finanzen ist derzeit anspruchsvoll. Die konjunkturelle Erholung in Deutschland ist, auch wegen der Folgen des Kriegs in Nahost, Risiken ausgesetzt. Frühere Zuwächse bei den Steuereinnahmen des Landes werden absehbar nicht mehr zu erreichen sein. Wir stehen für eine verlässliche und verantwortungsvolle Gestaltung des Landeshaushalts. Wir werden in den künftigen Wohlstand des Landes investieren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und die kommunale Finanzausstattung in Rheinland-Pfalz stärken.

Verlässliche und verantwortungsvolle Haushaltspolitik gestalten

Verlässliche Haushaltspolitik erfordert verantwortungsvolle Vorausschau und muss Planbarkeit schaffen. Wir sehen in der Aufstellung von Doppelhaushalten dafür das geeignete Instrument. Für den kommenden Haushalt verständigen sich die Koalitionspartner auf das Verfahren des Doppelhaushalts 2027/2028 sowie einen Zeitplan für Aufstellung und voraussichtliche Verabschiedung.

Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und verlässliche Haushaltspolitik, die die gesamten Rahmenbedingungen im Blick hat. Die bundesrechtlich eingeräumten Möglichkeiten der strukturellen Neuverschuldung werden bedarfsgerecht zur Finanzierung des Landeshaushalts genutzt.

Eine umfassende Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung und -reformen können auch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Wir werden technische und organisatorische Innovationen nutzen, um die Qualität der Verwaltung zu verbessern und den Personalbedarf zu begrenzen.

Für eine solide Haushaltspolitik sind ausreichende Rücklagen notwendig, da sie der Abfederung akuter Herausforderungen, der Absicherung von Risiken und der Reaktion auf unerwartete Schocks dienen.

Alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Punkte stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Die einzelnen ausgabenwirksamen Festlegungen bedürfen einer Priorisierung. Die Wahrung fiskalischer Nachhaltigkeit setzt die konsequente Realisierung von Effizienzreserven und Einsparpotenzialen voraus.

Wir werden die Investitionen des Landes steigern und in der Umsetzung beschleunigen, wozu das Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan“ einen Beitrag leistet. Die Investitionen im Landeshaushalt wollen wir zusätzlich zum Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan“ spürbar über die Inflationsrate hinaus

erhöhen, um die nachhaltige Modernisierung und Sanierung der Infrastruktur des Landes voranzutreiben.

Die im Sondervermögen vorgesehene Aufteilung für die Kommunen wird zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen beibehalten. Die Kommunen erhalten im Rahmen des „Rheinland-Pfalz-Plans“ verlässliche finanzielle Spielräume, um Investitionen eigenverantwortlich vor Ort zu priorisieren und umzusetzen.

Kommunalfinanzen stärken

Aufgabenkritik und Steigerung der Effizienz stellen wichtige Aufgaben für alle staatlichen Ebenen dar. Dies schließt den kommunalen Bereich ausdrücklich ein.

Die aktuell durchgeführte Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs soll zügig zu einem Ergebnis geführt werden. Die gesetzliche Neuregelung soll mit Wirkung zum 1. Januar 2028 umgesetzt werden. Im Rahmen der Evaluation nehmen wir auch die Kosten der Sozial- und Jugendhilfe in den Blick.

Wir geben den Kommunen Planungssicherheit, mehr Spielräume und schaffen verlässliche Finanzen. Unser gemeinsames Ziel ist eine substanzielle Verbesserung der kommunalen Finanzen. Wir sehen bereits für das Haushaltsjahr 2027 eine deutliche Verbesserung vor.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Bund einen substanziellen Beitrag zur dauerhaften Konsolidierung der kommunalen Finanzen leistet, ebenso wie bei der Lösung des Problems der kommunalen Liquiditätskredite.

Das Land hat im Rahmen der „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ bereits die Hälfte der kommunalen Liquiditätskredite übernommen. Die vom Bund derzeit geplante Unterstützung ist unzureichend. Rheinland-Pfalz wird den Bundesbeitrag vollständig an die Kommunen weitergeben und sich weiter für eine angemessene Beteiligung des Bundes an den kommunalen Altschulden einsetzen.

Wir halten uns an das Konnexitätsprinzip und erwarten dies auch vom Bund.

Förderwesen modernisieren

Wir werden das Förderwesen des Landes grundlegend modernisieren, vereinfachen und beschleunigen. Ziel ist es, Förderverfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie abzubauen und den Zugang zu Fördermitteln für Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen deutlich zu erleichtern.

Wir werden die Digitalisierung der Förderverfahren konsequent vorantreiben und schrittweise auf vollständig digitale Antrags- und Abwicklungsprozesse mit einheitlichen Standards umstellen.

Wir wollen die bestehenden Förderprogramme des Landes überprüfen und, wo möglich, gebündelt zusammenführen.

Die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur werden wir möglichst einfach und unbürokratisch gestalten und dafür sorgen, dass die Mittel zügig und spürbar vor Ort ankommen. Die im Sondervermögen vereinbarten vereinfachten und digitalen Verfahren werden ausgewertet und – wo sinnvoll – auf weitere Förderprogramme übertragen, etwa bei der baufachlichen Prüfung. Darüber hinaus prüfen wir eine Erhöhung der Vergabegrenzen im Unterschwellenbereich.

Gerechte Steuerpolitik gestalten

Die arbeitende Mitte der Gesellschaft soll steuerlich entlastet werden. Wir sprechen uns deshalb für eine Senkung der Steuerbelastung für geringe und mittlere Einkommen aus. Länder und Kommunen sind für die entstehenden Ausfälle vollständig zu kompensieren.

Die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und aggressiver Steuergestaltung ist Voraussetzung für Steuergerechtigkeit. Wir werden entsprechende Initiativen auf Bundesebene unterstützen.

Wir streben an, den Datenaustausch und die Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit anderen Behörden zu verbessern, digitale Analyse- und Prüfmöglichkeiten auszubauen sowie die risikoorientierte Fallauswahl und Prüfungstätigkeit weiter zu entwickeln.

Eine verlässliche Einnahmebasis ist unverzichtbare Grundlage für nachhaltige Finanzen und einen handlungsfähigen Staat. Im Falle steuerlicher Entlastungen durch Bundesgesetze stellt die vollständige Gegenfinanzierung von Steuerausfällen des Landes und seiner Kommunen für uns ein wesentliches Kriterium für eine verantwortungsvolle Steuerpolitik dar.

Wir lehnen eine weitere Regionalisierung von Steuern ab.

Wir bekennen uns zu den geltenden Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Die Grundsteuerreform wird auf Bundesebene evaluiert. Das Land wird sich aktiv an dem Evaluierungsprozess beteiligen, insbesondere im Hinblick auf mögliche Belastungsverschiebungen. Wir werden im Lichte der Ergebnisse der Evaluierung rechtzeitig vor dem nächsten Hauptfeststellungszeitpunkt entscheiden, ob Handlungsbedarf für eine gesetzgeberische Initiative auf Landesebene besteht.

Steuerverwaltung zeitgemäß weiterentwickeln

Die Erfüllung staatlicher Aufgaben erfordert eine verlässliche und leistungsfähige Einnahmeverwaltung. Die Steuerverwaltung gewährleistet stabile Einnahmen, sorgt

für Steuergerechtigkeit und die Akzeptanz des Steuersystems und bietet Bürgerinnen, Bürgern sowie Unternehmen einen verlässlichen Service. Sie trägt damit gleichzeitig zur Qualität von Rheinland-Pfalz als Wohn- und Wirtschaftsstandort bei.

Die Digitalisierung der Steuerverwaltung und der Einsatz moderner Technologien werden konsequent ausgebaut. Die Landesregierung unterstützt das länderübergreifende Automationsprojekt KONSENS. Dazu gehören die Weiterentwicklung von ELSTER und die Einführung der MeinELSTER+-App. Auf Bundesebene setzen wir uns für weitere Schritte hin zur Einführung einer Amtsveranlagung ein, die Bürgerinnen und Bürger von der Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung entlastet.

Durch die Stärkung von Ansprechpartnern für Vereine und Ehrenamtliche unterstützen wir das Ehrenamt.

Frühzeitige Rechtssicherheit und zeitnahe Betriebsprüfungen sind für die Steuerpflichtigen wichtig und führen zu planbaren Steuereinnahmen. Unser Ziel ist die weitere Stärkung der zeitnahen Betriebsprüfung, insbesondere durch risikoorientierte Fallauswahl und Digitalisierung.

Die Ausbildungszahlen an der Hochschule für Finanzen und Landesfinanzschule Rheinland-Pfalz in Edenkoben werden am anhaltend hohen Nachwuchs- und Fachkräftebedarf ausgerichtet und die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht ausgebaut. Gleichzeitig steigern wir die Attraktivität der Ausbildung durch bessere Rahmenbedingungen, insbesondere durch eine moderne Lernumgebung, eine verlässliche Ausbildungsorganisation und eine enge Verzahnung zwischen Theorie und Praxis.

Attraktiven Öffentlichen Dienst gewährleisten

Das Land Rheinland-Pfalz versteht sich als moderner und attraktiver Arbeitgeber. Die Beamtinnen und Beamten und die Beschäftigten sind Garanten für einen handlungsfähigen und leistungsstarken Staat. Gute Arbeit bedeutet für uns angemessene Bezahlung, stabile Arbeitsbedingungen sowie planbare und flexible Arbeitszeiten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltig gewährleisten.

Wir stärken die Bediensteten der Landesverwaltung durch gezielte Fort- und Weiterbildung, verlässliche berufliche Entwicklungsperspektiven und transparente Aufstiegsmöglichkeiten. Weitere Bestandteile eines modernen Arbeitsumfelds sind für uns die Förderung von Gleichstellung und Vielfalt sowie ein umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement.

Wir unterstützen die Interessenvertretungen der Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auch weiterhin bei ihrer wertvollen Arbeit.

Die digitale Transformation treiben wir entschlossen voran und gestalten sie praxisnah im Sinne unserer Bediensteten und der Bürgerinnen und Bürger.

Die Bediensteten des Landes sollen an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse teilhaben. Wir streben die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung der Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger an, ebenso wie insgesamt konkurrenzfähige und faire Rahmenbedingungen für alle Bereiche des öffentlichen Diensts.

Wir wollen das bestehende Beihilfesystem schrittweise um eine pauschale Beihilfelösung, das heißt eine anteilige Erstattungsmöglichkeit der Krankenversicherungsbeiträge, ergänzen. Wir wollen mit denen beginnen, für die aufgrund ihres individuellen Gesundheitsrisikos die private Krankenversicherung eine besondere finanzielle Belastung darstellt.

Es gibt auch im öffentlichen Dienst einen großen Bedarf an Fachkräften insbesondere in technischen und IT-Bereichen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und an uns zu binden. Zur Stärkung der Personalgewinnung und -bindung gerade in besonders nachgefragten Bereichen wollen wir die bestehenden tariflichen Möglichkeiten noch stärker nutzen und innerhalb der Tarifgemeinschaft der Länder aktiv darauf hinwirken, dass Bereiche mit besonderen Bedarfen gezielt in den Blick genommen werden.

Beteiligungspolitik des Landes als wichtiges Instrument weiterentwickeln

Wir steuern unsere Beteiligungspolitik aktiv und setzen mit diesem Instrument wichtige landespolitische Interessen um.

Wir wollen die Rolle der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz als zentrales Förderinstitut weiter stärken und ausbauen, um die rheinland-pfälzische Wirtschaft optimal zu unterstützen und unsere Wirtschafts-, Struktur- und Wohnungsbaupolitik im Lande erfolgreich voranbringen zu können. Mit einer Kombination von Zuschüssen, Darlehen, Bürgschaften, auch zur Begleitung der Transformation, und Beteiligungen wollen wir die rheinland-pfälzische Wirtschaft, den Wohnungsbau und die Kommunen gezielt unterstützen.

Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau

Wir wollen eine öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und dabei Bürokratie abbaut. Dafür wollen wir nach einer umfassenden Aufgabenkritik Abläufe und Prozesse straffen und bündeln. Wir schaffen auch mit Verwaltungsmodernisierung und -reformen eine Verwaltungskultur des Vertrauens, der Effizienz und der Eigenverantwortung.

CDU und SPD stehen für eine Modernisierung des Staates auf allen Ebenen und dafür, die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zeitgemäß und im Interesse der Menschen zu organisieren. Ein leistungsfähiger Staat, der seine Aufgaben effizient, verlässlich und ohne überflüssige Bürokratie erfüllt, ist nicht nur eine grundlegende Voraussetzung für zukünftigen Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dauerhaftes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln wird es gleichzeitig auch nur geben können, wenn sich der Staat gerade in herausfordernden Zeiten selbst als veränderungsfähig erweist. Staatliche Strukturen müssen aufgrund aktueller Herausforderungen immer wieder modernisiert werden. Dies macht kontinuierlich Anpassungen bei der Organisation staatlicher Verwaltung und bei der Erbringung staatlicher Leistungen erforderlich, die stets an einem Ziel auszurichten sind: Verwaltungsaufwand zu verringern und die Nachvollziehbarkeit und Effizienz im staatlichen Handeln sicherzustellen. CDU und SPD bekennen sich zu dieser Aufgabe und haben sich gemeinsam zu der dafür notwendigen Reformbereitschaft verpflichtet.

Umsetzung der Föderalen Modernisierungsagenda vorantreiben

Wir bekennen uns zu der von Bund und Ländern vereinbarten Föderalen Modernisierungsagenda. Mit der Föderalen Modernisierungsagenda haben sich Bund und Länder auf eine große Zahl an Maßnahmen verständigt, mit denen die staatliche Verwaltung und öffentliche Organisation in Deutschland grundlegend und übergreifend erneuert und verschlankt werden soll. Dadurch wird insbesondere für eine Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten, eine Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine umfassende Digitalisierung von Verwaltungsleistungen sowie eine wirkungsorientierte, verständliche und praxistaugliche Rechtsetzung gesorgt. Wir werden uns im Verantwortungsbereich des Landes für die konsequente und zügige Umsetzung der Maßnahmen auf der Föderalen Modernisierungsagenda einsetzen.

Strukturen kritisch überprüfen

Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz muss leistungsfähig und effizient sein, damit beide Ebenen ihre Stärken jeweils für sich und im Zusammenwirken bestmöglich zur Entfaltung bringen können. Wir werden in Rheinland-Pfalz zusammen mit den Kommunen eine Aufgabenkritik vornehmen, aufgrund der wir Verfahren, Standards und Zuständigkeiten überprüfen, vereinfachen

und effizienter gestalten. Wir werden innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge erarbeiten, wie eine moderne öffentliche Aufgabenwahrnehmung auf Landes- und kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Dabei werden wir die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung einer kritischen Überprüfung unterziehen mit dem Ziel, Verwaltungsverfahren zu straffen, Doppelzuständigkeiten abzubauen und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Bürokratieabbau

Wir setzen uns dafür ein, dass Berichtspflichten, Dokumentationsanforderungen und Verfahren gebündelt und verringert werden. Fachkompetenz, Vollzug, Digitalisierung und Steuerungsfähigkeit werden enger verzahnt. Durch die Bündelung von Aufgaben entstehen mehr Geschwindigkeit, Klarheit und Verlässlichkeit in der staatlichen Verwaltung. Zuständigkeiten werden klar geordnet.

Wir werden systematisch prüfen und festlegen, in welchen Bereichen wir in den kommenden Jahren Genehmigungsfiktionen auf kommunaler und auf Landesebene ausweiten können, um – bei Wahrung hoher Standards – Verfahren zu beschleunigen und Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren. Darüber hinaus schaffen wir eine Experimentierklausel für Kommunen, um ihnen Abweichungen von gesetzlichen Regelungen zu ermöglichen.

Mit Blick auf staatliche Leistungen sollen Doppelstrukturen von Beratungen systematisch evaluiert und der Zugang für Bürgerinnen und Bürger vereinfacht werden. Parallelstrukturen in der Beratung und bei den Angeboten werden überprüft und zusammengeführt, um den Zugang niedrigschwellig zu gestalten.

Unser Ziel ist eine spürbare Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung selbst von bürokratischen Lasten sowie eine bessere Organisation staatlicher Leistungen.

Verwaltung vollständig digitalisieren

Digitale Verfahren sind der Schlüssel zu einer effizienten und serviceorientierten staatlichen Verwaltung. Als Grundlage für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie mit Blick auf verlässliche Entscheidungsgrundlagen setzen wir stärker auf ein konsequent datenbasiertes Handeln. Vorhandene wissenschaftlich basierte Datenbestände werden systematisch genutzt und zusammengeführt. Auf diese Weise werden Verfahren vereinfacht, Planungen beschleunigt und mehr Transparenz und Verlässlichkeit geschaffen. Digitale Verfahren sollen überall zum Standard werden. Auch verwaltungsinterne Prozesse werden durchgehend digitalisiert.

Unser Ziel ist eine spürbare Vereinfachung und Beschleunigung administrativer Prozesse.

Förderwesen effizient gestalten

Das Förderwesen des Landes werden wir grundlegend modernisieren, vereinfachen und beschleunigen. Wir wollen schlanke, bürokratiearme und weitgehend standardisierte Förderverfahren umsetzen, die leicht zu digitalisieren sind. Wir werden bis zu einer festzulegenden Wertgrenze ein vereinfachtes Verwendungsnachweisverfahren einführen und damit Förderfälle mit einem niedrigen Finanzvolumen von bürokratischem Aufwand entlasten.

Unser Ziel ist es, Förderverfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie abzubauen und den Zugang zu Fördermitteln für Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen damit spürbar zu erleichtern.

Rheinland-Pfalz-Plan zügig umsetzen

Um unsere Infrastruktur zügig zu modernisieren, braucht es eine erhebliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen. Das Land Rheinland-Pfalz erhält aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes in den kommenden Jahren insgesamt rund 4,8 Milliarden Euro, von denen ein Anteil von 60 Prozent den rheinland-pfälzischen Kommunen vom Land zur Verfügung gestellt wird. Das Land hat den Kommunen zusätzlich weitere 600 Millionen Euro über die Laufzeit von 12 Jahren aus Landesmitteln zugesagt. Insgesamt umfasst der Rheinland-Pfalz-Plan damit ein Investitionsvolumen von 5,4 Milliarden Euro. Die Mittel des Rheinland-Pfalz-Plans stehen für die Modernisierung und Sanierung der Infrastruktur von Land und Kommunen zur Verfügung. Die Investitionen sollen schnell realisiert werden und so konkrete Verbesserungen im Alltag der Bürgerinnen und Bürger bewirken. Wir wollen dafür sorgen, dass die Mittel zügig und spürbar vor Ort ankommen. Die Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Plans werden wir deshalb möglichst einfach und unbürokratisch gestalten. Die im Sondervermögen vereinbarten vereinfachten und digitalen Verfahren werden ausgewertet und – wo sinnvoll – auf weitere Förderprogramme übertragen.

7. Unsere Verantwortung für Migration und Integration, für starke Familien, Frauen und Kinder

Migration, Integration und Fachkräfteeinwanderung

Unser Land ist geprägt von Offenheit, Zusammenhalt und einem respektvollen Miteinander. Die Geschichte und der Wohlstand unseres Landes sind ohne die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern nicht denkbar. Sie haben hier ihr Zuhause aufgebaut, sind Freunde und Arbeitskollegen und leben mit ihren Familien über Generationen hinweg in Rheinland-Pfalz. Diese Geschichte ist unsere Stärke, auf der wir weiter aufbauen.

Auch heute entscheiden gelingende Integration und Willkommenskultur über unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen ein einwanderungsfreundliches Land bleiben und Integration ermöglichen. Zugleich stehen wir mit der Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Geflüchteten seit mehr als einem Jahrzehnt vor grundlegenden Herausforderungen.

Wir stehen für eine Politik der Humanität und Ordnung. Migration und Integration gestalten wir in Rheinland-Pfalz verantwortungsvoll und mit klarem Kompass. Dazu gehört der Schutz für Verfolgte, dazu gehören aber auch klare Regeln für Asylverfahren und die konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht haben und zurückgeführt werden können oder die wegen schwerer Straftaten verurteilt worden sind. Diejenigen, die dauerhaft bleiben, unterstützen wir durch gezielte Integrationsmaßnahmen.

Integration gelingt, wenn alle Seiten dazu beitragen. Die deutsche Sprache, ein sicherer Arbeitsplatz und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe auf der Basis der Werteordnung unseres Grundgesetzes sind der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden.

Migration steuern

Die Strukturen des Landes für die Aufnahme von Geflüchteten stehen weiterhin vor vielfältigen Aufgaben. Die bislang in der ADD verankerten Strukturen zur Fluchtaufnahme bedürfen einer finanziellen, personellen und organisatorischen Neuausrichtung. Dazu prüfen wir die Einrichtung einer „Task Force Fluchtaufnahme“, unter anderem zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

Die Kommunen tragen einen Großteil der Verantwortung bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Das Land steht ihnen dabei als verlässlicher Partner zur Seite. Deshalb reformieren wir das Landesaufnahmegesetz, um die Unterstützung für die Kommunen neu zu regeln und so Planungssicherheit zu schaffen. Am Prinzip der fairen und dezentralen Verteilung auf die Kommunen halten wir grundsätzlich fest. Das

Verteilverfahren von Geflüchteten auf die Kommunen wollen wir weiterentwickeln. Dazu sollen erprobte Potenziale einer digitalisierten Verteilung systematisch ausgeschöpft werden. Unser Ziel ist, dass zukünftig die Verteilung auf die Kommunen nur bei Vorliegen einer realistischen Bleibeperspektive erfolgt.

Wir werden irreguläre Migration wirksam zurückdrängen und bestehende Vollzugsdefizite konsequent beseitigen. Bei Menschen ohne Bleibeperspektive und bei Ablehnung des Asylantrags setzen wir zunächst auf die freiwillige Ausreise und bieten dafür frühzeitig Beratung an. Wenn die Ausreise nicht freiwillig geschieht, muss die Ausreisepflicht staatlich durchgesetzt werden. Das gilt vor allem für rechtskräftig verurteilte Straftäter. Auch ausländische Gefährder werden wir konsequent überwachen und abschieben. Zum Schutz vor Schwerstkriminellen können in bestimmten Einzelfällen auch Abschiebe- und Verwaltungshaft notwendig sein. Dafür müssen die bundesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Für eine signifikante Steigerung erfolgreicher Rückführungen unter Vermeidung unnötiger Belastungen für die Betroffenen und zur Entlastung der Verwaltung wollen wir Rückführungen in einer zentralen Ausländerbehörde zusammenführen. Bei der Zentralisierung soll die staatliche Beratung zur freiwilligen Rückkehr einbezogen werden. Damit entlasten wir die Kommunen und machen die Verfahren rechtssicherer, effizienter und schneller. Unser Ziel ist es, auch in Zukunft die Dauer bis zur Entscheidung der Asylanträge und der Klärung des Aufenthaltsstatus so weit wie möglich zu verkürzen. Die Digitalisierung der Ausländerbehörden ist hierfür ein Schlüsselfaktor.

Integration fördern

Rheinland-Pfalz lebt auch von Einwanderung und ist geprägt von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Viele Bürgerinnen und Bürger, die familiäre Wurzeln im Ausland haben, leben und arbeiten hier mit ihren Familien, und für sie ist Rheinland-Pfalz ihre Heimat. Eine große Zahl ehrenamtlicher Organisationen und Initiativen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärken mit ihrem Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Integration darf und wird für uns keine Einbahnstraße sein: wir fördern Integration, aber wir fordern auch von den Migrantinnen und Migranten eigene Integrationsanstrengungen. Daher wollen wir im Rahmen von Integrationsvereinbarungen sowohl den Anspruch auf soziale und kulturelle Teilhabe sowie auf individuelle Selbstverwirklichung als auch die berechtigten Integrationserwartungen der Bevölkerung definieren. Alle geflüchteten Menschen mit Bleibeperspektive – dazu gehören für uns immer auch Menschen mit subsidiärem Schutz, die absehbar länger bei uns bleiben – bekommen ein Angebot für einen Integrationskurs. Integrations- und Orientierungskurse sollten vom ersten Tag an zum selbstverständlichen Pflichtenkatalog von Menschen zählen, die aus dem Ausland zu uns kommen.

Von zentraler Bedeutung für das Gelingen von Integration ist die deutsche Sprache. Es muss daher für jede und jeden mit Bleibeperspektive möglichst ab dem ersten Tag ein Angebot zum Spracherwerb entlang der Bildungskette geben, welches den Erfordernissen der sozialen wie der beruflichen Integration gerecht wird. Wir unterstützen den Spracherwerb durch Orientierungshilfen und digitale Tools und wollen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Landesliegenschaften für Ehrenamtliche erleichtern, die den Spracherwerb bei Geflüchteten fördern wollen.

Zu den tragenden Säulen der Integrationsarbeit gehören die landesgeförderte Migrationsfachberatung in Ergänzung zur bundesgeförderten Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte und die landeseigene Sprachförderung für Erwachsene. Wir verstärken unser Angebot an Sprachkursen mit Kinderbetreuung insbesondere für Frauen und weitere Zielgruppen, die bisher nicht ausreichend erreicht werden konnten. Sprachmittlung ist für uns ebenfalls ein wichtiges Instrument der Integration. Wir wollen die vom Land aufgebauten Strukturen sichern und weiterentwickeln. Für Flüchtlinge, die dauerhaft hierbleiben, die erste wesentliche berufsbezogene Schritte gemacht haben und sozial integriert sind, wollen wir die Zugänge beziehungsweise die Möglichkeiten zur Arbeitsintegration verbessern. Für uns ist die Wahrnehmung beruflicher Aufgaben ein wirksamer Beitrag zur gesellschaftlichen Integration in unserem Land. Wir bieten auch Informations- und Unterstützungsangebote zum Erwerb von Schulabschlüssen, Berufsabschlüssen und bei der Nachqualifizierung. Zudem setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau der psychosozialen Zentren ein. Die ehrenamtliche Integrationsarbeit der Zivilgesellschaft, der Flüchtlingsinitiativen, der Kirchen, der Vereine, des Sports und der Kultur unterstützen wir nachhaltig. Integrationsbeiräte gehören für uns als etablierte Bestandteile zur Integration.

Mit der Kooperationsstrategie zwischen Land und Kommunen unterstützen wir unsere Städte und Gemeinden gezielt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich der Integration. Wir wollen sie fortführen.

Fachkräfte gezielt ansprechen

Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Zuwanderung braucht. Sie ist ein wichtiger Bestandteil seiner Entwicklung. Viele zentrale Bereiche unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens profitieren schon seit Generationen von und sind angewiesen auf Menschen, die aus anderen Ländern gerne hierherkommen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in Unternehmen, im Handwerk, in Wissenschaft und Forschung, in sozialen Berufen und in vielen weiteren Bereichen. Offenheit und gegenseitiger Respekt tragen dazu bei, dass Rheinland-Pfalz ein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten für alle bleibt. Menschen, die mit hoher Motivation und einer Qualifikation zu uns kommen, die wir hier dringend brauchen, stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir wollen ihnen mit einer rheinland-pfälzischen Willkommenskultur begegnen.

Um die Attraktivität unseres Landes für internationale Fachkräfte weiter zu erhöhen, muss die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte fortentwickelt werden. Im Bereich der

Fachkräfteeinwanderung insbesondere aus Drittstaaten spielt die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen eine wichtige, systemische Rolle. Wir werden hier die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung konsequent verstärken und die Anerkennungs- und Berufszulassungsverfahren deutlich beschleunigen. Wir prüfen außerdem die Schaffung von Verwaltungskapazitäten im Bereich der internationalen Fachkräfteeinwanderung, um so unser Land zu einer auch international geschätzten und gefragten Zuwanderungsregion von Fachkräften zu machen. Diese Aufgabe ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Regierung und bedarf einer zentralen Koordinierungsstelle.

Die Integrationsangebote des Landes müssen stärker auf die Bedürfnisse angeworbener internationaler Fach- und Arbeitskräfte sowie ihrer Familien ausgerichtet werden, da entsprechende Angebote nachweislich entscheidend sind für eine langfristige Bindung an den Standort und damit an Rheinland-Pfalz.

Frauen

Gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen

CDU und SPD stehen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Frauen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt sind und Mädchen sowie Frauen in Rheinland-Pfalz selbstbestimmt, frei und sicher leben sowie gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können. Trotz erzielter Fortschritte besteht weiterhin Handlungsbedarf. Bestrebungen, erreichte Gleichstellung zurückzunehmen, werden wir entschieden entgegentreten. Gleichstellung ist ein unverzichtbarer Bestandteil guter Politik, moderner Verwaltung und einer lebendigen Demokratie. Vor diesem Hintergrund bildet die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Frauen einen Schwerpunkt der Regierung.

Wir setzen uns als CDU und SPD für eine aktive Gleichstellungspolitik ein, im Sinne von Equal-Pay und gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Es ist unser Ziel, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Frauen sind darüber hinaus auch in Parlamenten unterrepräsentiert. Wir unterstützen das politische Ehrenamt, um dies zu ändern. Wir verstetigen die Programme (wie zum Beispiel Ada Lovelace), die Frauen in der Wissenschaft und Wirtschaft fördern, um auch hier den Anteil von Frauen zu erhöhen.

Frauen gezielt stärken

Frauenprojekte leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung von Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und zum Schutz vor Diskriminierung sowie geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie bieten ein breites Spektrum an Beratungs- Bildungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen. Auf diese Weise fördern sie nicht nur die individuelle Handlungsfähigkeit von Frauen, sondern leisten auch einen

wichtigen Beitrag zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. CDU und SPD wollen diese Arbeit weiter unterstützen.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent bekämpfen

Frauen sind in unserer Gesellschaft in spezifischer Weise von Gewalt betroffen. Gewaltprävention ist eine Querschnittsaufgabe. Der Landesaktionsplan zur Istanbul-Konvention wird fortgeführt. Wir bekennen uns zu Gewaltschutz, rheinland-pfälzischen Interventionsstellen und Frauennotrufen sowie dem Netzwerk RIGG – das Rheinland-Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen.

Ein starker Rechtsstaat zeigt sich auch und besonders im Opferschutz. Deshalb werden wir die Opferhilfe weiter stärken. Dabei wollen wir insbesondere Betroffene von sexueller und häuslicher Gewalt besser schützen, Hilfsangebote stärken und die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen weiter verbessern.

Die Frauenhäuser bieten gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz, Beratung und eine sichere Unterkunft. Unseren Weg des kontinuierlichen Ausbaus dieser Struktur setzen wir im Sinne des im Gewalthilfegesetzes ab 2032 normierten Rechtsanspruches fort. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Frauen soll erleichtert und Second-Stage-Projekte sollen gestärkt werden.

CDU und SPD führen den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen konsequent fort. Betroffene sollen in ganz Rheinland-Pfalz schnell Schutz, Beratung und Unterstützung erhalten. Um Femizide wirksam zu verhindern, stärken wir das Hochrisikomanagement zur frühzeitigen Erkennung und Verringerung von Gefahren. In besonders schweren Fällen setzen wir auch elektronische Fußfesseln für Täter ein. Zudem verbessern wir die Datengrundlage und sorgen für eine einheitliche Definition geschlechtsspezifischer Tötungen, um gezielter handeln zu können.

Digitale und häusliche Gewalt gegen Frauen verurteilen wir und wenden uns entschieden gegen Menschenhandel sowie Zwangsprostitution und gewährleisten weiter die wichtige Beratungsarbeit, die hier geleistet wird. Insbesondere Digitale Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, das entsprechende Gegenmaßnahmen erfordert. Dabei unterstützen wir die Bundesregierung unter anderem bei ihrer Arbeit, die Erstellung und Verbreitung missbräuchlicher Deepfakes, insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt, wirksam zu bekämpfen und strafrechtlich zu erfassen.

Verbraucher wirksam schützen

Der Verbraucherschutz nimmt für uns eine wichtige Rolle ein. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf kostenlose, verlässliche, glaubwürdige und verständliche Informationen, die ihnen im alltäglichen Konsumverhalten die notwendige Orientierung geben. Die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale

Rheinland-Pfalz bleibt erhalten. Die Förderschwerpunkte der Verbraucherzentrale werden auf Aktualität und Doppelstrukturen mit anderen Beratungsangeboten überprüft. Dabei wollen wir, dass die flächendeckende und niedrigschwellige Erreichbarkeit weiter gewährleistet bleibt.

Kinder und Familien

Kinder und Familie unterstützen

Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Sie ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und prägt unsere Werte über Generationen hinweg. Kinder sind unsere größten Schätze. Sie verdienen beste Chancen und eine verlässliche Perspektive. Es ist CDU und SPD ein besonderes Anliegen, Familien in all ihren Formen zu stärken und Rheinland-Pfalz zum kinderfreundlichsten Bundesland zu machen. Dazu gehören hochwertige Bildung von Anfang an, verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen, und funktionierende Strukturen, die Unterstützung in allen Lebenslagen bieten. Im Zuge der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes werden auch Angebote der Ferienbetreuung landesweit weiter ausgebaut.

Wir unterstützen die Vorhaben des Bundes für ein modernes Adoptions- und Abstammungsrecht und erkennen die speziellen Bedarfe von alleinerziehenden Müttern und Vätern an.

Vorhandene Unterstützungsstrukturen werden in einem „Aktionsplan Familie“ dokumentiert, evaluiert und weiterentwickelt. Best-practice Beispiele von gebündelten Angeboten werden auf Passgenauigkeit, effiziente Verwendung der Mittel und unter dem Gedanken der Prävention geprüft. Die Netzwerke zur Unterstützung von Kindern und Familien sollen von der Schwangerschaft an gestärkt werden. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit aller Einrichtungen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe intensivieren.

Kinder wirksam schützen

Das Kindeswohl ist von zentraler Bedeutung. Wir werden eine Kinderschutzstrategie erarbeiten, unter der die bestehenden Maßnahmen, wie beispielsweise der Pakt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, erfasst, gemeinsam ausgewertet und noch besser miteinander verknüpft werden. Ziel ist, abgestimmte neue Impulse für die Entwicklung des Kinderschutzes in Rheinland-Pfalz zu geben.

Teil der Kinderschutzstrategie ist die Einrichtung eines Kinderschutz-Kompetenzzentrums als Anlaufstelle für die Belange des Kinderschutzes und zur Beratung der unterschiedlichsten Akteure in diesem Bereich. Gleichzeitig sollen die

Forschung zum Kinderschutz weiter intensiviert und die gewonnenen Erkenntnisse umgesetzt werden.

Das Netz der Kinder-Interventionsstellen bauen wir daher zu einem flächendeckenden Versorgungsnetz aus und schließen insbesondere Lücken, die noch bestehen. Wir vernetzen Kinderärzte, Pädiatrische Abteilungen an Krankenhäusern, Kinderschutzdienste und Sozialpädiatrische Zentren (SPZ).

Kinder verdienen unseren besonderen Schutz. Um von körperlicher oder sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche besser zu schützen, stärken wir Childhood-Häuser und Kinderschutzdienste.

Bereits eingeführte und verpflichtende Kinderschutzkonzepte werden konsequent weitergeführt. Alle Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten und Angebote vorhalten, müssen über solche Konzepte verfügen. Das Land stellt hierfür ergänzend Beratung und Unterstützung bei Fragen zur Umsetzung bereit. Wir prüfen die Bereiche, in denen Regelungen noch fehlen. Der Pakt gegen sexualisierte Gewalt muss weiter einem Monitoring unterzogen und umgesetzt werden. Das Landeskinderschutzgesetz werden wir novellieren.

Jugend fördern und begleiten

Junge Menschen in Rheinland-Pfalz bilden eine selbstbewusste, vielfältige und engagierte Generation, die mit eigenen Ideen, Mut und Tatkraft unsere Gesellschaft aktiv gestaltet und die ihre Zukunft eigenverantwortlich in die Hand nimmt.

Ziel von CDU und SPD ist es, jungen Menschen in Rheinland-Pfalz gute Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Sie bringen Ideen und Sichtweisen ein, treiben gesellschaftlichen Wandel voran und leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt und die Bewältigung künftiger Herausforderungen. Deshalb sollen sich Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen und Perspektiven in Politik und Gesellschaft wiederfinden, gehört werden und an Entscheidungen beteiligt sein.

Junge Menschen haben das Recht, ihre Zukunft mitzugestalten. Rheinland-Pfalz soll ein Land bleiben, in dem junge Menschen Verantwortung übernehmen können, ihre Anliegen ernst genommen werden und sie aktiv an der Gestaltung unseres Zusammenlebens mitwirken.

Junge Menschen beteiligen

Beteiligungsformen von Kindern- und Jugendlichen wollen wir weiter unterstützen, damit demokratische Entscheidungswege kennengelernt werden. Mit dem Landesjugendbeirat, dem ersten seiner Art bundesweit, erhalten junge Menschen auch auf Landesebene eine starke und hörbare Stimme. Für die Teilhabe und die Übernahme von Verantwortung mit Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben bildet das Vereinsleben eine wichtige Grundlage. Die Jugendverbände sollen ebenso

gestärkt werden. Jugend- und Auszubildendenvertretungen geben jungen Beschäftigten eine wichtige Stimme bei der aktiven Mitgestaltung an der Arbeitswelt von morgen.

CDU und SPD halten fest, dass sie bei der Frage einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen unterschiedlicher Auffassung sind.

Rheinland-Pfalz als vielfältiges Land erhalten

Rheinland-Pfalz lebt von seiner Vielfalt in einer Kultur des Miteinander, die alle anspricht und einschließt. Für uns hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Rheinland-Pfalz keinen Platz. Wir wenden uns gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus.

Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen ungeachtet ihrer religiösen, kulturellen, sexuellen oder geschlechtlichen Identität überall frei und sicher leben können.

Wir werden den Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ weiterführen und die Arbeit des Landesbeauftragten für queere Lebensweisen unterstützen. Wir wollen die zivilgesellschaftliche Arbeit beim Engagement für die Lebensrealitäten im Kontext der sexuellen Vielfalt weiter unterstützen. Die vielen Initiativen im Land und das landesweite Netzwerk QueerNet RLP leisten eine wichtige Arbeit und sind Partner der Landesregierung sowie von Bildungseinrichtungen. Dafür ist das Siegel „Schule der Vielfalt“ ein gutes Beispiel.

Wir unterstützen Aus- und Fortbildungsangebote für Bildungseinrichtungen, kommunale und Landesbehörden.

Die Erforschung der Geschichte queerer Menschen, die auch nach 1945 lange strafrechtliche Verfolgung, rechtliche Benachteiligung und gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren haben, erachten CDU und SPD als wichtig an.

Wir unterstützen im Bundesrat die Reform des Abstammungsrechts zur Gleichstellung von Regenbogenfamilien sowie die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

8. Unsere Verantwortung für Europa, internationale Zusammenarbeit und eine kraftvolle Demokratie

Europa

Die Europäische Einigung ist das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte und in Rheinland-Pfalz Alltag. CDU und SPD sind stolz auf ihre europäischen Traditionen und auf die gelebte Wirklichkeit der Menschen im Land. Viele Familien erleben in den Grenzregionen jeden Tag die europäische Freundschaft, unsere Unternehmen sind selbstverständlich auf den europäischen Märkten unterwegs und erfolgreich, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schülerinnen und Schüler erleben die Freiheiten, die ein friedliches, solidarisches, offenes Europa ermöglichen.

Wir gestalten Rheinland-Pfalz als europäisches Land, das innerhalb der EU mit starker Stimme auftritt, das die eigenen Interessen klar vertritt und dabei die enge Freundschaft und Zusammenarbeit immer im Blick behält. Wir begleiten sehr eng die relevante europäische Gesetzgebung – besonders in den Bereichen Forschung und Technologie, Landwirtschaft und Weinbau, Chemie, Biotechnologie und im Bereich Medien – und setzen hierbei auch auf den engen Dialog mit den Akteuren in Rheinland-Pfalz.

Das Land ist in Brüssel, Straßburg in der Großregion und am Oberrhein ein verlässlicher Partner. CDU und SPD bekennen sich klar zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Rahmen der Großregion, innerhalb der Oberrheinregion sowie im deutsch-französischen Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ). Die Arbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) werden wir engagiert fortsetzen. Durch unsere Landesvertretung in Brüssel werden wir weiterhin über die Beteiligung an EU-Konsultationen sowie über die Bundesratsarbeit in Berlin aktiv Einfluss auf die Europapolitik nehmen. Die europapolitischen Positionen des Landes werden von der Landesvertretung in Brüssel während des gesamten EU-Gesetzgebungsprozesses aktiv begleitet.

Die vielfältigen Partnerschaften des Landes, stark auch durch das 4er Netzwerk der Regionalpartner, mit der französischen Region Burgund-Franche-Comté, mit der Woiwodschaft Oppeln sowie der Region Mittelböhmen werden wir mit konkreten Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz weiter ausbauen. Auch die enge Zusammenarbeit mit Ostbelgien und die neugewonnene Partnerschaft mit der ukrainischen Oblast Winnyzja sind Ausdruck unserer europapolitischen Verantwortung und Freundschaft, die wir auch in Zukunft pflegen und ausbauen werden.

CDU und SPD betonen die Bedeutung des Schengen-Raums und der Freizügigkeit als zentrale Errungenschaften Europas. Wir wollen, dass für Rheinland-Pfalz ein grenzenloses Europa gelebte Realität bleibt: Umgeben von europäischen Nachbarn und Freunden profitieren wir im Alltag und im Arbeitsleben. Der gemeinsame Lebensraum stärkt unsere Wirtschaft und ist eine wichtige Errungenschaft.

Uns ist die Mobilität junger Menschen innerhalb Europas ein großes Anliegen. Wir werden den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studentinnen und Studenten weiter ausbauen und Austauschprogramme wie Erasmus+ insbesondere für berufliche Schulen und Auszubildende vorantreiben und zugänglicher machen. Die digitale Anerkennung von beruflichen Bildungsabschlüssen in der EU werden wir vereinfachen. Das Netzwerk der Europaschulen werden wir stärken und über die bisher 100 Schulen hinaus zusätzliche Schulen fördern, um den europäischen Gedanken in allen Schularten weiter zu verankern. Auch in unserer Hochschulpolitik ist die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit ein zentrales Ziel.

Europa steht vor großen Herausforderungen. Es geht um die europäische Souveränität in der Welt und wirtschaftliche Stärke. Wir begrüßen ausdrücklich die europäische Strukturpolitik. Der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034 muss unzweifelhaft Sicherheit und Verteidigung sowie die Wettbewerbsfähigkeit stärken, ohne die Regionen Europas, die europäische Strukturpolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik zu vernachlässigen. Gleichwertige Lebensverhältnisse, regionale Entwicklung, Wertschöpfung und Innovation gedeihen nur mit einer klar regional verantworteten Kohäsionspolitik. Die ESF+Mittel stehen dabei für Beschäftigung, soziale Inklusion und Bildung und sind ein wichtiger Aspekt der europäischen Zusammenarbeit. Sie tragen dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, und das unterstützen wir ausdrücklich. Den Regionen muss bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Programme sowie der Auswahl der Projekte weiterhin eine zentrale Rolle zukommen. Eine zentralisierte Kohäsionspolitik ist damit nicht vereinbar. Die Strukturfonds und die Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) müssen unbürokratischer und regional zielgerichteter ausgerichtet werden, damit Europa mehr Wohlstand und Chancen ermöglicht werden. Im Hinblick auf die gemeinsamen Herausforderungen im Natur-, Klima- und Ressourcenschutz stärkt Rheinland-Pfalz gezielt Partnerschaften und Austausch auf EU-Ebene.

Rheinland-Pfalz ist auch künftig auf europäische Strukturfördermittel angewiesen, um sich an neue Herausforderungen anzupassen. Wir werden auf Landesebene eine digitale Europaschnittstelle einrichten, die Kommunen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Betrieben einen einfachen, schnellen und vollständig digitalen Zugang zu europäischen Förder- und Innovationsprogrammen bietet. Wir setzen uns für mehr Bürokratieabbau sowie für schnellere und einfachere Planungs- und Vergabeverfahren ein. Wir sprechen uns für eine konsequente Anwendung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips im europäischen Gesetzgebungsverfahren aus.

Die bestehenden Beratungsangebote des Landes bündeln wir und machen sie effizienter und wirkungsvoller. Wir nehmen die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen systematisch in den Blick, prüfen Zuständigkeiten, Abläufe und Erreichbarkeit und entwickeln sie zielgerichtet weiter. Wir machen uns politisch dafür stark, dass der Zugang zu europäischen Mitteln deutlich erleichtert wird.

Internationales

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit vielen Freunden in der ganzen Welt. Internationale Partnerschaften sind uns ein zentrales Anliegen, erweitern sie doch den Blick und lassen uns Verantwortung und Zusammenarbeit in krisenhaften Zeiten spüren.

Transatlantische Partnerschaft stärken

Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft und zu der Freundschaft mit dem US-amerikanischen Volk. Wir unterhalten enge wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen. Die US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz sind ein wichtiger Bestandteil der globalen Sicherheitsarchitektur. Die rund 50.000 US-Bürgerinnen und Bürger, die „home away from home“ bei uns leben, und die Partnerschaft mit dem Bundesstaat South Carolina sind Ausdruck der engen Verbundenheit. Wir werden die Atlantische Akademie und kommunale Partnerschaften weiter stärken.

Aktive Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda leben

Wir werden die aktive Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda, auch getragen vom Partnerschaftsverein und der Zivilgesellschaft, fortführen und trotz lokaler Herausforderungen durch den Ostkongo-Konflikt Projekte weiterentwickeln.

Landesnetzwerk und Partnerschaften fördern

Die Zusammenarbeit mit dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk (ELAN-RLP) wollen wir stärken. Unsere engen Beziehungen zur japanischen Präfektur Iwate und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der chinesischen Provinz Fujian werden wir weiter vertiefen. Dabei spielt für uns auch die Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Fujian Gesellschaft e.V. sowie der rheinland-pfälzischen China-Strategie eine wichtige Rolle.

Demokratie

Rheinland-Pfalz ist ein vielfältiges und demokratisches Land. Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich – sie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und von ihrem Engagement für ein gutes Miteinander.

Demokratie wird nicht nur in Parlamenten gelebt, sondern überall dort, wo Menschen sich begegnen: am Gartenzaun, in der Kneipe, in Kommunen, Vereinen, Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften und im Ehrenamt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür stärken, dass Menschen sich vernetzen, austauschen und gemeinsam gute Ideen für ihr Umfeld entwickeln können. Damit wirken wir gesellschaftlicher Vereinsamung aktiv

entgegen, denn soziale Isolation gefährdet den Zusammenhalt und schwächt das Vertrauen in unsere Demokratie.

Zudem werden wir die Förderung des Ehrenamts weiter ausbauen, Bürokratie abbauen und die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements spürbar erhöhen. Räume wie Sport- und Gaststätten, in denen Menschen verschiedener Generationen, Kulturen und Lebensentwürfe miteinander ins Gespräch kommen, sind unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden diese Orte stärken und neue Impulse für das bürgerschaftliche Engagement setzen.

Die Landesleitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung arbeitet als zentrale Koordinierungs- und Servicestelle. Alle Formen des Ehrenamts – analog wie digital – sind wertvoll und unterstützenswert. Den Demokratie-Tag und den Ehrenamtstag, lokale Strukturen, Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen sowie die landesweite Ehrenamtskarte werden wir gemeinsam fortführen und ausbauen.

Wir wollen junge Erwachsene, die aufgrund ihres Studiums oder einer Ausbildung zeitlich ihren Erstwohnsitz verlagern müssen, die Möglichkeit geben, sich auch weiter aktiv politisch an der Gestaltung ihrer Heimat zu beteiligen. Dazu prüfen wir im Rahmen der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes zur Kommunalwahl 2029, das passive Wahlrecht für diese Gruppe am Zweitwohnsitz einzuführen.

Politische Bildung ist das Fundament einer wehrhaften Demokratie und ein notwendiger Bestandteil für die freie und offene Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in denen Verschwörungsmythen und Desinformation zu handlungsleitenden Momenten politischer Mobilisierung werden, ist politische Bildung wichtiger denn je.

Den Landtag werden wir als zentralen Lernort der Demokratie weiterentwickeln – mit Planspielen, Jugendformaten und digitalen Angeboten. Politische Bildung werden wir nicht nur in Schulen verstetigen, sondern auch in Betrieben, Verwaltungen, im Ehrenamt und in Vereinen. Die Förderung von Demokratiebildungsprojekten und das Netzwerk „Demokratie gewinnt!" führen wir fort. Wir entwickeln einen digitalen Demokratie-Atlas, der die vielfältigen Orte der Demokratiegeschichte mit den vielfältigen Akteuren der Demokratie vernetzt.

Medienkompetenz fördern wir als zentrale Demokratiekompetenz. Gegen die Ausbreitung von Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir auch auf medienpädagogische politische Bildung.

CDU und SPD stellen sich entschieden allen Versuchen entgegen, den Rechtsstaat und unsere Bürgerrechte zu untergraben, öffentliche Meinung durch Desinformation zu manipulieren und menschenfeindliche Gedanken sowie Hass zu verbreiten.

Wir werden den Kampf gegen Extremismus entschieden fortführen. Präventionsprojekte gegen Extremismus und die Unterstützung engagierter Initiativen werden wir gezielt ausbauen. Eine wehrhafte Demokratie schützt ihre Werte entschlossen – mit der Härte des Rechtsstaats und der Stärke einer engagierten Zivilgesellschaft. Extremistische, demokratiefeindliche Aktivitäten werden wir

unabhängig vom Phänomenbereich bekämpfen. Denn Demokratie muss sich gegen ihre Feinde behaupten können.

Jüdisches Leben muss in Rheinland-Pfalz jederzeit sicher und frei möglich sein. Wir bekennen uns zu einer klaren Haltung gegen Antisemitismus, Rassismus und jede andere Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies werden wir mit aller Konsequenz des Rechtsstaats bekämpfen. Den weiteren Ausbau des jüdischen Weltkulturerbes in Rheinland-Pfalz werden wir vorantreiben und die Arbeit der oder des Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen weiter stärken. Unsere Partnerschaft mit der israelischen jüdisch-arabischen Begegnungsstätte Givat Haviva als Vorbild für Frieden und Verständigung wollen wir weiter stärken.

Wir werden mit Entschlossenheit gegen Antiziganismus vorgehen. Den Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Verband Deutscher Sinti und Roma werden wir in der Umsetzung weiter mit Leben erfüllen.

Auch das Schicksal der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg ist Teil unserer gemeinsamen Erinnerungskultur. Ihr Leid, aber auch ihre enorme Leistung beim Aufbau unseres Landes, wollen wir stärker sichtbar machen. Deshalb werden wir die Arbeit der entsprechenden Verbände weiter unterstützen. Wir werden einen Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene einführen.

Zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gehört eine starke Gedenkarbeit und Erinnerungskultur. Bestehende Programme sowie die zahlreichen Projekte an Schulen, Hochschulen und in Vereinen, die das Erinnern und Gedenken lebendig halten, werden wir unterstützen und ausbauen.

Wir werden systematisch verankerte Schulbesuche von Gedenkstätten und Orten der Demokratie gemeinsam mit den Partnern vor Ort ausbauen. Unser Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens einmal während ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte und einen Ort der Demokratie besucht haben.

Die regionale Gedenkarbeit werden wir nach dem Grundsatz „Grabe, wo du stehst" stärken. Lokale NS-Geschichte wird erforscht und sichtbar gemacht. Dabei soll bewusst auch die Nachkriegszeit bis zur Gegenwart in den Blick genommen werden. Zeitzeugenprojekte und digitale Erinnerungsformate werden wir fördern.

Rheinland-Pfalz ist Demokratieland und kann auf eine lange und reiche Geschichte der Demokratie zurückblicken. Die Jubiläumsfeierlichkeiten „Hambach 2032" zum 200. Jahrestag des Hambacher Festes werden wir als lebendiges Zeichen für die demokratische Kraft der Vielen gestalten und damit die Bedeutung des Hambacher Festes als „Wiege der deutschen Demokratie" stärken. Die Dauerausstellung werden wir aus diesem Anlass neu konzipieren und die Demokratiebildung am Hambacher Schloss konsequent ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund neben den erheblichen Beiträgen von Land und Kommunen seiner Verantwortung stärker nachkommt und sein finanzielles Engagement deutlich ausweitet.

Auch die Bergzaberner Republik und die Mainzer Republik stehen für frühe und mutige Aufbrüche hin zu Freiheit, Bürgerrechten und demokratischer Teilhabe. Wir wollen

diese historischen Erfahrungen weiterhin ins öffentliche Bewusstsein rücken, ihre Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Traditionen würdigen und für die politische Bildung nutzbar machen.

Die Politik auf kommunaler Ebene ist der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen politischer Entscheidungen am unmittelbarsten erleben. Wir werden die kommunale Demokratie stärken und die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt verbessern. Den Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffen gegenüber politisch aktiven Menschen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern treten wir entschieden entgegen. Wirksame Schutzmaßnahmen werden wir verbessern. Unsere Demokratie lebt vom politischen Engagement – dieses Engagement müssen wir schützen.

Politische Mitwirkung bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Es gibt unterschiedliche Formen, Abläufe und Arten der Beteiligung.

Die freie Entfaltung unterschiedlichster individueller Identitäten, Lebensformen und Ausdrucksmöglichkeiten ist ein zentrales Element unserer demokratischen Gesellschaft. Vielfalt verstehen wir als demokratische Ressource, die wir stärken und fördern werden. Die Rechte und die Sichtbarkeit von LGBTQI+-Personen werden wir stärken. Migrantenselbstorganisationen, Integrationsbeiräte und interkulturelle Projekte werden wir weiterhin unterstützen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Miteinander ist für uns die Grundlage für den Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft.

Wir werden uns in der 19. Wahlperiode mit einer möglichen Weiterentwicklung der Landesverfassung befassen. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende Regelungen im Lichte gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungen daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sich ein Bedarf für Anpassungen oder Ergänzungen ergibt.

Partnerschaft mit Kirchen und Religionsgemeinschaften pflegen

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind ein stabiler Anker unserer Gesellschaft. Sie prägen Werte, stiften Orientierung und übernehmen Verantwortung. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum kulturellen Leben, zum sozialen Zusammenhalt und zum ehrenamtlichen Engagement in Rheinland-Pfalz. Damit sind sie für uns auch wichtige Partnerinnen bei der Stärkung unserer freiheitlichen Demokratie. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Religionsfreiheit als Grundpfeiler. Die christlichen Kirchen und freikirchlichen Gemeinschaften, die jüdischen und alevitischen Gemeinden sowie islamische Gemeinschaften in unserem Land leisten einen zentralen Beitrag zu unserem sozialen, kulturellen und ehrenamtlichen Leben. Wir wollen auch künftig mit ihnen eng zusammenarbeiten.

Wir unterstützen die Kirchen insbesondere als Trägerinnen von Einrichtungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege sowie für Bedürftige, damit sie diese Aufgaben auch künftig gut wahrnehmen können.

Wir werden das jüdische Leben in unserem Land weiter stärken. Die bestehenden Staatsverträge entwickeln wir zusammen mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz und der Jüdischen Kultusgemeinde Mainz-Rheinhessen fort. Antisemitismus in all seinen Formen bekämpfen wir entschlossen weiter. Zur Stärkung des jüdischen Lebens und zur wirksamen Bekämpfung von Antisemitismus setzen wir das Landeskonzept „Gemeinsam handeln für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus“ konsequent um.

Als CDU und SPD verstetigen wir den Dialog und die Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften und Verbänden. Wir stärken und begleiten sie dabei, sich gesellschaftlich zu engagieren und halten an den bestehenden Verträgen und deren Umsetzung fest.

9. Unsere Verantwortung für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Koalition

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD gilt für die Dauer der 19. Wahlperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln und im Parlament umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Die Koalitionspartner treffen sich mindestens dreimal im Jahr zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch einer der beiden Koalitionspartner zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen und führt in Konfliktfällen Konsens herbei.

In jährlichen Koalitionsklausuren wird der Stand der Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen überprüft. Auf dieser Grundlage werden Prioritäten und Arbeitsschwerpunkte auf ihre Aktualität überprüft und auch für das jeweilige Folgejahr festgelegt.

Die Staatskanzlei, das die SPD-geführten Ministerien koordinierende Ressort und die Fraktionsführungen von CDU und SPD stimmen Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander ab.

Die beiden Koalitionspartner stimmen im rheinland-pfälzischen Landtag und in allen Gremien einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. Alle Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam eingebracht. Im Ausnahmefall können Anfragen auf Fraktionsebene von einem Partner allein eingebracht werden. Dies erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen.

CDU und SPD benennen jeweils zwei Mitglieder des Bundesrats. Die übrigen Mitglieder der Landesregierung werden stellvertretende Mitglieder des Bundesrats. Das Mitglied im Vermittlungsausschuss wird von der CDU und das stellvertretende Mitglied im Vermittlungsausschuss durch die SPD benannt.

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird unter Berücksichtigung der Interessen des Landes und am Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt. Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

Die CDU stellt den Ministerpräsidenten.

Die SPD stellt die Stellvertretende Ministerpräsidentin oder den Stellvertretenden Ministerpräsidenten nach Art. 105 Abs. 2 der Landesverfassung.

Die CDU trägt Verantwortung für:

- Staatskanzlei
  mit dem Ministerium für Bundes- Europaangelegenheiten, Sport, Ehrenamt und Medien
- Ministerium für Bildung
- Ministerium für Inneres, Integration und Verkehr
- Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten
- Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Die SPD trägt Verantwortung für:

- Ministerium der Finanzen, mit den neuen Zuständigkeiten für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
- Ministerium für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie und Jugend
- Ministerium für Wirtschaft, Energie und Klima
- Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Gesundheit